Dienstag, 19. Juni 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 141 - 25.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Polen: Obwohl die Beteiligung mit 75 Prozent deutlich unter der Norm lag, feiert die polnische Führung die Kommunalwahlen als Erfolg ihres Kurses und als eine Absage an die Opposition. Die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" hatte zu einem Boykott dieser ersten Wahlen seit Verhängung des Kriegsrechts 1981 aufgerufen. (S. 8)

Vorruhestand: Mit Steuerausfällen von deutlich über einer Milliarde Mark muß für 1984 durch die geplante Vorruhestandsregelung gerechnet werden. Dieses Volumen würde schon dann erreicht, wenn nur 100 000 Arbeitnehmer vom Angebot des Ausscheidens aus dem Berufsleben mit 58 Jahren Gebrauch machten.

Umweltschutz: Als erstes Bundesland hat Bayern den Umweltschutz in der Landesverfassung verankert. Bei dem Volksentscheid parallel zur Europawahl wurde die Initiative mit 94 Prozent Ja-Stimmen gebilligt. (S. 6)

Flucht: Ohne Zwischenfall glückte einem unbewaffneten tschechoslowakischen Grenzsoldaten die Flucht über die CSSR-Grenzsperren nach Bayern.

Kommunalwahlen: In Rheinland-Pfalz büßten CDU und SPD jeweils 2,1 Prozent und die FDP 1,9 Prozent der Stimmen ein. Die Grünen erhielten bei ihrem ersten landesweiten Auftreten insgesamt 5,4 Prozent. Im Saarland gewann die SPD 0,4 Prozent, CDU und FDP rutschten um 3,6 bzw. 2,2 Prozent ab. Die Grünen kamen auf Anhieb auf 5,3 Prozent. (S. 4)

Grenzkontrollen: Die Aufhebung der Personenkontrollen an der deutsch-französischen Grenze ist derzeit noch nicht aktuell. Obwohl in Paris der Wegfall der Kontrollen schon für den 1. Juli angekündigt worden war, geht man in Bonn davon aus, daß die Franzosen bis dahin allenfalls eine „Europa-Schnellspur" an den Grenzübergängen einrichten werden. (S. 8)

Golfkrieg: König Hussein von Jordanien hat zugesagt, daß er Truppen nach Irak oder in die Golfregion entsenden werde, falls Iran den Golfkrieg weiter verschärft.

Heute: Zweite Berliner Wirtschaftskonferenz – Fortsetzung der Verhandlungen im Tarifkonflikt der Druckindustrie.

An die Leser und Inserenten der WELT

Wegen des verschärften Streiks der IG Druck und Papier kann die WELT leider auch heute nur mit eingeschränktem Umfang erscheinen. Das betrifft den redaktionellen Text, auch den sonst ausführlichen Börsenteil, ebenso wie die Anzeigen. Es mußten auch drucktechnische Umstellungen vorgenommen werden. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Verlag und Redaktion DIE WELT

WIRTSCHAFT

Weltwirtschaft: Nur bei stetigem Wachstum seien die beiden Hauptprobleme, die hohe Arbeitslosigkeit und die internationale Verschuldungssituation, zu lösen, mahnt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. (S. 9)

Verschuldung: Auf 665 Milliarden DM beliefen sich die fundierten Schulden der öffentlichen Haushalte am 31. Dezember 1983. Sie lagen damit um 9,7 Prozent über dem Vorjahrsniveau.

Baugewerbe: Mit einer deutlichen Revision ihrer Investitionsbudgets nach unten stellen sich die Unternehmen auf die schlechteren Aussichten für den Verlauf der Baukonjunktur ein. (S. 9)

Börse: Die Aktienkurse konnten sich behaupten. WELT-Aktienindex 144,2 (144,0). Der Rentenmarkt notierte freundlich. Dollar-Mittelkurs 2,7443 (2,7330) Mark. Goldpreis je Feinunze 369,40 (368,00) Dollar.

KULTUR

Experiment geglückt: Viele hatten gezweifelt, doch der Erfolg gab den Organisatoren recht. Das Rheinische Musikfest in Düsseldorf, 1958 eingeschläfert, hat seine Vitalität zurückgewonnen. (S. 15)

Vakanz gefüllt: Der italienische Dirigent Aldo Ceccato, bis 1983 Chef des Philharmonischen Staatsorchesters in Hamburg, wird nächstes Jahr Chefdirigent des NDR-Rundfunksinfonieorchesters in Hannover. Er tritt die Nachfolge des Tschechen Zdenek Macal an.

ZITAT DES TAGES



» Die Idee der demokratischen Emanzipation ist so stark, daß sich selbst die kommunistischen Diktaturen zu legitimieren suchen «

Der Erzbischof von Köln, Kardinal Joseph Höffner, bei einem Empfang in Köln aus Anlaß des Welttages der sozialen Kommunikationsmittel FOTO: PLATA

SPORT

Galopp: Der Hengst Orofino, der für seinen Besitzer 1 121 925 Mark gewann, wurde in Mailand so schwer verletzt, daß er keine Rennen mehr bestreiten kann.

Fußball: Der Bremer Rudi Völler, der beide Tore zum 2:1-Sieg der deutschen Mannschaft über Rumänien erzielte, hat ein Angebot vom FC Barcelona erhalten. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Dolmetsch-Computer: So groß wie ein Kühlschrank, so teuer wie ein Rolls-Royce und fast so sicher wie ein erfahrener Dolmetscher – das ist Pak 11/73/80, der erste Computer, der korrekte und verläßliche Übersetzungen aus dem Japanischen ins Englische anfertigt. (S. 16)

Unglück am Wahltag: Fünf Menschen starben und 88 wurden verletzt, als bei Korinth ein Personenzug entgleiste. Die meisten Fahrgäste wollten am Europawahltag in Athen wählen. (S. 16)

Wetter: Meist heiter, im Norden trüb. 20 bis 27 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl: Ich sehe keinen Grund für eine Kabinettsumbildung

Der Kanzler setzt sich mit Kritik aus den eigenen Reihen auseinander

DW. Bonn

Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland haben gestern Bilanz der Europawahlen gezogen. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis fielen bei einer Wahlbeteiligung von 56,8 Prozent 37,5 Prozent der Stimmen auf die CDU. Die CSU erhielt 8,5 Prozent, die SPD 37,4 Prozent. Gewinner der Wahlen wurden die Grünen mit 8,2 Prozent, während die FDP mit 4,8 Prozent den Einzug in das Europa-Parlament verfehlte. Nach dem schlechten Abschneiden der Freien Demokraten haben die Spekulationen um das Schicksal von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff wieder Auftrieb bekommen.

ms./bey./p.p. Bonn

Das Bundeswirtschaftsministerium wird auch im Falle eines Rücktritts von Otto Graf Lambsdorff in den Händen der FDP bleiben. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte gestern nach der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes in Bonn, er gehe davon aus, daß dies so sein werde. Zugleich stellte er erneut klar, daß er nicht an eine Kabinettsumbildung denke. „Von mir aus besteht keine Notwendigkeit für eine Kabinettsumbildung", sagte Kohl. Wenn die FDP oder die CSU anderer Meinung seien, sollten sie mit ihm darüber sprechen. Bislang jedenfalls habe ihm „niemand" einen solchen Wunsch vorgetragen. In diesem Zusammenhang bestätigte Kohl, daß bei dem Dreiergespräch mit den Parteivorsitzenden Genscher (FDP) und Strauß (CSU) vergangene Woche dieses Thema nicht angesprochen worden sei.

SEITE 2:
Der Kanzler ist gefordert
SEITEN 6 und 7:
Berichte, Analysen zur Europawahl

Bei einem Rücktritt von Graf Lambsdorff werde dessen Ministeramt zügig besetzt. „Ich habe keine Absicht, ein Vakuum entstehen zu lassen", betonte der Bundeskanzler. In den internen Beratungen des CDU-Vorstandes sagte Kohl, er habe bis zur Stunde keinen Hinweis darüber vorliegen, ob und wann das Gericht das Hauptverfahren gegen Lambsdorff eröffnen werde. Personen, die Lambsdorff im Amt des Bundeswirtschaftsministers folgen könnten, nannte Kohl nicht. Aber es sei klar, daß er als Regierungschef an der Berufung eines Ministers mitwirken werde, auch wenn der Vorschlag von einer Koalitionspartei, der FDP, komme. „Der Kanzler ist nicht der Notar, er wirkt mit".

Hinter verschlossenen Türen setzte sich Kohl auch mit Kritik aus den eigenen Reihen auseinander. Er nannte zwar keine Namen, aber Kohl dürfte dabei die Aufforderung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Barschel im Kopf gehabt haben, der gefordert hatte, der Kanzler solle von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen. Er verwahre sich dagegen, so sagte Kohl, daß sich einige Leute an ihm reiben. „Der Parteivorsitzende ist kein Reibebaum". Er glaube, daß einige das Wort „Richtlinienkompetenz" in den Mund genommen hätten, ohne zu bedenken, was sie damit sagten. Der Kanzler machte auch deutlich, daß er nicht mehr bereit ist, zu Kritik aus

● Fortsetzung Seite 8

Bangemann warnt vor Führungsdebatte

Der FDP-Spitzenkandidat bei der Europa-Wahl läßt offen, ob er nach Bonn gehen wird

PETER PHILIPPS, Bonn

Das FDP-Präsidiumsmitglied Martin Bangemann, Spitzenkandidat seiner Partei beim verlorenen Europa-Wahlkampf, hat gestern in einem WELT-Gespräch das Wahlergebnis als „Klärung der Situation" auch innerhalb der Bonner Regierungskoalition bezeichnet. Es sei deutlich geworden, daß die SPD ohne die Grünen und die CDU/CSU ohne die FDP nicht mehrheitsfähig seien. Nun werde man – und dies ging offensichtlich vor allem gegen den CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß – „die Stimmen nicht mehr hören", die von der Union das Setzen auf die absolute Mehrheit verlangten. „Die FDP wird deshalb in der Koalition eine große Rolle spielen."

Bangemann umging eine klare Aussage dazu, ob er nach dem Verlust des Europa-Mandats im Zuge eines Kabinetts-Revirements ein Ministeramt in Bonn übernehmen wird. Dazu könne er jetzt noch nichts sagen. Dies sei auch erst einmal „Sache des Bundeskanzlers". Er wolle sich jetzt nicht „an der Übung beteiligen", die vor der Wahl begonnen habe und einen Teil des schlechten Ergebnisses begründe, nämlich „Vorverurteilungen vorzunehmen" im Verfahren gegen Wirtschaftsminister Lambsdorff. Aber der einstige Vordenker für eine „Wende" der FDP hin zur Union ließ keinen Zweifel daran, daß ihn und die anderen FDP-Europa-Abgeordneten keine Schuld am Desaster des 17. Juni treffe. Man habe „gute Arbeit geleistet" und dennoch die Wahl verloren. Eine Mitschuld am Ergebnis sei in der Tatsache zu suchen, daß „das allgemeine Bild der Koalition und der Leistungen der Regierung zu düster ist". Es sei „nicht viel rübergekommen an positiven Nachrichten und wenn, waren es eher negative Nachrichten". Aber wenn sich „die Koalition besser einspielen und nach außen darstellen wird", werde sie „noch lange Zeit funktionieren". Die FDP habe „eine sehr faire Chance, innerhalb der Koalition liberale Standpunkte deutlich zu machen".

Es sei „sehr schade", daß Europa selbst nicht die Wähler motiviert habe. Wenn das nun, angesichts der sich abzeichnenden Mehrheitsverhältnisse, dazu führe, daß in Straßburg „zunehmend sozialistische, eigentlich sozialistisch-kommunistisch-grüne Standpunkte vertreten werden, dann werden viele Nichtwähler sich eines Besseren besinnen. Aber das ist dann leider zu spät."

Gegen die für die FDP negative Stimmung habe auch „der Ablauf des FDP-Parteitages nicht motivierend" gegengesteuert. Eine „Reihe von Negativ-Bilanzposten war zu schwergewichtig". Er warnte seine Partei, den von Genscher angekündigten Zeitablauf für den Führungswechsel nicht einzuhalten.

Die FDP gewinne dadurch zwei Jahre Zeit, um den Wechsel „in aller Freundschaft und ohne zusätzliche Belastung zu bewerkstelligen". Eine „zermürbende und nervenaufreibende Führungsdiskussion" sei „das letzte, was wir jetzt gebrauchen können". Wenn die FDP jetzt eine Personaldiskussion um ihren Vorsitzenden beginne, sei dies „ausgesprochen töricht".

Mehrheit für Mitte-Rechts-Parteien

Verschiebungen am Rande des politischen Spektrums / Geringe Wahlbeteiligung

ULRICH LÜKE, Straßburg

Die Mitte-Rechts-Parteien haben trotz ihrer Verluste die Mehrheit bei der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament behaupten können. Christdemokraten, Liberale, Gaullisten und Konservative stellen nach den letzten Hochrechnungen 218 von 434 Abgeordneten. Die Sozialisten bauten mit 131 Mandaten ihren Vorsprung als stärkste Fraktion um 7 Sitze aus.

Die wesentlichen Veränderungen im zweiten direkt gewählten Europäischen Parlament betreffen jedoch die Ränder des politischen Spektrums. Den Grünen gelang mit Abgeordneten aus drei Ländern der Sprung ins Europa-Parlament. Mit ihren 11 Abgeordneten können sie eine Fraktion bilden. Die Rechtsradikalen kommen – vor allem durch ihren Wahlerfolg in Frankreich – auf insgesamt 16 Mandate.

Nach den Hochrechnungen ergibt sich folgende Sitzverteilung für das Straßburger Parlament (in Klammern die bisherigen Mandate): Sozialisten 131 (124); Christdemokraten 109 (117); Konservative 48 (63); Kommunisten 42 (48); Liberale 33 (38); Gaullisten 28 (22); Grüne 11 (–); Rechtsradikale 16 (–); linke Unabhängige und Einzelvertreter 16.

Für wesentlicher als diese Verschiebungen innerhalb des politischen Spektrums halten die Wahlanalytiker des Europa-Parlaments aber die Wahlbeteiligung. Sie sank wie befürchtet unter die 60-Prozent-Grenze. Mit einem Verlust von etwa 3 Prozent im EG-Durchschnitt ist aber der Einbruch geringer ausgefallen, als befürchtet wurde. Auffallend an der Wahlbeteiligung in den einzelnen Ländern ist die Tatsache, daß nur im EG-kritischen Dänemark ein Plus zu verzeichnen war.

Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnet mit einer Wahlbeteiligung von nur 56,8 Prozent ein Minus von 9 Prozent, ein Einbruch, wie es ihn, abgesehen von Irland, in keinem anderen EG-Staat gab.

Die größte Verschiebung im Straßburger Parlament kam durch das britische Wahlergebnis zustande. 16 Mandate gewann die Labour-Partei auf Kosten der Konservativen Margaret Thatchers. Dagegen kann die sozialdemokratisch-liberale Allianz trotz eines Stimmenanteils von knapp 20 Prozent auf Grund des britischen Mehrheitswahlrechtes keinen Abgeordneten in Straßburg stellen.

Die weiteren „Sensationen" dieser zweiten Direktwahl werden aus Italien und aus Frankreich gemeldet. Zum ersten Mal gelang es den italienischen Kommunisten, die regierenden Christdemokraten zu überflügeln. Sie errangen 33,3 Prozent.

In Frankreich schließlich fällt der Wahlsieg des Rechtsradikalen Le Pen mit 11 Prozent aus dem Rahmen. Sein Erfolg ging auf Kosten der Einheitsliste der Opposition, die von Simone Veil angeführt wurde und das Wahlergebnis von 1979 nicht ganz wieder erreichen konnte. Beinahe dramatisch fiel der Vertrauensverlust der Kommunisten Frankreichs aus. Statt gut 20 Prozent kamen Georges Marchais und seine Kandidaten nur auf 11 Prozent, was einer Halbierung der Mandatszahl entspricht.

DGB ruft europäischen „Aktionstag" aus

Kampagne für die 35-Stunden-Woche ausgeweitet / Breit: Steigerungsfähig bleiben

GÜNTHER BADING, München

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat sich zu einer in der Geschichte von Arbeitskämpfen einmaligen Kampagne entschlossen: Gemeinsam mit den im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zusammengeschlossenen Gewerkschaften in anderen westeuropäischen Ländern will der DGB den Dienstag kommender Woche zu einem europaweiten „Aktionstag" machen, um die in der Bundesrepublik Deutschland für die 35-Stunden-Woche streikenden Gewerkschaften IG Metall und IG Druck und Papier zu unterstützen.

Nach einer Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am Rande des ÖTV-Gewerkschaftstages in München gab der DGB-Vorsitzende Breit bekannt, daß am 26. Juni in 17 deutschen Großstädten Demonstrationen und Kundgebungen für die 35-Stunden-Woche organisiert würden. Schon heute werde der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB), dem die IG Metall angehört, ebenfalls europaweit seine Solidarität mit den streikenden deutschen Metallern bekunden.

SEITE 8:
Arbeitskampf ausgeweitet

Die 17 Städte, in denen am kommenden Dienstag – außerhalb der regulären Arbeitszeit – demonstriert werden soll, sind: München, Augsburg, Nürnberg, Stuttgart, Mannheim, Saarbrücken, Frankfurt, Kassel, Mainz, Düsseldorf, Dortmund, Köln, Hannover, Bremen, Hamburg, Kiel und Berlin. Thema der Kundgebungen: „Für Arbeitszeitverkürzung und gegen Aussperrung". Der DGB-Vorsitzende bekräftigte auf Fragen von Journalisten, daß man die Veranstaltungen bewußt nicht in die Arbeitszeit legen wollte, obwohl die Gewerkschaften an ihrer Rechtsauffassung festhielten, daß „Solidaritätsstreiks" in anderen Branchen und Gebieten als den in Arbeitskämpfe verwickelten erlaubt seien. Er schloß allerdings auch bundesweite Arbeitsniederlegungen nicht prinzipiell aus. Jetzt habe man dazu nicht aufgerufen, „denn man muß ja wohl noch steigerungsfähig bleiben".

Die Ausweitung der Kampagne des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die den Arbeitskampf im Druckgewerbe und in der Metallindustrie bundesweit von Anfang an begleitet

■ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Wer mit wem?

PETER GILLIES

Ein Wort genießt derzeit Konjunktur: Solidarität. Diese Vokabel des wärmenden Miteinanders macht als gewerkschaftlicher Handschmeichler die Runde, soll den trotzigen Schulterschluß gegen Ausbeutung und Klassenfeinde suggerieren, am besten gegen den Rest der Welt. Solidarität übt man nicht, man bekundet sie.

Ernst Breit, der DGB-Vorsitzende, kündigte eine europaweite Solidaritäts-Aktion für Arbeitszeitverkürzung und anderes an. Die ÖTV-Delegierten bekundeten sie ebenfalls, spendeten sogar einen Tagessatz ihrer Kongreßspesen. Und wenn einem Streikposten kein vernünftiges Argument mehr zur Rechtfertigung eines wirtschaftlich absurden Tuns einfällt, greift er zur Solidarität.

Wer ist da mit wem solidarisch? Beginnen wir bei den Gewerkschaftsführern. Sie befinden sich weder im Gleichklang mit ihrer Mitgliedschaft noch gar mit der Bevölkerung. Auch untereinander sind sie zutiefst zerstritten, was an den erfolgreichen Tarifabschlüssen einiger Branchen jenseits von Metall und Druck unschwer auszumachen ist. Besonders verwegen ist die Behauptung, die Arbeitskämpfer seien mit den Arbeitslosen solidarisch. Würde die Arbeitszeit tatsächlich, wie gefordert, bei vollem Lohnausgleich verkürzt, hätten vor allem die Erwerbslosen die Zeche zu zahlen. Der öffentliche Dienst, der ein Arbeitsplatzrisiko kaum kennt und dessen Personalausgaben die Budgets so schwer belasten, ist das Gegenteil von solidarisch, wenn er diese Last weiter erhöhen will. In Europa, so behauptet Breit, wachse das Unverständnis über die Sturheit der deutschen Arbeitgeber. Das Gegenteil ist richtig, denn im Ausland beobachtet man die deutschen Arbeitskämpfer mit verwirrtem Unverständnis. Ein deutscher Industriearbeiter arbeitet effektiv nur noch 32 Stunden in der Woche und verfügt über eine weltrekordliche Urlaubslänge. Dort wird begriffen, daß der Fortschritt – auch der soziale – nur eine Schnecke ist.

Allenfalls dürften vielleicht bei den Japanern solidarische Gefühle aufkommen. Sie arbeiten im Jahr effektiv 426 Stunden länger bei geringeren Lohnkosten und reiben sich insgeheim die Hände, wenn ihre deutschen Kollegen auf 35 Stunden verkürzten.

Keine noch so gewaltige Wortwahl vermag einen Arbeitskampf wie den deutschen zu rechtfertigen, wenn nicht Vernunft und Verantwortung den Schaden für das Ganze eingrenzen. So entpuppen sich die Beschwörungen der Solidarität als verkappter, gruppenegoistischer Eigennutz.

Tatsächliche Arbeitszeit: 32 Stunden

gil. Bonn

Jeder Beschäftigte in der deutschen Industrie arbeitet effektiv nur noch 32,2 Stunden in der Woche. Wie das Institut der Deutschen Wirtschaft errechnete, ist die tatsächlich geleistete Arbeitszeit seit 23 Jahren ständig zurückgegangen, wenn auch in den letzten drei Jahren nur leicht.

Die effektive Arbeitszeit ergibt sich aus der Regelarbeitszeit von 40 Stunden, korrigiert um Überstunden, Urlaub, Kurzarbeit, Krankheit, Kuren und andere Ausfallzeiten. Stark geschrumpft ist die Überstundenleistung (von 190 auf 77 Stunden zwischen 1970 und 1983). Seit der Rezession 1975 fällt auch die Kurzarbeit stärker ins Gewicht. Andererseits beeinflußte der geringere Krankenstand die Arbeitszeitrechnung. Vor zehn Jahren betrug die jährliche Abwesenheit wegen Krankheit noch 127 Stunden, 1983 dagegen nur 102 Stunden.

Im internationalen Vergleich ist die effektive Arbeitszeit in der Bundesrepublik Deutschland eine der kürzesten der Welt. Sie beträgt 1635 Stunden im Jahr. Nur in Schweden arbeiten die Beschäftigten der Industrie mit 1596 Stunden noch etwas kürzer. Es folgen Italien (1645 Stunden), Frankreich (1651 Stunden) und die Niederlande (1 658). Die Ist-Arbeitszeit in den Vereinigten Staaten und Japan lag 1983 bei 1860 und 2061 Jahresstunden. Damit arbeiten Amerikaner im Jahr 225 Stunden und Japaner 426 Stunden länger als ihre deutschen Kollegen. Unangefochtener Weltrekord ist der deutsche Jahresurlaub mit durchschnittlich 30 Tagen.

Seite 2: Vollkasko-Generation

Die ÖTV wird für einen Streik mobilisiert

GÜNTHER BADING, München

Der Kampf gegen die von der Bundesregierung geplante „Null-Runde" in der Besoldung des öffentlichen Dienstes und Aktionen für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche sind die Schwerpunkte der Tarifpolitik der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Die Vorsitzende Monika Wulf-Mathies sagte gestern in ihrem Rechenschaftsbericht vor dem Gewerkschaftstag in München, die tarifpolitische Ausgangslage habe sich angesichts der Wirtschaftsentwicklung und der Sparpolitik der Bundesregierung verschlechtert.

Schon jetzt müsse deshalb innerhalb der ÖTV für einen eventuellen Streik mobilisiert werden. „Wir haben seit Beginn der Diskussion über die Tarifbewegung 1984 deutlich gemacht, daß unsere Ziele nach dem bisherigen Verhalten der Arbeitgeber ohne einen Arbeitskampf nicht durchzusetzen sind."

Frau Wulf-Mathies, die sich am Mittwoch zur Wiederwahl stellt, machte allerdings auch auf die Risiken eines Arbeitskampfes aufmerksam. „Arbeitskämpfe sind mehr als Mutproben. Da steht stets auch der Bestand der Organisation auf dem Spiel." Auch aus diesem Grunde habe man im vergangenen Jahr trotz eines enttäuschenden Ergebnisses der Tarifverhandlungen und der Schlichtung nicht zu Urabstimmung und Streik aufgerufen. Wer „in den Kampf geht, braucht Voraussetzungen, die diesen Kampf nicht zum Abenteuer werden lassen".

Seite 3: Der harte Ton

Politische Häftlinge danken Glemp für Verhandlungen

Sie befürchten weiteren Druck auf Regimegegner

DW. Warschau

Die polnischen Bischöfe sind von neun der elf prominentesten politischen Häftlinge im Lande aufgefordert worden, ihre Bemühungen zur Freilassung aller Gefangenen geduldig fortzusetzen. In einem vom 12. Mai datierten Schreiben, das jetzt westlichen Korrespondenten zugespielt wurde, versicherten sie Primas Kardinal Glemp, sie seien überzeugt, daß die Fortführung dieser Bemühungen dazu beitragen werde, Polen aus der politischen Sackgasse zu führen.

In dem Brief ist von der Bereitschaft die Rede, notfalls auf verschiedene Bedingungen einzugehen, falls die Warschauer Behörden auf Repressalien gegen politische Gegner verzichten.

Die Autoren des Briefes bitten Glemp um Veständnis dafür, daß sie die in monatelangen Bemühungen ausgehandelten Bedingungen (Verpflichtung gegenüber dem Primas zur politischen Enthaltsamkeit für zweieinhalb Jahre) nicht annehmen könnten, da sie nicht vor den anderen, weniger bekannten politischen Häftlingen die Gefängnisse verlassen wollten. Außerdem gebe es keine Anzeichen dafür, daß die staatlichen Behörden bereit seien, die gesellschaftlichen Konflikte mit politischen Mitteln zu lösen. Daher müsse mit neuen Repressalien und Verhaftungen gerechnet werden. Sie fügten hinzu, sie würden ihre Haltung ändern, „wenn es irgendwelche Anzeichen dafür gäbe, aus der gesellschaftlichen Krise herauszukommen".

Von den elf Häftlingen, um die es bei den inzwischen an der Weigerung der Betroffenen gescheiterten Verhandlungen ging, haben nur Adam Michnik und der in einer Klinik befindliche Marian Jurczyk nicht unterzeichnet. Inzwischen ist für den 13. Juli ein Prozeß gegen die vier führenden Mitglieder des Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR) anberaumt worden.

Ein Verfahren gegen die sieben Führer von „Solidarität" ist noch nicht in Sicht. Glemp hatte in Radom die Freilassung aller politischen Häftlinge verlangt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Lavierlagen

Von Rüdiger Moniac

Die Flexibilität der amerikanischen Regierung gegenüber der Sowjetunion hat sich in den letzten Wochen in einem Maße gesteigert, wie das vor einem Jahr noch von der „kalifornischen Clique“ und deren Vorstellungen über Härte im Umgang mit Moskau nicht vermutet werden konnte. Aber Reagan und seine Berater geben trotz ihrer neuen Beweglichkeit kein Terrain auf. Es wird nur mit Hilfe einer intelligenteren Taktik gehalten.

Jüngstes Beispiel für sie ist die eben erklärte amerikanische Bereitschaft, mit der Sowjetunion in Verhandlungen zur Begrenzung von Anti-Satellitenwaffen einzutreten und überdies auch die modifizierte Haltung des Präsidenten gegenüber einer möglichen Gipfelbegegnung mit dem ersten Mann der Sowjetunion, Tschernenko. In Washington hat sich die Tonlage verändert. Jetzt heißt es nicht mehr, eine solche Konferenz müsse konkrete Ergebnisse erwarten lassen. Reagan gäbe sich nun damit zufrieden, ein konkretes Thema würde besprochen und dabei nach Möglichkeit auch ein Ergebnis erzielt.

Solcher Umschwung hat natürlich seinen Ursprung im anlaufenden Kampf um das Weiße Haus.Die Demokraten, die augenblicklich fast alle als Tauben daherfliegen, zwingen Reagan zu der neuen Flexibilität. Solange er keine wirklich gefährlichen Zugeständnisse an Moskau machen muß, ist das nicht zu bedauern. Die Mannschaft um Reagan lernt auf diese Weise eher zu begreifen, in welcher Lavierlage sich die meisten westeuropäischen Regierungen befinden, die zwischen den „basisdemokratischen Friedensbewegungen“ und den außen- und sicherheitspolitischen Realitäten einen stabilitätsfördernden Kurs gegenüber dem mächtigen östlichen Nachbarn finden müssen.

Verhandlungen über Anti-Satelliten-Waffen werden wahrscheinlich bei Teilen der US-Bevölkerung und auch sonstwo viele Hoffnungen auf eine Art Bändigung dieser Weltall-Rüstung wecken. Man sollte aber nüchtern bleiben und die Bedingungen dieser Verhandlungen nicht übersehen. Es scheint fast ausgeschlossen, daß eventuelle Abmachungen zum Bann bestimmter Systeme auch zuverlässig kontrolliert – also verifiziert – werden könnten. Ein Vertrag steht sozusagen in den Sternen.

Kostenfaktor

Von Gisela Reiners

Vom Gutachten des Bundesrechnungshofes, das die Rentabilität der Kupferverkabelung prüfen soll, weiß man einen Tag vor der Veröffentlichung durch Postminister Schwarz-Schilling (CDU) schon soviel: Die Verkabelung kostet mehr als durch Gebühren wieder hereinkommen wird, und die Anlagen rentieren sich nicht zu ihren Lebzeiten.

Entscheidend allerdings ist die Nachfrage der TV-Konsumenten. Nach den Tests in München und Ludwigshafen reagiert der Kunde nun nicht gerade mit überschäumender Freude. Die Chose ist immer noch sehr teuer, obwohl sie zu Dumpingpreisen angeboten wird.

Der Minister gerät unter Druck, selbst bei seinen Medienfreunden in Partei und Fraktion. Die haben längst gemerkt, daß die sich rasant entwickelnde Satellitentechnik das Kabel überholt. Vom Satelliten kann mit Hilfe einer (bei großen Stückzahlen) 500 Mark teuren Antenne direkt empfangen werden. Dies erspart überdies den Haus-und Wohnungsanschluß, das Aufreißen von Straße und Garten und die Anschaffung neuer TV- oder Videogeräte.

Außerdem treffen Schwarz-Schillings Arbeitsplatz-Prognosen nach eigenem Eingeständnis nicht mehr zu. Sollte, so der Minister, zunächst jede Kabel-Milliarde 25 000 neue Arbeitsplätze bringen, so ist jetzt nur noch von 12 000 die Rede - gerechnet von 1984 an. Und die Deutsche Postgewerkschaft, mit einem Organisationsgrad von 80 Prozent viertgrößte, murrt immer lauter, weil junge Fernmeldehandwerker nach der Lehre von der Post nicht übernommen werden können, der Minister aber 25 Milliarden für die Verkabelung ausgeben will.

Beim Regierungswechsel hatte er einen „Nachfragestau“ nach mehr Fernseh-Programmen (darunter auch privaten) konstatiert. Seine Kritiker meinen jedoch, es gebe auch einen nach Rolls-Royce-Autos. Schwarz-Schillings Parteifreund Bernhard Friedmann, der den Rechnungshof mobilisiert hatte, meint: „Egal, was im Gutachten steht – es ist endlich mal gründlich gerechnet worden.“

Vollkasko-Generation

Von Peter Gillies

Die Innovation ist der Schlüssel zu jenem Reich, in dem Wohlstand, sozialer Frieden und ausreichende Beschäftigung herrschen. Die Suche und Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen erfordert Kapital und Menschen, die etwas riskieren. Kapital gibt es bei uns in Fülle, nicht jedoch Wagnisbereitschaft. Der Bundeswirtschaftsminister wies auf einem deutsch-amerikanischen Seminar auf dieses Manko hin.

Nach wie vor emsig sparen die Deutschen und bilden so einen Kapitalstock, der durchaus den Fortschritt finanzieren könnte. Aber bei ihrer Kapitalanlage sind sie der Rentnermentalität verhaftet: möglichst hundertprozentige Sicherheit bei hohem Zins. Ein Vorwurf ist ihnen daraus nicht zu machen, denn die riesige Kapitalfehllenkung kommt darin zum Ausdruck, daß dem Anleger für nahezu risikolose Staatsanleihen locker acht und mehr Prozent winken, bei riskanten Unternehmungen weit weniger – trotz des hohen Wagnisses.

Nun ist nicht jeder Politiker, der ständig „Chip-Chip-Hurra“ ruft, ein Fortschrittsförderer. Lambsdorffs Klage richtet sich an Staat und Wirtschaft, Rahmendaten zu schaffen, die das Risiko besser als bisher belohnen. Aber er fragt im Grunde nach dem Menschen, der vorwärts geht, der sich nicht mit den Produkten von gestern zufrieden gibt, sondern neue sucht. Warum bekommt man bei einer Bank erst dann einen Kredit, wenn man mit vorgezeigten Sicherheiten beweisen kann, daß man keinen braucht? Warum fragen schon Lehrlinge nach der Pension? Warum sind Fortschritt und Technik bei uns negativ besetzte Begriffe mit bisweilen apokalyptischem Unterton?

Dieser Prozeß zur Erziehung einer Vollkasko-Generation beginnt im Kindergarten und endet auch nicht beim Vorruhestand mit 58 oder weniger Jahren. Unsere Wettbewerber am Weltmarkt haben mit dem Ideal vom Null-Softie wenig bis nichts im Sinn. Da sich jedoch Aufbruchmentalität nicht durch Logik, sondern nur durch Erfahrung herbeizwingen läßt, wird der Wettbewerb die Lehre erteilen. Das mag schmerzlich werden, ist aber kein Grund für Verzagtheit. Die Deutschen verfügen nicht nur über Kapital, sondern auch über Humankapital. Just dieses Kapital war stets ihre Stärke.



EG: Erstes Grün ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Kanzler ist gefordert

Von Herbert Kremp

Von einem Denkzettel sprach der Bundeskanzler am Wahlabend selbst, auch vom berühmten, nur schmerzhaften „blauen Auge“ war die Rede. Im Wesentlichen spiegelt das Ergebnis der Europawahl in der Bundesrepublik jedoch Unsicherheit und Verärgerung wider, die man glaubte risikolos zum Ausdruck bringen zu können. Der Wähler ging entweder nicht hin oder er ließ sich los. Er entschied sich in der nationalen Problematik, er entschied sich innerhalb dieser Grenzen regional unterschiedlich und durchgehend nicht rational. Sein Votum gibt zu denken, es steckt infolge der Spontaneität voller Hinweise.

Die längsten Gesichter sieht man bei der SPD. Sie rechnete fest mit dem Oppositions-Bonus, der jedoch voll an die Grünen ging. Geradezu zusammengebrochen wirkt die sozialdemokratische Partei in Baden-Württemberg, wo sie mit einem Verlust von glatten sieben Prozentpunkten nicht einfach „eine auf die Mütze“, sondern auf den Kopfknochen bekam. Das gilt zum Teil auch für Hessen, das zweite Streikgebiet. Der Ausstand, für den sich die SPD so stark gemacht hat, ist also in hohem Maße unbeliebt. Man hat gegen ihn gestimmt. Die starke Abwanderung zu den Grünen hat jedoch andere, rational weniger faßbare Gründe. Die Sozialdemokraten entfalten gegenüber dem anti-industriellen Protest keine Bindekraft. Das ist ihr Führungsproblem.

Den Regierungsparteien in Bonn nützt dies im Augenblick wenig. Die Ergebnisse der beiden Kommunalwahlen vom selben Tag weisen auf eine Abnutzung ihres Potentials hin. Mißt man ihnen prognostischen Wert bei - was bei Wahlen dieses Typs nur begrenzt möglich ist –, so ergeben sich daraus Ansätze zu einer zündenden Strategie-Diskussion. Unweigerlich kommt in der Union die Frage auf, ob die Freien Demokraten, die am Sonntag wieder ein Stück tiefer gesunken sind, in Zukunft ein *Mehrheitsbeschaffer* oder *nur noch* ein Risikofaktor sein werden. Kohl glaubt an das erste, Strauß an das zweite, wobei wohl beiden klar ist, daß es bis 1987 keine Alternative zum Bündnis gibt und bei den nächsten Bundestagswahlen nur unter Bedingungen, die man dem Reich der Träume zuzuordnen hätte, Chancen für eine absolute Mehrheit.

So kann die Diskussion sich eigentlich nur den Taten zuwenden, welche die Bundesregierung nun zu erbringen hat, um den Eindruck von Fehlern und Führungsschwäche ins Gegenteil zu kehren. Wie soll das geschehen?

Es ist so gut wie sicher, daß die bayerische CSU, die ihre Mütze auch wieder zurechtrücken muß, mit der Forderung nach einem großen Kabinettsrevirement hervortreten wird. Dies nicht nur wegen Strauß, der in seiner Verärgerung am Sonntag keinen Wert auf die Beteiligung an der Politikerrunde legte, sondern wegen der in bürgerlichen Parteien verbreiteten Meinung, daß Sachlösungen in erster Linie Personensache seien. Das ist nicht falsch, führt in diesem Falle aber zu einer folgenschweren Konfrontation zwischen der verwundeten FDP und der CSU, die nach den Ergebnissen der vergangenen Monate mit dem Gang des Regierens *in Bonn nicht einverstanden* ist und dies jetzt vermutlich vehement zum Ausdruck bringen wird.

Helmut Kohl lehnte am Sonntag ein *Revirement entschieden ab* („Ich bilde nicht um“) und gab damit zu erkennen, daß er im Falle eines Hauptverfahrens gegen Lambsdorff höchstens eine Einzel- und Übergangslösung anstreben wird. Ob er *damit* in der *Koalition* jenen Konsensus erzeugen kann, der jetzt mehr denn je zur Voraussetzung zügigen Handelns geworden ist, erscheint fraglich. Denn es liegt auf der Hand, daß die Gewohnheit des Bundeskanzlers, an Personen seiner ursprünglichen Wahl aus Gründen der Verbundenheit oder der Zusammenarbeit mit dem Hauptpartner FDP festzuhalten, den Grünen Argumente gegen die „*Etablierten*“ *zur Hand gibt*. Diesen Faktor muß der Kanzler ernst nehmen.



Mehrheitsbeschaffer oder Risikofaktor? - *Kanzler Kohl und Vize* Genscher FOTO: DIE WELT

Was die Politik in der Sache betrifft, so gibt es Bereiche des Erfolgs wie die Wirtschaft, die Umwelt und das Ehescheidungsfolgerecht, die der Öffentlichkeit bis jetzt unzureichend präsentiert werden. Und es gibt andere Themen wie die große Steuerreform, die im Streit der Interessen zerredet werden und zum Text für das nächste sogenannte Sommertheater herunterkommen. Theater dieser Art schaden nach der Erfahrung dem Bundeskanzler persönlich. Sie nähren Zweifel an der Entschlußkraft, die zur Richtlinienkompetenz des Regierungschefs gehört. Der Abstieg Schmidts hatte mit den sommerlichen Verteilungskämpfen innerhalb des Koalitionslagers begonnen. Sie wurden als Intonation der Ratlosigkeit empfunden.

Helmut Kohl wird den Ausgang der Sonntagswahlen als Herausforderung verstehen. Sie waren in allen Teilen Ausdruck verbreiteter Unsicherheit und Ungewißheit, die *nicht nur auf* der *Koalition*, sondern ebenso auf der größten Oppositionspartei lasten. Europa enthält für die Bürger keine leuchtende Vision, es erscheint im Gegenteil vielen als wirrer Laden, in dem jeder von jedem Höchstpreise fordert. Dieser Eindruck begünstigt den Protest und die Extreme. Die Bürger zweifeln am Sinn der Sache. Umso wichtiger ist jetzt überzeugende Führung. Ob sie besonders geistig ist oder nicht – sie muß politische Resultate erbringen.

IM GESPRÄCH Hubertus Senff

Der neue MAD-Mann

Von Rüdiger Moniac

Die Nachricht darüber, daß die Öffentlichkeit inzwischen weiß, er sei als neuer Amtschef für den Militärischen Abschirmdienst (MAD), den skandalumwitterten, vorgesehen, wird Hubertus Senff in den USA erfahren. Augenblicklich hält sich der Brigadegeneral, der im Bonner Führungsstab des Heeres die Abteilung Organisation leitet, zu Besprechungen bei den US-Streitkräften jenseits des Atlantik auf. Am 1. Oktober soll Senff auf den Posten von Brigadegeneral Helmut Behrendt nachrücken. Dessen Name ist, ob letztlich verdientermaßen, sei dahin gestellt, mit der Affäre Kießling verquickt. Unter Behrendts Verantwortung hatte der MAD gehandelt und dem Verteidigungsminister Wörner schließlich „Erkenntnisse“ vorgelegt. Der Rest ist sattsam bekannt.

Senff soll die überaus schwierige Aufgabe bewältigen, den Sicherheitsdienst der Bundeswehr wieder zu einem rundum verläßlichen Instrument der Streikräfte in der Spionageabwehr zu machen. Zu beneiden ist er darum nicht, denn keine andere Gruppierung der Bundeswehr ist in den vergangenen *fünfzehn* Jahren derart zwischen Skandalen, Intrigen und natürlich auch vorzüglicher Arbeit von MAD-Angehörigen hin- und hergerissen worden, wie diese mit ihren rund 2100 Soldaten und Beamten. Die dafür nötigen organisatorischen Voraussetzungen wird Senff vorfinden. Im wesentlichen werden sie von Wörner aufgrund der Empfehlungen der Höcherl-Kommission geschaffen. Dazu wird seine direkte Unterstellung unter den Hardthöhen-Staatssekretär Ermisch gehören, seine Beförderung zum Generalmajor (eine B 7-Stelle muß der Haushaltsausschuß des Parlaments erst noch bewilligen) desgleichen. Der MAD wird organisatorisch gestrafft, seine Arbeit auf eine gesetzliche Grundlage gestellt; außerdem wird - ganz wesentlich - für einen Personalaustausch mit der Truppe gesorgt.

Dennoch wird darüber hinaus viel



Träger der Clausewitz-Medaille: MAD-Chef Hubertus Senff. FOTO: DIE WELT

vom neuen Amtschef abhängen, ob der Neubeginn für den MAD zu dessen Erfolg führt. Von seiner Person her bringt Senff dafür nach aller Erfahrung gute Voraussetzungen mit. *1956* trat der *damals 21jährige als* Offizieranwärter in die Panzertruppe des Heeres ein. Erstmals setzte Senff seiner Laufbahn nach den üblichen Stationen in der Generalstabsausbildung ein Glanzlicht auf. Der angehende Major erhielt 1968 als erster die von der Clausewitz-Gesellschaft gestiftete Medaille, die jeweils einem der Besten an der Führungsakademie zugedacht ist. Damit wurde seine Jahresarbeit gewürdigt, in der er die Entwicklung der Panzerwaffe im deutschen Heer zwischen den beiden Weltkriegen dargestellt hatte.

Später holte sich General Hildebrandt in seiner Amtszeit als Inspekteur des Heeres den vielversprechenden Generalstabsoffizier als Adjutant. Weitere Stationen in Rom und Brüssel haben Senff auch Einblicke in die NATO verschafft. Kenner von Senff sagen, er sei ein Mann, der Mitarbeitern Vertrauen schenke und - wichtiger noch - ein Offizier, der seine Untergebenen nicht „hängen“ lasse. Einen solchen Mann braucht der MAD.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Kölnische Rundschau

Hier heißt es in einer Betrachtung zum 17. Juni:

Wer auf den Tag der Wiedervereinigung hofft, gibt sich *keinem* unerfüllbaren Traum hin, wer jedoch glaubt, dafür müßte heute schon mehr getan werden, wird auf entsprechende Fragen keine überzeugenden Antworten geben können. Das sollte uns nicht hindern, auch die Verhältnisse in unserem Land kritischer als bisher zu bewerten. Wir machen es uns zu einfach, wenn wir überheblich stets nur auf die negativen Erscheinungen in der DDR hinweisen. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die persönliche Freiheit dort keinen hohen Stellenwert besitzt. Ebenso gibt es aber auch keinen Zweifel darüber, daß diese persönliche Freiheit bei uns von Jahr zu Jahr schamloser *mißbraucht* wird. Sogenannte Friedensgruppen, die in unserem Land NATO-Manöver unmöglich machen wollen, politische Rowdys, die das öffentliche *Auftreten* des Bundeskanzlers mit Eiern und Tomaten quittieren, sollten nicht nur Unbehagen, sondern auch wirkliche Sorge darüber hervorrufen, daß solches in unserem Staat nahezu ungestraft möglich ist. Wir sind längst in der Gefahr, uns an alles zu gewöhnen, und verspielen dabei mehr, als uns bewußt wird. Ein Land, das seine politische Toleranz zur chaotischen Zügellosigkeit verkommen läßt, könnte eines Tages kaum noch den Anspruch erheben, sich mit einem andern Land vereinen zu wollen, auch wenn es dabei um eine einzige Nation geht.

LIBERATION

Das Pariser Blatt befaßt sich mit dem Wahlsieg der Rechtsextremen in Frankreich:

An einem Tag ist die gesamte politische Landschaft verändert worden. Als wäre ein Orkan über sie hinweggefegt: Kein einziges Möbelstück befindet sich mehr am selben Platz, ganz zu schweigen von den Möbeln, die da mitten im Zimmer thronen und *nicht* im *Programm* vorgesehen waren. Alle von den Führern der Opposition und dem Regierungslager versuchten Manöver sind nicht nur fehlgeschlagen, schlimmer noch, sie kehrten sich in den meisten Fällen gegen sie. Einziger Trost, außer Le Pen gab es am Sonntag sowohl bei der Rechten wie bei der Linken nur Besiegte. Es wird für die Führer der demokratischen Opposition nicht leicht sein, sich von dieser „rechtslastigen“ Opposition freizumachen, die ein Spielverderber bei Bemühungen um eine Union werden könnte. Und da ist das andere Opfer dieses Wahlgangs: Im heutigen politischen Rahmen ist keine Mehrheit der Wähler möglich. Sowohl die Rechte als auch die Linke sehen sich gewissermaßen einer doppelten Identitätskrise gegenüber. Sie brechen buchstäblich auseinander. Dieser Widerspruch kennzeichnet die politische Lage Frankreichs im Jahr 1984, keine zwei Jahre vor den Parlamentswahlen. Mitterrand wird damit fertigwerden müssen, aber wie? Das nennt man eine politische Krise.

Wo das Fernsehen frei ist, da ist es auch gut

Beobachtungen auf 35 Kanälen in den Vereinigten Saaten / Von Gitta Bauer

In *New York* stehen mir genau 35 Fernsehkanäle zur Verfügung. Einmal von Nummer 2 bis 13, und dann vom Buchstaben A bis zum W. Unter den Buchstabenkanälen, die durch Kabel und Satelliten zu mir ins Haus kommen, befindet sich eine Anzahl, die vom Publikum gemietet werden kann, also keine *Programme* ausstrahlt, oder Anzeigenkanäle. Der Rest, immerhin 25 Möglichkeiten, bietet mir, je nachdem, wonach mir der Sinn steht, Nachrichten (und das 24 Stunden lang), Unterhaltung, Sport, und Filme, meist ebenfalls nahezu rund um die Uhr. Wenn ich will, kann ich mich sogar 24 Stunden lang auf Kanal W über das Wetter in New York, in den USA, in der ganzen Welt, besonders in Feriengebieten, informieren.

Dafür entrichte ich im Monat 35 Dollar. Fernsehen ist in den USA, da privat und durch Werbung finanziert, grundsätzlich kostenlos. Meine Gebühren, die ich an die Privatfirma Manhattan Cable TV entrichte, setzen sich aus den Kabelkosten (11 *Dollar*), der Miete für die Filmkanäle (19 Dollar) sowie der Miete für die Schaltbox zusammen, denn 35 Kanäle lassen sich nicht mehr am TV-Gerät selber ein- und ausschalten. Da ein Kinobesuch in New York rund 5 Dollar kostet, komme ich bei vier Filmen im Monat bereits auf meine Kosten, zumal da *Home-Box-Office*, das der Firma Time-Life gehört, auch neue Filme und Publikumserfolge bietet. Die Kabelkosten müßte ich ohnehin aufbringen, denn ohne Kabel ist in Manhattans Wolkenkratzern kaum ein Empfang möglich.

Ich habe also die Wahl zwischen den drei großen Networks, ABC, CBS *und NBC*, drei örtlichen Stationen, drei „öffentlichen“, das heißt mit Haushaltsmitteln geförderten Kanälen, einem chinesischen und einem spanischen Programm sowie vier Kanälen, die jeweils 24 Stunden lang Nachrichten, Finanzberichte, Sport oder Rockmusik senden. Rund um die Uhr bringen vier Stationen Filme und TV-Serien: Neben dem Home-Box-Office sind es Cinemax (von Time Inc.), USA Networks und schließlich Ted Turners „Atlanta Superstation“ WTBS. Dem sagenhaften Selfmademan, Besitzer des Baseball-Teams der „Braves“, Segler, der um Amerikas Cup kämpfte, gehört auch eine vor allem für ausländische Korrespondenten unersetzliche Informationsquelle, der Nachrichtensender CNN, der – flexibler als die Networks – bei grossen Ereignissen seine TV-Crews sofort an Ort und Stelle schickt und pausenlos berichtet.

Bei den Kabelkanälen ist die Werbung wesentlich geringer als bei den Networks oder lokalen Stationen, da sie sich in erster *Linie* aus dem Programmverkauf an die angeschlossenen Mitgliedstationen finanzieren. Dafür gehören bei einer Halbstundensendung im sonstigen TV im Durchschnitt acht Minuten der Werbung. Das ist für den werbungsungewohnten Deutschen nicht immer leicht zu verkraften, zumal da die Reklame aus nicht ganz erklärbaren Gründen häufig Produkte anpreist, die die physischen Mängel unseres Menschendaseins beseitigen sollen, als da sind: Mundgeruch, Körpergeruch, Schuppen, Kopfschmerzen und Hämorrhoiden.

Immerhin ist die Werbung oft witzig, manchmal steckt in ihr mehr Talent als in dem Film, den sie unterbricht. Zweitens wird in ernsten Filmen oder bei der Berichterstattung über tragische Ereignisse fast immer die Werbung zurückgenommen, sorgfältig ausgewählt oder zu Blöcken zusammengefaßt. Drittens braucht keiner hinzuhören. Man kann den Ton wegschalten.

In zwei wesentlichen Aspekten unterscheidet sich das amerikanische Fernsehen, einschließlich seiner „öffentlichen“ Kanäle, vom deutschen öffentlich-rechtlichen: In seiner objektiveren und umfassenderen Nachrichtengebung und in der wesentlich gekonnteren Unterhaltung, die durch ihre Vielfalt solche Kontraste bietet, daß auch dem gehobensten Geschmack Rechnung getragen wird. Sie verliert nicht aus dem Auge, daß Menschen sich nach getaner Arbeit entspannen, nicht unbedingt belehren lassen wollen.

Von 5 Uhr abends an bringen die Networks und ihre örtlichen Stationen zweieinhalb Stunden Nachrichten. Davon entspricht etwa eine halbe Stunde den bei uns hier vorgelesenen, dort von einem „Anchorman“, also einem gestandenen Redakteur, dargebotenen Schlagzeilennachrichten. Der Rest sind eingehende Filmberichte. Um 23 Uhr kommt noch einmal ein Nachrichtenblock, der je nach Kanal eine halbe bis anderthalb Stunden dauert. Um 6 Uhr früh beginnen die Morgenshows mit Nachrichten und gehen denn zu Interviews und Unterhaltung über. Sie dringen auch *in die* tiefste Provinz. Man sieht, Fernsehvielfalt, die nicht gegängelt wird, bedeutet mehr Information und mehr Qualität. Vielleicht sollten sich einige ängstliche deutsche Kreise doch einmal im gefürchteten Amerika umschauen.



Franz Steinkühler: Stellvertretender Vorsitzender der IG Metall
FOTO: NORBERT FÖRSTERLING/DPA



Detlef Hensche: Stellvertretender Vorsitzender der IG Druck
FOTO: JUPP DARCHINGER

Die Jungen geben den harten Ton an

Sie geben in den Gewerkschaften immer mehr den Ton an, und die gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen sind ohne sie nicht zu verstehen: Zu diesen „jungen Leuten" gehören Franz Steinkühler, Monika Wulf-Mathies und Detlef Hensche.

Von GÜNTHER BADING

Solchen Beifall hatte die Münchner Bayernhalle *nicht mehr* erlebt, seit Franz Josef Strauß hier zur CSU gesprochen hat. Minutenlang applaudierten die rund 1500 „Kollegen" der ÖTV, als ihre Vorsitzende Monika Wulf-Mathies die beiden Spitzenleute der streikenden Gewerkschaft IG Metall und IG Druck und Papier, Hans Mayr und Erwin Ferlemann, begrüßte.

Neben Hans Mayr saß jener Mann, den viele fälschlich schon jetzt für den eigentlich Mächtigen in der Metallgewerkschaft halten – der 2. Vorsitzende Franz Steinkühler. Er registrierte den Beifall, maß wohl ab, wie weit er dem Vorsitzenden Mayr und wie weit er dem Kampf der IG Metall um die 35-Stunden-Woche gelten mochte. „Der Franz", wie man ihn auch nach seinem Aufstieg vom Bezirksleiter zum zweiten Mann der größten Gewerkschaft der Welt noch gemeinhin nennt, reagierte also kühl und gelassen wie immer. So schien es; aber dieser Schein trügt.

Emotionen, die er auf Großkundgebungen immer zu wecken verstand, scheinen ihn jetzt selber häufiger als früher zu packen. Erregt, beinahe heftig redete er vor Beginn der Veranstaltung in München auf Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ein. Wenn man Steinkühler anspricht, so ist von der früher vielgerühmten Gelassenheit nicht mehr allzuviel zu spüren. Er lächelt sofort, nicht abwägend, mal überheblich, mal kumpelhaft wie man es von ihm gewohnt war. Sein Lächeln ist schnell geworden und anspruchslos. Er redet sich auch leichter in Rage als noch vor wenigen Monaten. Kein Zweifel, „der Franz" ist nervös geworden.

Es kann nicht nur am neuen Amt liegen. Steinkühler hat sich seit Jahren darauf vorbereitet; er hat im vergangenen Juni in einem langen Gespräch seinen innergewerkschaftlichen Frieden mit Hans Mayr gemacht, der vor ihm den Posten des „Innenministers" der IG Metall innehatte. Bleibt die Frage, ob sich die Persönlichkeit verändert hat. Sicher behagt es Steinkühler nicht, daß er jetzt in Mayrs Schatten zu stehen hat.

Am liebsten sieht er sich in der Rolle des Volkstribunen, der 70 000 in Stuttgart zusammentrommeln kann, um dann gegen die Sozialpolitik der (damals noch sozialdemokratisch geführten) Regierung zu wettern. Es reizt ihn, die Massen seiner Zuhörer zu bewegen, aufzuwühlen, sie aufzupeitschen und dann den Zeitpunkt selber zu bestimmen, wann diese Emotionen wieder abzuebben haben. Im Gespräch mit dem einzelnen, mit der kleinen Gruppe fehlt ihm dieses Element, wenngleich er auch hier – so beim Besuch von Streikposten, im 78er Streik in Baden-Württemberg als verantwortlicher Bezirksleiter oder jetzt als Vizevorsitzender – versteht, die Metaller für sich einzunehmen.

Auch der Streik um die 35-Stunden-Woche, innergewerkschaftlich von ihm maßgeblich vorangetrieben, spiegelt das Verhalten des Volksredners wider. Auch hier versucht Franz Steinkühler, auszuloten, wie weit er gehen kann, bis zu welchem Punkt die von dem langjährigen Vorsitzenden Loderer auf Vernunft und Kompromißbereitschaft bei aller verbalen Radikalisierung eingeschworene Gewerkschaft ihm zu folgen bereit ist.

Wie weit macht die Gewerkschaftsbasis mit, wenn der Streik politisiert wird, wie es seit Monaten geschieht, wenn als Ziel ganz offen die Veränderung der gesellschaftspolitischen Machtverhältnisse angeführt wird? Für „den Franz" scheint die jetzt laufende, zur Existenzfrage und zum Machtkampf mit den Arbeitgebern hochstilisierte Kampagne für die 35-Stunden-Woche die Generalprobe zu sein für seine Amtszeit als Vorsitzender ab 1987. Denn dann wird Hans Mayr aus Altersgründen nicht mehr kandidieren.

Ganz anders als der immer wieder von der Versuchung, die Grenze des eigenen Demagogen-Talents auszuloten, geplagte Steinkühler ist die immer noch „neue" ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies. Auch sie gehört zu jenen „jungen Leuten" Mitte Vierzig, die jetzt nach und nach die alten, gestandenen Arbeiterführer vom Schlage eines Eugen Loderer, Heinz Oskar Vetter, oder Heinz Kluncker verdrängen. Sie ist die erste Frau auf einem der 17 Chefsessel der deutschen Einzelgewerkschaften.



Monika Wulf-Mathies: Vorsitzende der ÖTV
FOTO: ROLAND HOLSCHNEIDER

Und sie weiß, daß dies ein Kapital ist, mit dem sie wuchern kann.

In der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung um ihre Person – sie war nur knapp gegen den damals zweiten Vorsitzenden Merten als Nachfolgerin von Heinz Kluncker gewählt worden – ist sie seit geraumer Zeit die gröbsten Sorgen los.

War sie nach dem kläglichen Ende der Tarifrunde des vergangenen Jahres besorgt, ob sie die ÖTV mit ihren auseinanderdriftenden Bereichen des öffentlichen Dienstes und des Verkehrswesens zusammenhalten könne, so hat jetzt ein *Dritter* den Part des Zusammenschweißers übernommen: die Bundesregierung. Nichts ist besser geeignet, Gewerkschafter zu der vielbeschworenen Solidarität zusammenzufügen, als ein Angebot, das schlicht „Null" heißt. Nicht von ungefähr hat Frau Wulf-Mathies denn auch den Kampf gegen die – für Beamte schon Wirklichkeit gewordene – Nullrunde für den Tarifbereich zum vorrangigen Ziel erklärt.

Drittes Beispiel eines jener „jungen" Gewerkschaftsführer, die jetzt den Ton angeben, ist Detlef Hensche, stellvertretender Vorsitzender der IG Druck und Papier seit dem Herbst. Der Streik um die 35-Stunden-Woche in diesem Bereich ist hauptsächlich sein Werk. Schon auf den früheren ersten Vorsitzenden Mahlein hatte Hensche großen Einfluß. Und auch dessen Nachfolger Ferlemann kann sich dem noch nicht entziehen – wenn er das jemals schaffen sollte.

Hensche als Parallelfall zu Steinkühler? Nicht ganz. Hensche versucht sich nicht als Demagoge; auch er *will die gesellschaftlichen Machtverhältnisse* ändern. Aber er versucht das nicht auf dem Weg über die Bewegung der Massen.

Für ihn ist der Ansatz bezeichnend, der in jenem Teil der Forderung der IG Druck enthalten ist, der in der Öffentlichkeit wegen der spektakulären Forderung nach der 35-Stunden-Woche viel zu wenig Beachtung findet. Hensche verlangt die drastische Ausweitung der Mitbestimmung. Er will im Grunde dasselbe wie Steinkühler. Aber er hat nicht die Machtmittel, im offenen Schlagabtausch seinen Tarif-Widerpart in die Knie zu zwingen. Und so versucht er es mit der bekannten Salami-Taktik. Die Mitbestimmung soll Stück für Stück erweitert werden.

Der Schekel wird zur Ware für Israels Schrotthändler

280 Prozent Inflation im vergangenen Jahr; 100 Prozent Inflation in der ersten Hälfte dieses Jahres; das sind Zahlen, mit denen die Israelis leben müssen. Um zu überleben, gibt es viele Wege.

Von EPHRAIM LAHAV

Über Israel ist eine Kaufwelle hereingebrochen. Wer Bargeld flüssig hat, kauft sich etwas Haltbares – einen neuen Kühlschrank, eine Stereoanlage oder ein Auto; denn die Furcht ist groß, daß die Regierung gleich nach den Wahlen vom 23. Juli – egal welche Partei dabei gewinnt – schmerzliche Maßnahmen ergreifen wird, um Kaufkraft abzusaugen. Im Gespräch sind eine einmalige Kapitalsteuer, eine Zwangsanleihe oder gar eine Währungsreform.

Doch nicht nur die Flucht in Sachwerte gibt es. Manche kaufen auch US-Dollar auf dem schwarzen Markt oder andere Fremdwährungen und horten sie. Die neueste – legale – Mode ist es, Langstrecken-Flugbillets ohne Reisedatum zu kaufen. Aufgrund der bestehenden Bestimmung können solche Billets jederzeit zurückgegeben und zum jeweils gültigen Tarif eingelöst werden.

Das Motto heißt: Schnell kaufen, denn die Preise wertbeständiger Waren steigen noch schneller als die Inflation.

Die Befürchtung, daß das Finanzministerium dreinschlagen wird, ist berechtigt. Die Inflation im Lande erreicht jetzt ein Niveau, das vielen Israelis das Schreckgespenst der deutschen Inflation nach dem Ersten Weltkrieg vorschweben läßt. Im vergangenen Jahr betrug sie 280 Prozent und allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres schon fast 100 Prozent.

Diese galloppierende Geldentwertung hat dazu geführt, daß sich heute nur noch die wenigsten Israelis bei den Preisen zurechtfinden. Das Fernsehen besuchte vor kurzem drei Supermärkte und fragte Hausfrauen, was einzelne Waren kosten. Nur eine einzige Frau kannte die Preise von Brot, Milch und Käse. Die Tageszeitung „Ha'aretz" fragte Abgeordnete. Keiner wußte, was ein Kilogramm Brot kostet.

Zahlungsmittel ist der Dollar

Der Schekel ist zwar offiziell das einzige gesetzliche Zahlungsmittel, aber er dient schon lange nicht mehr als Rechnungseinheit. Dafür muß der US-Dollar herhalten. Alle Preise werden in Dollars kalkuliert und nach dem jeweiligen Tageskurs in Schekel *umgerechnet. Sogar in Kaufverträ*gen heißt es zum Beispiel „Der Preis beträgt eine Million Schekel, gebunden an den Dollarkurs am Zahltag".

Langsam wird es auch schwierig, mit Geld umzugehen, weil man mit extrem hohen Zahlen rechnen muß, denn die höchste Banknote im Imlauf lautet auf eintausend Schekel. Als sie vor drei Jahren *geplant* wurde, war dies noch eine ansehnliche Summe. Heute sind das nur noch 12,80 Mark. Sogar die Schwarzmarkt-Geldhändler in Ost-Jerusalem haben schon Geldzählmaschinen aufgestellt, sonst würde das Banknotenzählen zu lange dauern.

Die 1-Schekelmünze wird kaum mehr benutzt. Sie ist ein und einen viertel Pfennig wert, ist aber so groß wie ein Markstück. Bei den Münzen übersteigt der Metallinhalt ihren Nennwert. In der Jerusalemer Altstadt werden sie nach Gewicht an Schrotthändler verkauft.

Die Posttarife ändern sich so rasch, daß die Post mit der Herstellung neuer Briefmarken nicht Schritt halten kann. Sobald eine neue Marke heraus ist, ist ihr Nennwert nicht mehr hoch genug. Empfänger von Briefen aus Israel werden sehen, daß sie meist mit bis zu einem halben Dutzend Marken beklebt sind. Für den Inlandverkehr gibt es schon seit über einem Jahr Briefmarken ohne Nennwert. Sie werden jeweils zum gültigen Tarif für einen gewöhnlichen Inlandsbrief verkauft und behalten ihren Wert, *auch wenn der Tarif mittlerweile* steigt.

Alle drei Tage ein Prozent Verlust

Der Lohn, den der Israeli am Monatsersten ausgezahlt bekommt, verliert alle drei Tage ungefähr ein Prozent an Wert. Um hier zu helfen, bieten die Banken Zinsen in der Höhe von 8 Prozent im Monat für jede Einlage – auch wenn sie nur einen Tag lang deponiert ist. Sie haben sogar Programme ausgearbeitet, damit der Lohnempfänger sein Geld auf vier Wochen verteilt und es so anlegen *kann, daß* sein Verlust minimal bleibt.

Aber wer sein Konto überzieht, muß ein halbes Prozent Zinsen pro Tag zahlen. Und wer bei der Einkommenssteuer säumig ist, zahlt pro Woche vier Prozent Verzugszinsen. Die Sozialversicherung brummt ihren Schuldnern zusäzlich noch anderthalb Prozent Strafe auf.

Wie wird nun der Israeli mit dieser Situation fertig? Der 50jährige Elektriker Kurt Landes, verheiratet, zwei Kinder, erzählt: „Meine Kunden wissen, daß eine Arbeitsstunde bei mir 18 Dollar kostet. Für meine Materialien und Ersatzteile habe ich eine Preisliste in Dollars. Wenn ich morgens in die Werkstätte komme, so rechne ich alles in Schekel um, und am Ende komme ich mit demselben Einkommen nach Hause."

So gut haben es aber nicht alle. Arbeiter und Angestellte z. B. bekommen zu ihrem Grundgehalt jeden Monat eine Teuerungszulage, die sie für *den Preisanstieg entschädigen* soll. Doch sie beträgt nur 80 Prozent des Anstiegs. Das heißt, wenn die Preise in einem Monat um, sagen wir, 20 Prozent zugenommen haben, so beträgt die Zulage nur sechzehn Prozent. Auch erhalten sie die Zulage erst einen Monat nach Eintritt der Teuerung.

Diese Lohnpolitik ist beabsichtigt. Der Gesundungsplan des Finanzministers Yigal Cohen-Orgad, der im Oktober vorigen Jahres sein Amt antrat, sieht eine Senkung des Lebensstandards durch gelenkte Abschöpfung der Kaufkraft vor, indem die Teuerung nur teilweise kompensiert wird.

Das ist die Theorie. Wenn sie den einzelnen betrifft, so hört sich das anders an. Wie z. B. bei dem 29-jährigen Automechaniker Danny Amsaleg, der uns seinen Lohnzettel vor die Nase hielt und ausrief: „So kann ich nicht weitermachen. Hundertzweitausend Schekel bringe ich nach Hause. Fünfundvierzigtausend Schekel kostet mich die Miete. Wie soll ich von dem Rest einen Monat lang leben? Ich bin ein überzeugter Anhänger des Likud, aber ich bin bereit, jede andere Partei zu wählen, sogar die Kommunisten, wenn man mir einen anständigen Lohn und eine Wohnung für mich und meine Frau verspricht." Dannys Lohn steigt zwar nominell jeden Monat, aber sein Gegenwert betrug vor einem Jahr 800 Dollar, nun nur mehr 500.

Am schlechtesten sind die Pensionäre und Altersrentner gestellt. Auch sie sind von der gezielten Erosion der Löhne betroffen. Ein Rentnerehepaar mit Sozialzulage erhält jetzt umgerechnet 175 Mark im Monat. Falls sie noch ein wenig dazuverdienen, werden sie der Sozialzulage verlustig.

*Diese Leute sind wehrlos und müs*sen sich damit begnügen, was ihnen der Staat gibt; Rentner können nicht streiken. Gerade die besserverdienenden Arbeitnehmer sind es, die jetzt das Land in eine Streikwelle gestürzt haben, weil sie die Zwangslage der Regierung vor den Wahlen noch maximal ausnützen wollen. Etwa ein Drittel aller Arbeitnehmer sind zur Zeit im Total- oder Bummelstreik, ein anderes Drittel hat den gesetzlich vorgeschriebenen „Arbeitskonflikt" ausgerufen, der einem Streik vorangehen muß.

Höhere Löhne nützen niemandem

Der allgemeine Gewerkschaftsverband „Histadrut", der von der Arbeiterpartei kontrolliert wird, bestreitet zwar jegliche parteipolitische Absicht, aber das ist nicht glaubhaft. Die „Histadrut" fordert jetzt eine allgemeine *Lohnanhebung um 22,5 Pro*zent, während das Finanzministerium nur acht Prozent gewähren will.

Daß diese gegenseitige Aufschaukelung von Lohnerhöhungen und Preisanstieg letzten Endes keinem nützt, ist klar. Finanzminister Cohen-Orgad verglich dies in einem kürzlichen Vortrag mit einer Tribüne auf einem Fußballplatz: Zuerst saßen die Zuschauer alle. Dann standen die Zuschauer in der ersten Reihe auf, um besser zu sehen. Das zwang die zweite Reihe zum Aufstehen, dann die dritte – bis schließlich alle standen. Sie sahen dann alle genausogut oder schlecht wie vorher, aber anstatt ihrer Sitze hatten sie jetzt nur noch Stehplätze. *(SAD)*

Wiesbaden: Konflikt im rot-grünen Bündnis

dpa, **Wiesbaden**

In dem bundesweit ersten Bündnis *zwischen Sozialdemokraten und Grünen* zeichnen sich in Hessen die ersten Konflikte ab: Die Landtagsfraktion der Grünen hat die SPD-Landesregierung aufgefordert, die geplante Erweiterung von Lagerstätten der Hanauer Atomfabriken Nukem und Alkem nicht zu genehmigen. Gleichzeitig werden politische Schritte gegen die vom Umweltministerium bereits erlaubte Einlagerung dioxinhaltiger Abfälle des Chemiekonzerns Boehringer in der nordhessischen *Deponie Herfa-Neurode* angekündigt.

Dagegen erklärte die SPD-Fraktion, sie sehe *keine Anzeichen für die* Gefahr, daß die Hanauer Firmen mit der Verarbeitung von hochangereichertem Uran und Plutonium die Verbreitung von Atomwaffen begünstigen könnten.

Die Grünen verlangten, das Wirtschaftsministerium solle Nukem und Alkem zumindest Auflagen erteilen, die es unmöglich machten, daß in Hanau „waffenfähiges Material" produziert werde. Hessen müsse notfalls einen Konflikt mit Bonn wagen.

Saarland: Der Gewinner heißt Lafontaine

Mehrheit mit Grünen / Neue Bundesstrategie der SPD?

dpa, **Saarbrücken**

Ein politischer Machtwechsel ist in dem seit 1977 von einer CDU / FDP-Koalition regierten Saarland – legt man die Ergebnisse der Wahl am Sonntag zugrunde – für die nächste Landtagswahl am 10. März 1985 möglich geworden. Bei der Kommunalwahl am Sonntag errangen die SPD mit 45,6 Prozent der Stimmen und die Grünen mit 5,3 Prozent eine klare rechnerische Mehrheit gegenüber den saarländischen Regierungsparteien CDU (42,2 Prozent) und FDP (4,3 Prozent), die beide erhebliche Einbußen erlitten.

Der Sieger der Kommunalwahlen im Saarland ist vor allem der SPD-Landesvorsitzende und Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine, der nun als chancenreicher Herausforderer gegen Saar-Ministerpräsident Werner Zeyer im nächsten Jahr gilt. Lafontaine hatte vor der Wahl erklärt, ein SPD-Sieg bedeute die „halbe Miete" für den angestrebten Regierungswechsel.

Mit seinem Wahlerfolg dürfte Lafontaine, als dessen „politischer Ziehvater" der SPD-Bundesvorsitzende Willy Brandt gilt, auch in seiner Bundespartei weiter für Furore sorgen. Nicht von ungefähr hatte der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz während des Wahlkampfes erklärt, der Ausgang der Kommunalwahlen im Saarland werde zweifellos mitentscheidend für die künftige Strategie der Bundes-SPD sein. Dabei gehe es *vor allem um eine Antwort auf die* Frage, ob und wie sich die in Rüstungs- und Umweltfragen „bewußt *offene linke Politik" der Saar-SPD* in Wählerstimmen auszahle.

Mit seiner Politik gelang es Lafontaine offenbar, vor allem auch die Generation der 18- bis 25jährigen zu einem Großteil an sich zu ziehen und sie nicht verstärkt zu den Grünen abwandern zu lassen. Er konnte die knappe absolute Rathaus-Mehrheit seiner Partei in der Landeshauptstadt noch ausbauen. Die Grünen schafften dennoch den Sprung in den Stadtrat, aber mit deutlicher Differenz zu ihrem bundesweiten Europawahl-Ergebnis.

Jetzt rot-grüne Bündnisse?

Alternative holten bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz 5,4 Prozent

JOACHIM NEANDER, **Mainz**

Bei der Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz war es nicht anders als bei der Europawahl am selben Tag. Gemeinsam lecken die drei (bisher) etablierten Parteien CDU, SPD und FDP jetzt ihre Wunden. Fast euphorisch ist die Stimmung bei den Grünen.

So demonstrieren es die Zahlen: In den zwölf kreisfreien Städten und 24 Landkreisen büßte die CDU 2,1 Prozent der Stimmen und 23 Mandate, *die SPD ebenfalls 2,1 Prozent und 20* Mandate und die FDP 1,9 Prozent und 37 Mandate ein. Der hohe Mandatsverlust erklärt sich dadurch, daß die Freien Demokraten in mehreren Fällen nicht mehr die Fünf-Prozent-Hürde überwinden konnten.

Die Grünen gewannen bei ihrem ersten landesweiten Auftreten insgesamt 5,4 Prozent der Stimmen und nicht weniger als 74 Mandate. Diese neuen Stadtrats- bzw. Kreistagsabgeordneten sind zum Teil politisch bisher noch nicht hervorgetreten. Man wird abwarten müssen, welcher der grünen Gruppierungen sie sich zugehörig fühlen.

Dies wird vermutlich großen Einfluß auf die politische Zukunft in den Städten Mainz, Kaiserslautern und Frankenthal sowie in den Landkreisen Bad Dürkheim, Bad Kreuznach und Ludwigshafen haben. In diesen sechs Kommunalparlamenten können nämlich künftig die SPD und die Grünen gemeinsame Mehrheiten bilden – wenn sie es wollen. Nicht nur unter den Grünen, auch innerhalb der SPD rechnet man in dieser Frage mit zum Teil heftigen Auseinandersetzungen. In der Landeshauptstadt Mainz, wo es jetzt im Stadtparlament vier Fraktionen gibt, ist als Alternative offenbar ein Große Koalition zwischen der SPD unter dem Oberbürgermeister Jockel Fuchs und der CDU im Gespräch. Im Magistrat ist daneben auch noch die FDP mit ihrem Landesvorsitzenden Rainer Brüderle als Wirtschaftsdezernenten vertreten.

In der SPD ist allerdings mit einer starken Opposition gegen eine Große Koalition zu rechnen, hat hier doch die SPD mit einem Minus von 4,4 Prozent mehr als doppelt so hohe Verluste hinnehmen müssen wie die CDU. Die Grünen erreichten in der Universitätsstadt Mainz mit 9,2 Prozent ihr insgesamt bestes Resultat im Lande.

Umgekehrt hat die CDU in den Städten Ludwigshafen und Zweibrücken Grund zur Besorgnis. In beiden Fällen gelang der SPD bei CDU-Verlusten von über 4 Prozent entgegen dem allgemeinen Trend sogar noch ein Stimmenzuwachs von mehr als einem Prozent. Hier scheint die Popularität der beiden SPD-Oberbürgermeister sich zusätzlich ausgewirkt zu haben.

Größere Machtverschiebungen hat es, wenn man von der Möglichkeit rot-grüner *Bündnisse absieht*, bei dieser Wahl nicht gegeben. Auch die seit langem angekündigten Proteste der *Moselwinzer*, vor allem gegen die EG, haben auf die Zusammensetzung der Kommunalparlamente keinen wesentlichen Einfluß gehabt.

Nicht so sehr ein Boykott der Wahlen als vielmehr das Abgeben ungültiger Wahlzettel war am *Sonntag* das von den meisten gewählte Protestzeichen. Im Landkreis Cochem-Zell waren *6116 Europa-Stimmzettel*, das sind 15,1 Prozent, ungültig.

Mit insgeamt 3,9 Prozent auf Landesebene haben auch die verschiedenen Wählergruppen um 0,8 Prozent besser abgeschnitten als 1979.

94 Prozent für Änderung der Verfassung

lz. **München**

Als erstes Bundesland hat Bayern den Umweltschutz umfassend in seiner Verfassung verankert. Bei dem gemeinsam mit der Europawahl durchgeführten Volksentscheid stimmten 94 Prozent für die Verfassungsänderung, nur sechs Prozent lehnten sie ab. Die Wahlbeteiligung betrug wie bei der *Europawahl* 46,1 Prozent, zur Annahme des Volksentscheids genügte die einfache Mehrheit der gültigen Stimmen.

CSU und SPD, die den Text der Verfassungsänderung gemeinsam erarbeitet haben, zeigten sich über den Ausgang befriedigt. Der SPD-Landesvorsitzende Rothemund sprach von einer „nahezu einstimmigen Billigung", CSU-Generalsekretär Gerold Tandler erklärte, die Zustimmung der Bürger zeige, daß die „sogenannten Grünen", die die Verfassungsänderung ablehnen, „nur eine kleine Minderheit" seien.

Kritik wegen des Volksentscheids mußte aber Innenminister Karl Hillermeier (CSU) einstecken, weil er angeordnet hatte, am Wahlabend erst die Stimmzettel zur Verfassungsänderung auszuzählen.

Agrarsubventionen: Die EG sagt nein

rtr, ***Luxemburg***

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat dem deutschen Antrag die Zustimmung verweigert, zusätzliche Agrarsubventionen zum Ausgleich von Nachteilen zu genehmigen, die den deutschen Bauern durch die im Frühjahr in der EG vereinbarte Reform der Agrarpolitik entstehen. Nach Angaben von EG-Beamten in Luxemburg wollte EG-Präsident Gaston Thorn umgehend Bundeskanzler Kohl den Kommissionsbeschluß erläutern. Im Bonner Landwirtschaftsministerium war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten. Minister Ignaz Kiechle und sein Staatssekretär Jürgen Rohr hielten sich noch in Luxemburg auf. Kiechle hatte in einem am Montag vorab veröffentlichten Interview mit der Illustrierten „Quick" die Subventionen erneut verteidigt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wo die Verrohung der politischen Sprache Blüten treibt

DETLEV AHLERS, ***Hamburg***

Die Evangelische Studentengemeinde (ESG) in der Hamburger *Grindelallee 9* ist der Ort der Stadt, wo die Verrohung der politischen Sprache die merkwürdigsten Blüten treibt. *Das Schaufenster des Gemeindehauses* dient der Hetze gegen Andersdenkende, die Wortwahl auf Veranstaltungen, *Flugblättern und Plakaten* hat einen Drang zur Demagogie. In der ESG werden Rechtsbrüche vorbereitet und verharmlost. Sie ist wohl der einzige Ort der Stadt, außerhalb der Privatsphäre, wo die Presse von den Veranstaltern politischer Abende mit Billigung der Hausherren (der Pastoren) rausgeworfen wird, zuletzt vorgestern vom Arbeitskreis Nicaragua.

Zur Zeit hängt im Eingang ein Plakat, das junge Männer zur Wehrdienstverweigerung aufruft. Die Bundeswehr sei zum Angriffskrieg vorbereitet, heißt es darauf, und pathetisch wird gefordert: „Du Jugendlicher, überleg dir, ob du sogar bereit bist, ... andere Länder zu überfallen!" Der Alltag in der Bundeswehr wird so beschrieben: „Du ‚freier Mensch', wenn du in einer Armee die*nen sollst, wo dein Wille gebrochen* werden soll und Kadavergehorsam keine Befehlsverweigerung zuläßt ..."

An einer Steckwand im Foyer wurde bis Pfingsten zu einer Vorbereitungssitzung für die Blockade eines Munitionszuges eingeladen: „Macht zwischen 1. 6. und 15. 7. in Nordenham ein Munitionsdampfer fest, geben wir Alarm." Drei Kontakttelephonnummern wurden angegeben. Eine andere Steckwand ist bepinselt: „Der Triumph Vietnams wird auch zum Sieg in Chile."

In der ESG tagen Gruppen und Gastgruppen. Eine Übersicht ist kaum zu gewinnen, die Pastoren gewähren sie nicht. Erst die Nordelbische Kirche konnte eine Liste besorgen, was Monate dauerte, und sie war offensichtlich noch nicht einmal übereinstimmend mit den Gruppen, die ihre Treffs im Eingang ankündigen.

Eine der Gruppen ist die „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden". Sie tagt montags. Sie war maßgeblich beteiligt an der Planung und Durchführung des rechtswidrigen Streiks der Zivildienstleistenden im Januar *1983. Ein Leiter dieser Gruppe* verkaufte auf einem dieser Treffs den „Arbeiterkampf" des Kommunistischen Bundes. Die Pastoren sagten damals, sie seien nicht verantwortlich dafür, was die Gruppen in den an sie vergebenen Räumen machen. An diese Linie halten sie sich konsequent, auch zu den Plakaten in ihrem Gemeindehaus lehnen sie jede Stellungnahme ab.

Am 11. Juli 1983 tagte das „Blockadeplenum" in der ESG. Es verabschiedete mit 41 gegen 4 Stimmen eine Solidaritätsadresse an die damals nach den Krawallen in Krefeld Verhafteten: „Jeder, der in der BRD Friedensarbeit leistet, muß damit rechnen, bei jeder Versammlung festgenommen zu werden." Die Frage, ob Gewalt gegen Menschen zur Verhinderung der Rüstung notwendig sei, beantworteten die meisten mit Ja: „Niemals würde ich jemanden verurteilen, der einen Stein gegen Polizisten wirft", hieß ein Kernsatz, der allgemeine Zustimmung fand.

Am 17. November fanden sich etwa 120 Leute zusammen und berieten, was anläßlich der Bundestagsdebatte über die Raketenstationierung zu unternehmen sei. An alle wurde ein Blatt verteilt, das zum Eindringen in die Bannmeile aufforderte: „... muß die ganze Welt sehen können, daß diese Beschlüsse hinter Reihe für Reihe Stacheldrähte und bewaffneten Bullen gefaßt wurden".

Im November hing im Schaufenster der Gemeinde ein Plakat mit den Fettbuchstaben „Kriegstreiber in Altona" und acht Namen von Firmen, die sich mit Rüstungsproduktion und -export beschäftigen (eine mit der Begründung, sie baue Rettungsfahrzeuge, eine stellt Sprechfunkgeräte her, die von Panzer- und Motorradfahrern benutzt werden).

Im Dezember hing im Haupteingang ein Plakat, auf dem mit einer Axt auf eine Bombe eingeschlagen wird: „Wir werden versuchen, am 17. 12. ins Atomwaffenlager Kellinghusen einzudringen. Gegenüber dieser Regierung sind wir nicht mehr bereit, legal zu sein."

Im Mai beschuldigte ein Aushang im Schaufenster Hamburger Firmen, „mitschuldig am Völkermord in El Salvador" zu sein. Andere Firmen machen „Profit mit dem Hunger in der Dritten Welt".

Keine dieser Plakate erfüllt einen Straftatbestand, denn das Recht auf freie Meinungsäußerung ist weit gefaßt. Dennoch drängt sich die Frage auf, ob es nicht auch andere Kriterien geben könne für eine evangelische Gemeinde als das, was sie in ihr Schaufenster hängt?

Im Hause selbst kommt auch Martin Luther zu Wort. Ein Plakat schiebt ihm eine (sogenannte) 96. These in den Mund: „Die Herstellung und Stationierung von Kernwaffen ... sind ein Verbrechen gegen die Schöpfung."

Der Bischof für Hamburg schweigt zu allen diesen Dingen. Nur einmal antwortete er auf eine Frage: Er verbat sie sich. Zu diesem Artikel wurde er um eine Stellungnahme gebeten, ob in der ESG eine Verrohung der politischen Sprache anzutreffen sei. Er schwieg. Der für die nordelbischen Studentengemeinden zuständige Oberkirchenrat in Kiel weiß nach eigenen Angaben nicht, was sich in der Grindelallee abspielt. Ein hoher Beamter der Innenbehörde zählt, daß „die ESG knapp jede Woche einmal Kommunikationszentrum linksextremistischer Gruppen" ist.

Die DKP hat sich stabilisiert

dpa, **Wiesbaden**

Eine wachsende Neigung zur Militanz im rechten Lager und die Stabilisierung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) als bedeutendste handlungsfähige linke Gruppierung kennzeichnen die verfassungsfeindlichen Bestrebungen radikaler Gruppen 1983 in Hessen. Wie Innenminister Herbert Günther (SPD) bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichts mitteilte, waren rechtsextreme Aktivitäten [illegible] allem durch Antiame*rikanismus und steigende Ausländer*feindlichkeit bestimmt.

Das 1983 erlassene Verbot der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationaler Aktivisten (ANS / NA)" habe es den Neonazis allerdings wesentlich erschwert, offen und organisiert für den Nationalsozialismus zu werben, berichtete der Innenminister. Die DKP hat nach Angaben von Günther trotz stagnierender Mitgliederzahl und schlechter Wahlergebnisse ihre Stellung festigen können. Dies sei nicht zuletzt auf die „große finanzielle Unterstützung aus der DDR" zurückzuführen. Mit engagierter Mitarbeit in der „Friedensbewegung" habe die DKP versucht, antikommunistische Vorbehalte abzubauen.

WEU-Parlament will stärker in der Allianz mitreden

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zwischen dem Ministerrat der Westeuropäischen Union am 12. Juni in Paris und einem neuen Treffen der Außen- und der Verteidigungsminister dieses genau 30 Jahre alten westeuropäischen Verteidigungsbündnisses Ende Oktober kommen diese Woche die Parlamentarier der sieben Mitgliedsstaten (Großbritannien plus die sechs „Gründerstaaten" der Europäischen Gemeinschaft) zu ihrer Routine-Sommersitzung in Paris zusammen.

Führte dieses WEU-Parlament bisher ein vielbeklagtes Schattendasein im atlantischen und westeuropäischen System, so sehen sich die 189 Delegierten der sieben nationalen Parlamente plötzlich ungewöhnlich aufgewertet. Es ist allenthalben die Rede von einer Wiederbelebung der Union, einem „europäischen Bein der NATO", das endlich verstärkt werden soll, und einem größeren Mitspracherecht der Europäer in Angelegenheiten, die geographisch nicht immer in das Einzugsgebiet der Nordatlantischen Allianz (Golf, Afrika, Mittelamerika) fallen. Und bei all dem bescheinigten die Minister auf ihrer Sitzung am 12. Juni den Parlamentariern die Rolle eines „Treibriemens" zwischen den Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit Westeuropas.

Mehr Verantwortung

Dieser Rolle wollen sich die Abgeordneten auf ihrer dreitägigen Sitzung, auf der auch der deutsche Außenminister Genscher zu ihnen sprechen wird, um so energischer annehmen, als sie nach wie vor das einzige Forum sind, auf dem die Westeuropäer über ihre eigene Sicherheit sprechen können. Auch wird sich der Europa-Gipfel von Fontainebleau in der kommenden Woche mehr als bisher Fragen der Verteidigung widmen. Dem Parlament liegen Entschließungsanträge vor, die sämtlich auf die vom Ministerrat gewünschte größere Selbstbehauptung Europas in der Nordatlantischen Allianz hinauslaufen.

Da geht es um eine Strukturreform der NATO im Sinne größerer Verantwortung für die Europäer, um eine „Präsenz Europas im Weltraum" (Beobachtungs- und Killer-Satelliten), um ein stärkeres Wort der Europäer in Abrüstungsfragen, um ein besseres Krisenmanagement von Amerikanern und Europäern in der Golfregion, um eine „Abschreckung durch den Volkswillen", womit der Kampf gegen pazifistische und neutralistische Tendenzen in einigen Ländern Westeuropas gemeint ist. Das spektakuläre Abschneiden der „Grünen" in den Ländern Nordeuropas bei den Europawahlen liefert dieser Debatte (Berichterstatter: der französische Sozialist Pierre Lagorce) eine besondere Aktualität.

KP Kroatiens zählt die „Blumen des Bösen" im Kulturleben auf

150 Autoren und Werke gelten als konterrevolutionär / Serbiens Intellektuelle im Visier

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In Belgrad und besonders in Kreisen der serbischen Intellektuellen spricht man, in Anspielung auf gewisse Vorbilder aus dem Ostblock, neuerdings von „brüderlicher Hilfe", wenn von gewissen Vorgängen in der benachbarten Teilrepublik Kroatien die Rede ist.

Die Führung der kroatischen KP in Zagreb, die schon seit langem über den in der Bundeshauptstadt (und zugleich serbischen Hauptstadt) Belgrad herrschenden „Liberalismus" empört ist, hatte zu einer ZK-Beratung der Partei mit Intellektuellen und Journalisten eingeladen, um – wie es hieß – die „Blumen des Bösen" im jugoslawischen Kultur- und Geistesleben zu studieren so wie Gegenmaßnahmen gegen den grassierenden „Anti-Kommunismus" vorzubereiten.

Den Teilnehmern an der Beratung wurde eine Art Memorandum von 309 Schreibmaschinenseiten vorgelegt. Hier waren die inkriminierten, angeblich anti-kommunistischen Bücher, Artikel, Theaterstücke und Filme samt deren Autoren und Regisseuren säuberlich aufgezählt: Eine Liste von etwa 150 Namen. Es handelte sich durchweg um in Jugoslawien legal gedruckte oder produzierte Werke, die nun vom kroatischen ZK offenbar pauschal als konterrevolutionär klassifiziert wurden.

Als anti-kommunistisch und antisozialistisch wurde nicht nur der uralte Hollywood-Film „Ninotschka" mit Greta Garbo auf die Liste gesetzt (der Film lief vor einiger Zeit in der kroatischen Hauptstadt mit großen Publikumserfolg. Er handelt von der Geschichte einer linientreuen sowjetischen KP-Funktionärin, die bei einer Dienstreise nach Paris dem Charme des Westens buchstäblich erliegt).

„Angeklagt" waren überdies die Bücher sowjetischer und osteuropäischer Dissidenten, wie etwa des tschechoslowakischen Emigranten Milan Kundera, die in jugoslawischen Verlagen gedruckt wurden. Einer der Teilnehmer der kroatischen ZK-Beratung fand ausgesprochen pro-sowjetische und für jugoslawische Verhältnisse erstaunliche Töne, als er wörtlich erklärte: „Genossen, seit Jahren wird bei uns als Kampf gegen den Stalinismus in Wirklichkeit der Kampf gegen jegliche Art von Sozialismus eingeschmuggelt. An der Spitze dieser Kritik steht die Kunst des 'östlichen Lagers' mit der Sowjetunion – und das alles wird systematisch und sehr raffiniert eingefädelt".

In der jugoslawischen KP war es bisher nicht üblich, vom „östlichen

JUGOSLAWIEN

Lager" unter Anführungszeichen zu sprechen und zu schreiben – jetzt geschieht es in Kroatien. Bezeichnend ist auch, daß unter den als problematisch von der kroatischen KP eingestuften Theaterstücken auch das Schauspiel „Lenin, Stalin, Trotzki" angeführt wird, welches im Belgrader Nationaltheater aufgeführt wurde. Dabei zitiert das kroatische ZK ausdrücklich auch das Urteil des Belgrader sowjetischen Tass-Korrespondenten, der das Stück als „schamlos" bezeichnete.

Der Hauptstoß der kroatischen Kommunisten richtet sich aber gegen die serbischen Intellektuellen – gegen Schriftsteller wie Dobrica Cosic, gegen den Dichter Matija Beckovic (der „beschuldigt" wird, sein Vater sei ein Tschetnik – also ein militanter Monarchist gewesen), ferner gegen Autoren wie Antonije Isakovic wegen seines Romans über das jugoslawische Konzentrationslager Goli Otok – Die nackte Insel - aber auch gegen Journalisten und Zeitungen.

Unter den Attackierten finden sich auch längst Verstorbene – so der slowenische Linkskatholik und Philosoph Edvard Kocbek wegen seiner unter dem Titel „Furcht und Tapferkeit" erschienen Memoiren. Aber der Schwerpunkt der „Konterrevolution" liegt, wenn man den kroatischen Funktionären folgen will, in Serbien.

Einer der Teilnehmer der Zagreber Konferenz, der Direktor des Fernsehens der koratischen Landeshauptstadt, Branco Puharic, nannte das Problem beim Namen, als er sagte, diese Zusammenkunft diene keineswegs dem Zweck, „Mißtrauen" gegen die serbische Partei und besonders gegen die Belgrader Kommunisten zu verbreiten (denen implizit von Zagreb vorgeworfen wird, sie hätten den Belgrader Anti-Kommunismus aus übertriebener Toleranz erst ermöglicht). Vielmehr wolle man den Belgrader Genossen „helfen" (hier taucht also die „brüderliche Hilfe" bereits als Begriff auf), um mit diesen Erscheinungen fertig zu werden.

Der Versuch, die „Blumen des Bösen" gewissermaßen zu katalogisieren, was ja auch als Einleitung politischer und administrativer Maßnahmen gegen die Autoren verstanden werden könnte, rief unter einigen Teilnehmern der Zagreber ZK-Beratung allerdings böse Erinnerungen und Assoziationen hervor. Zarko Bozic, Journalist des Zagreber Fernsehens, erinnerte daran, daß alle vier inkriminierten und verurteilten Publikationen von Parteimitgliedern genehmigt und zum Druck freigegeben worden seien. Dann erinnerte Bozic an den XVII. Parteitag der sowjetischen KP. Damals habe Stalin davon gesprochen, daß sich „japanische Schädlinge" in die sowjetische Partei und in die Gesellschaft „eingeschlichen" hätten. Stalins Referat sei vom damaligen Kongreß angenommen worden – und das Resultat war eine gesetzliche Grundlage für die Säuberung und für das Verschwinden von 18 Millionen Menschen in den Gefängnissen.

„Entspannung nötig für die Gesundung"

dpa, Berlin

Die Notwendigkeit politischer Entspannung für die „Gesundung" der internationalen Wirtschaftsbeziehungen haben gestern „DDR"-Zeitungen in Leitartikeln zum Moskauer Wirtschaftsgipfel hervorgehoben. Nach Auffassung der Staats- und Parteichefs des östlichen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) könne „kein einziges Weltproblem" militärisch gelöst werden. Den EG-Ländern sei auf dem Treffen eine Vereinbarung angeboten worden, die Vertrauen und eine „Gesundung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen" schaffen könne. Den USA warfen die RGW-Staaten vor, mit Handels-, Kredit und technologischen Blockaden auf die eigenen Verbündeten Druck auszuüben.

„Desinformation über die Sacharows"

DW. Bonn

Das britische Außenministerium hat offiziell dementiert, daß die Ehefrau des sowjetischen Regimekritikers Andrej Sacharow, Jelena Bonner, während des Londoner Weltwirtschaftsgipfels mit Außenminister Geoffrey Howe telefoniert hat (WELT v. 9./10. Juni). Die Vorsitzende der Gesellschaft „Kontinent", Cornelia Gerstenmaier, sagte, es handele sich bei den Nachrichten über das „Telefonat" wie auch bei dem angeblichen Anruf Frau Bonners in Italien am 1. Juni und der Meldung vom angeblichen Tod Sacharows in der „Sunday Times" vom 3. Juni um eine sowjetische Desinformationskampagne, die den Eindruck ungehinderter Kommunikation zwischen West und Ost erwecken solle.

Gewaltausbrüche in Yorkshire

AP, London

Vor einer Kokerei in der britischen Grafschaft Yorkshire ist es gestern wieder zu Auseinandersetzungen zwischen rund 5000 streikenden Bergleuten und mehreren tausend Polizisten gekommen. Nach Polizeiangaben gab es viele Verletzte und Festnahmen. Auch vor mehreren bestreikten Zechen kam es zu Zusammenstöße zwischen der Polizei und Arbeitern. In Derbyshire wurden 21 Streikposten festgenommen, die Arbeitswillige am Betreten eines Zechengeländes hindern wollten. Die Gewaltausbrüche sind offenbar Reaktionen auf die am Freitag gescheiterten neuen Verhandlungen zwischen der Bergarbeitergewerkschaft und der staatlichen Kohlebehörde.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Invasion 1944

„Leserbrief: Invasion, Normandie 1944": WELT vom 8. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den sehr interessanten Informationen von Dr. Venohr über das tatsächliche Kräfteverhältnis zwischen Deutschen und Sowjetrussen an der Ostfront kann ich nichts beisteuern, doch zu seiner Bemerkung über seine Beobachtung an der Invasionsfront, daß „18jährige" Grenadiere mit dem Deutschlandlied auf den Lippen in das Feuer der alliierten Schiffsartillerie gingen: Soviel mir bekannt ist, waren es nicht 18jährige, sondern 16jährige Grenadiere.

Im Herbst 1943 wurde ein HJ-Diensttermin dazu benützt, um den gesamten Jahrgang 1928 für die Waffen-SS zu werben. Ich war damals im Internat Salem und wir bekamen rechtzeitig Wind von dieser Absicht. Die meisten von uns besorgten sich rechtzeitig Bewerbungspapiere für die Luftwaffe oder Kriegsmarine, weil nur sie nicht auch von der Waffen-SS besetzt worden waren.

Von heute aus betrachtet muß man geradezu Gott auf den Knien danken, daß der deutsche Widerstand an der Invasionsfront nicht so planmäßig ablief, wie er beabsichtigt war. Jeder Tag Verzögerung des alliierten Vormarsches durch Frankreich bedeutete weiteren Geländegewinn für die Rote Armee bei ihrem Vormarsch ins Herz Europas (mit allen für uns Deutschen so entsetzlichen Konsequenzen)!

F.K. von Linden, Waldsee/Pfalz

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die ARD gedachte am 6. Juni in ihrer von Gerd Ruge moderierten Sendung „Im Brennpunkt" der Invasion („D-Day, 40 Jahre nach der Invasion"). Die Erinnerungsfeierlichkeiten in der Normandie, Originalaufnahmen vom Landungsgeschehen und Heinrich Böll waren der Inhalt dieser Sendung.

Der deutsche Frontsoldat des Zweiten Weltkrieges sah sie mit Staunen. Wahrhaftig, ihn hat es gegeben und einige leben auch noch! Sie sehen die damaligen Ereignisse gewiß so, wie in den Aufnahmen vom Kampfgeschehen dargetan, werten sie aber wohl anders als Herr Böll. Ich kann nicht erkennen, an welchem Frontabschnitt im friedlichen Ahrweiler – dieser Ort war nach eigenen Angaben damals sein Aufenthalt – er eingesetzt war. Für soldatische Erlebnisse freilich, wie wir sie im Feuer der Alliierten erfahren mußten, scheint dieser Einsatz wenig geeignet.

So vertrat Böll denn auch diejenigen, die sich auf die „Befreiung" durch die Angreifer gefreut haben. Die Verteidiger sahen zur Freude keinen Grund. Sie erfüllten ihre schwere Pflicht getreu ihrem Eid bis zu Tod, Verwundung oder Gefangenschaft, – „wie das Gesetz es befahl". Das ist achtenswerte Soldatentugend seit Leonidas überall in der Welt! Nirgends in dieser Sendung und anderswo habe ich aus deutschem Munde ein ehrendes Wort über die Männer gehört, die Deutschland damals verteidigt haben. Wir Überlebenden und die Angehörigen unserer gefallenen Kameraden nehmen das mit Verbitterung und Empörung zur Kenntnis.

Und doch, ein Mann, aus entbehrungsvoller deutscher Gefangenschaft entwichen, erhaben über jeden Verdacht falscher Anbiederei, hat bei der Feier in der Normandie den deutschen Gegner geehrt und seine soldatische Leistung gewürdigt – der französische Staatspräsident Franois Mitterrand. Ihm sei hier im Namen der deutschen Veteranen von Herzen gedankt.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. Heinrich Mauritz, Düsseldorf

Ruhe in Hellas?

Sehr geehrte Damen und Herren,

wieder einmal geraten die Olympischen Spiele in den Bannkreis der Tagespolitik und werden wie 1980 zu einem Objekt der Ost-West-Auseinandersetzung.

Um von vorneherein solche Manipulationen auszuschließen und damit sich auch solche Spiele wie 1936 nicht wiederholen, sollte man die Olympischen Spiele dahin zurückführen, wo sie einmal hergekommen sind, nämlich nach Griechenland. Sicher wird sich auch da zu 100 % ein Fernhalten der Politik nicht ermöglichen lassen, aber dort könnte es auf ein Minimum reduziert werden. Es wäre sinnvoll, die Sommerspiele im klassischen Hellas stattfinden zu lassen. Die Winterspiele sollte man darthin verlegen, wo die Wiege des Wintersportes stand, nach Norwegen (woher der Name Ski kommt) oder aber – ganz neutral – in die Schweiz.

Hochachtungsvoll
Dr. Th. Brinkmann, Hamburg 6

Wort des Tages

„Was immer auch die Anthropologen, Soziologen und Genetiker uns erzählen mögen, wir werden nicht aufhören, daran zu glauben, daß der Mensch, im Gegensatz zu anderen Lebensformen, nicht ein Gefangener seiner eigenen Vergangenheit, sondern daß er eine grenzenlose Formbarkeit besitzt und daß seine Entwicklungsmöglichkeiten, zum Guten wie zum Schlechten hin, niemals völlig ausgeschöpft werden können."

Eric Hoffer, amerik. Autor (1902–1983)

Personalien

AUSZEICHNUNG

Der Frankfurter Verleger Dr. **Siegfried Unseld** – Suhrkamp/Insel-Verlag – ist mit dem Ricarda-Huch-Preis ausgezeichnet worden. Unseld nahm den Preis für sein Wirken und Werk entgegen, mit dem er „unbeirrt und mutig Brükken schlägt zwischen den Literaturen des gesamten deutschsprachigen Raumes". Der Ricarda-Huch-Preis wird alle drei Jahre im Gedenken an den Aufstand am 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland vergeben. Die Auszeichnung soll das Bewußtsein der Deutschen von der Einheit ihrer nationalen Kultur aufrechterhalten und der Idee der Wiedervereinigung dienen.

VERANSTALTUNG

Zu einem schon als traditionell zu nennenden Empfang des Vorstandes der Deutschen Bank in Bonn war eine illustre Gästeschar geladen. Ein Empfang, mit dem vor allem die Deutsche Bank ihre Verbundenheit zu den diplomatischen Vertretungen in Bonn unterstreicht. Im Haus des Bonner Direktors der Deutschen Bank, **Ferdinand Krier**, in Muffendorf begrüßte der Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank, Dr. **F. Wilhelm Christians**, über 350 Gäste aus Diplomatie – allein 50 Botschafter wa-



Von links nach rechts: F. Wilhelm Christians, Wladimir S. Semjonow und Ehefrau
FOTO: SCHULZE-VORBERG

ren erschienen, Politik, Finanzen und Wirtschaft. Unter den Gästen waren Großbritanniens Botschafter Sir **Jock L. Taylor**, der japanische Botschafter **Hiromichi Miyazaki**, der sowjetische Botschafter **Wladimir Semjonowitsch Semjonow**, Chinas Botschafter **An Zhiyuan** und der jugoslawische Botschafter **Dragutin Rozmann**. Den Gästen standen als Gesprächspartner der Bank ganz besonders auch die beiden Vorstandsmitglieder **Werner Blessing** und **Hilmar Kopper** zur Verfügung, die für die Auslandsgeschäfte zuständig sind. Besonders fiel an diesem Abend auf, daß Semjonow mit Christians ein intensives mehrstündiges Gespräch führte. Unter den deutschen Gästen aus der Bundesrepublik Deutschland waren u. a. Staatssekretär **Hans-Werner Lautenschlager** vom Auswärtigen Amt und der bayerische Staatsminister **Peter Schmidhuber**.

Europawahl: Geringe Wahlbeteiligung schwächt das Parlament in Straßburg / FDP in prekärer Lage / Im Streikgebiet Baden-Württemberg erleidet SPD schweren Rückschlag / Die Grünen sind die einzigen Gewinner

„Strenge Straffung der Sitzungsarbeit" lautet jetzt die Zauberformel

ULRICH LÜKE, Straßburg

Der bisherige Parlamentspräsident, der niederländische Sozialist Piet Dankert, wußte es schon in der Wahlnacht: „Mit dieser Wahlbeteiligung wird es für das Europäische Parlament schwieriger, Druck auf die Regierungen auszuüben". Und er setzte noch hinzu: „Das Europaparlament war wohl doch die große Unbekannte". In gewohnter europäischer Eintracht ergänzte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten, der Deutsche Sigbert Alber: „Damit hat der Wähler die Position dieses Parlaments gewiß nicht gestärkt".

Die Äußerungen Dankerts und Albers zeigen: Was befürchtet wurde ist eingetreten. Die europäischen Wähler haben den Sack geprügelt, aber den Esel gemeint. Aus der Direktwahl für ein Europäisches Parlament wurde eine Denkzettelwahl gegen den augenblicklichen Zustand dieser Europäischen Gemeinschaft – ein Denkzettel der zur Überraschung aller in der Bundesrepublik so deutlich ausfiel wie höchstens noch in Irland. Einem generellen Minus bei der Wahlbeteiligung von drei Prozent und damit das Sinken unter die 60 Prozentgrenze, steht der deutsche Einbruch von neun Prozent gegenüber.

Dieser Vertrauensentzug der Wähler wird das Europäische Parlament in seiner zweiten fünfjährigen Wahlperiode stärker beschäftigen müssen als alle Verschiebungen des politischen Spektrums innerhalb der 434 Abgeordneten-Versammlung. An guten Vorsätzen daran fehlt es in den großen Fraktionen nicht. „Straffung der Sitzungsarbeit" lautet die Zauberformel.

Wird diese Formel jetzt wirklich angewendet, kann zweierlei erreicht werden. Der Bürger soll die Arbeit der Abgeordneten von Straßburg dadurch besser wahrnehmen können, daß das Parlament glasklare Schwerpunkte setzt, sich also nicht mehr – wie in der ersten Wahlperiode – verzettelt. Zweitens soll die Arbeit so gestrafft werden, daß die Abgeordneten mehr Zeit haben, sich um ihre Wähler zu kümmern. Was leichter gesagt als getan ist, wenn man bedenkt, daß allein auf jeden deutschen Europaabgeordneten statistisch über eine halbe Million Bürger kommt.

Halt oder Aufwind ?

Ganz wesentlich ist in den Augen der neugewählten Europaparlamentarier der Ausgang des Gipfeltreffens der Gemeinschaft Anfang kommender Woche in Fontainebleau bei Paris. Gelingt es dort, die Konsensfäden vom März-Gipfel in Brüssel wiederaufzunehmen, so dürfte es trotz der Enttäuschung vom Wahltag zu einem Aufwind für Europa kommen. Scheitert auch dieser Gipfel, dann stehen alle Zeichen in der EG zunächst einmal auf Halt.

Die Analyse des Wahlergebnisses von Donnerstag und Sonntag zeigt aus europäischer Sicht bemerkenswert weniger dramatische Veränderungen als die Einzelergebnisse in den zehn Mitgliedsstaaten.

Beispiel Frankreich: Der weit rechts stehende Le Pen wird mit seinen zehn Abgeordneten Straßburg wohl kaum „auf den Kopf" stellen können. Le Pen kann nicht mehr als eine Randrolle spielen. Als wahrscheinlich gilt vielmehr, daß seine Anwesenheit die „Europäisierung" der Gaullisten, die sich im Europaparlament seit Jahren ankündigt, beschleunigen wird. Sie, die 1979 noch als „Partei zur Verteidigung der Interessen Frankreichs in Europa" antraten, können jetzt ihre pro-europäische Wandlung leichter fortsetzen.

Proeuropäische Effekte

Pro-europäische Effekte dürfte auch der Wahlsieg der italienischen Kommunisten, verbunden mit der Halbierung der Mandatszahl für die französischen Kommunisten haben. Denn mit 27 Mandaten stellen Italiens pro-europäische Kommunisten, die häufig mit den Christdemokraten stimmen, jetzt fast dreimal so viel Abgeordnete wie die EG-kritischen französischen Genossen.

Der Wahlsieg der Sozialisten, die mit 131 Mandaten ein Plus von sieben Sitzen erringen konnten, geht einzig und allein auf das Konto der britischen Labour-Party. Ohne deren 16 zusätzliche Sitze wären auch die Sozialisten im Minus gelandet. Konsequenz dieser Entwicklung: Die bisher schon äußerst schwierige Mehrheitsbildung in der sozialistischen Fraktion – der einzigen mit Abgeordneten aus allen EG-Staaten – dürfte jetzt noch schwieriger werden.

Für die zweitstärkste Fraktion, die Christdemokraten, bedeutet das Wahlergebnis eigentlich keine Überraschung. In aller Regel erleiden Regierungsparteien nämlich in den jeweiligen Zwischenwahlen – sei es auf europäischer oder regionaler Ebene – Verluste. So mußte der Rückgang um acht auf 109 Mandate einkalkuliert werden. Schmerzlich trifft dagegen die Liberalen der Verlust ihrer deutschen Fraktionskollegen, zumal sie damit auch ihren Fraktionsvorsitzenden Martin Bangemann verloren haben, einen der wenigen guten Redner dieses Parlaments.

Nicht überraschend kam für die Parlamentsbeobachter der Einzug der Grünen in Straßburg. Zusammen mit der Präsenz von Le Pen und zahlreichen regionalen Einzelvertretern mit Sonderinteressen bedeutet das für das zweite direkt gewählte Parlament: Die Mehrheitsbildung in Straßburg wird schwieriger. Wie schwierig, wird sich bereits Ende Juli zeigen, wenn die Wahl des neuen Parlamentspräsidenten auf der Tagesordnung steht.

Das vorläufige amtliche Endergebnis in der Bundesrepublik Deutschland

	Europawahl 1984 Stimmen	Proz.	Sitze	Europawahl 1979 Stimmen	Proz.	Sitze	Bundestagswahl 1983 Stimmen	Proz.
Wahlberechtigte	44 451 981			42 751 940			44 088 935	
Wähler	25 234 955	56,8		28 098 872	65,7		39 279 529	89,1
Ungültig	393 649	1,6		251 763	0,9		338 841	0,9
Gültig	24 841 306	98,4	78+3*	27 847 109	99,1	78+3*	38 940 687	99,1
SPD	9 294 916	37,4	32+1*	11 370 045	40,8	34+1*	14 865 807	38,2
CDU	9 306 775	37,5	32+2*	10 883 085	39,1	32+2*	14 857 680	38,2
CSU	2 104 590	8,5	7	2 817 120	10,1	8	4 140 865	10,6
FDP	1 192 138	4,8	–	1 662 621	6,0	4	2 706 942	7,0
Grüne	2 024 801	8,2	7	893 683	3,2	–	2 167 431	5,6
Sonstige	918 086	3,7	–	220 555	0,8	–	201 962	0,5

* = Berliner Abgeordnete

Die Freien Demokraten haben Wende noch nicht überwunden

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Lage der FDP sei gegenwärtig noch kritischer als während der „Wende" Ende 1982, hatte noch kurz vor dem Münsteraner Parteitag Anfang des Monats die frühere Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer besorgt gemeint. Tatsächlich befindet sich die auf 72 000 Mitglieder geschrumpfte Partei in einer bedrohlichen Situation. Das aber nicht erst seit dem Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde bei den Wahlen zum Europa-Parlament.

So sind die Freien Demokraten nur noch in fünf der elf Landesparlamente vertreten. Dabei schafften sie zwar – nicht zuletzt mit Hilfe der CDU – im September letzten Jahres unter Führung ihres neuen Landesvorsitzenden Wolfgang Gerhardt mit 7,6 Prozent die Rückkehr in den hessischen Landtag und erreichten damit dasselbe Ergebnis wie bei den Neuwahlen vom 6. März 1983. Dagegen mußten sie aber in Baden-Württemberg, ihrer traditionellen Hochburg, im März unter anderem wegen einer falschen Strategie (wie Landeschef Jürgen Morlok im Bonner Thomas-Dehler-Haus vorgehalten wurde) einen „Absturz" auf 7,2 Prozent hinnehmen und sich genauso wie jetzt von den Grünen schlagen lassen.

Ein Ende dieses Negativtrends scheint bis auf weiteres nicht sichtbar. Schon in der Wahlnacht wurde in der Parteizentrale mit zusätzlicher Sorge besonders auf die kommenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen geblickt. Auch wenn der Vorsitzende ihres mitgliederstärksten Landesverbandes, Jürgen Möllemann, den Stammwähleranteil dort auf rund 4,5 Prozent beziffert und nach wie vor ein Sieben-Prozent–Ergebnis für erreichbar hält, kann er nicht darüber hinwegsehen, daß die nordrhein-westfälische FDP am Sonntag deutlich unter dem Bundesdurchschnitt der Liberalen blieb.

Daß die Freien Demokraten massive Anstrengungen unternehmen müssen, um ihr Image aufzupolieren und sich ein klareres, unverkennbares Profil zu geben, hatte schon auf dem letzten Parteitag ihr neuer Generalsekretär Helmut Haussmann deutlich gemacht. Sie müßten sich, so seine Forderung, verstärkt um junge Wähler und Frauen bemühen. Außerdem sei mehr Transparenz und Geschlossenheit notwendig.

Hier aber haben die Freien Demokraten gerade in der öffentlichen Darstellung nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Denn trotz gegenteiliger Beteuerungen sind die Probleme der „Wende"-Zeit immer noch nicht überwunden. Nach wie vor wird von vielen Wählern die Art des in erster Linie von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff initiierten Koalitionswechsels zur CDU/CSU übel genommen.

Hinzu kommt, daß Genscher mit seiner Ankündigung, spätestens 1986 seinen Chefsessel freizumachen, zusätzliche Irritationen ausgelöst hat. Denn bisher ist ein überzeugender Kandidat – auch wenn Genscher nicht müde wird, die Qualitäten der „jungen Führungsgarde" herauszustreichen – nicht in Sicht. Bereits in Münster zeichneten sich erste, versteckte Profilierungsversuche potentieller Nachfolger für den „Vorsitzenden auf Abruf" ab. Mehr oder weniger offen werden für diesen Posten inzwischen unter anderem Martin Bangemann, Gerhardt und Irmgard Adam-Schwaetzer „gehandelt". Dieses Tauziehen wird sich jetzt weiter verstärken.

Daneben sind die Freien Demokraten durch das Ermittlungsverfahren gegen Lambsdorff wegen der Flick-Affäre in die Negativ-Schlagzeilen geraten. Auch das an ihnen unter dem Druck der Basis gescheiterte Amnestiegesetz für Steuersünder bei Parteispenden konnten sie nicht mehr wählerwirksam umsetzen. Genauso trug die anhaltende Diskussion über eine Ablösung von Lambsdorff und Hans Engelhard als Minister zur Verwirrung der Wähler bei.

Bereits seit einiger Zeit haben prominente Politiker erkannt, daß neben einer möglichst schnellen Lösung der personellen Probleme zur Überwindung des desolaten Zustands klare programmatische Perspektiven entwickelt werden müssen. Aber auch hier hatte die FDP versagt: Der Parteitag befaßte sich gerade 15 Minuten lang mit einem bildungs- und kulturpolitischen Programm.

Union: Unsicherheit über weiteres Schicksal des Koalitionspartners

MANFRED SCHELL, Bonn

In der Union ist nach der Europawahl eine gewisse Unsicherheit über das weitere Schicksal des Koalitionspartners FDP spürbar. Bundeskanzler Helmut Kohl hat jedoch vor der Schlußfolgerung gewarnt, daß die FDP nach dem Scheitern bei der Europawahl auch bei Bundestagswahlen nunmehr keine Chance habe, zu überleben. Eine solche Aussage könne man aufgrund der Vorgänge innerhalb der FDP in den letztenb Wochen und und anderen Fakten nicht machen, sagte Kohl im Anschluß an eine Sitzung des CDU-Bundesvorstandes gestern in Bonn.

Es sei unbestreitbar, daß sich die Kämpfe um den Parteivorsitzenden Hans-Dietrich Genscher und der Verlauf des FDP-Parteitages in Münster negativ für die Partei ausgewirkt hätten. Auch eine „freundschaftliche Konfliktstrategie", die der eine oder andere aus dem Lager der FDP in der Nähe des Parteitages gegenüber der Union versucht habe, hätte sich nicht positiv ausgewirkt.

Der Kanzler bekräftigte seinen Willen, gemeinsam mit der FDP das Regierungsprogramm bis 1987 zu verwirklichen. Sachentscheidungen würden jetzt Punkt für Punkt getroffen. Aber die Europawahl und die Tatsache, daß die Union so stark sei wie die SPD und die Grünen zusammen, zeige zumindest die theoretische Möglichkeit auf, daß die Union auch alleine die politische Verantwortung übernehmen könnte. Zumindest sei die Chance dafür zu erkennen, sagte Kohl, obwohl er - wie alle CDU-Landesvorsitzenden auch - wisse, wie schwer ein solcher Weg sein würde.

Aber dieses Thema stelle sich jetzt nicht. Jedenfalls sei die Propganda der SPD, die Europawahl zu einer „Testwahl" gegen die Bonner Koalition zu machen, gescheitert. Die „Wende" hätten nicht gewackelt. Dennoch, die Union könne mit dem Ergebnis nicht zufrieden sein. Verschiedene Ereignisse und Abläufe hätten sich ungünstig für die Koalition ausgewirkt. Es sei zum Beispiel der Bundesregiereung nicht gelungen, ihre Entscheidungen für die Bauern rechtzeitig plausibel zu machen. Unter den Landwirten habe sie Einbußen von 5 bis 6 Prozent hinnehmen müssen. Auch die Folgen der Stabilitätspolitik seien spürbar geworden und sicherlich habe die Amnestiedebatte „geschadet".

Die Koalition, auch dies sei neben der Sachpolitik eine Konsequenz des Wahlergebnisses, müsse mehr als bisher auf ihr Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit achten. „Wir haben keine Spielwiese, auf der sich jeder tummeln kann", sagte Kohl, obwohl jeder Partner auf die Wahrung seiner Identität achten müsse.

Die Wähler nutzten die Formschwäche der etablierten Parteien aus

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Deutschen bleiben die Musterknaben, eine gewisse Führungsrolle im Europäischen Parlament werden sie auch in Zukunft ausüben. Zwar ist am Sonntag die Wahlbeteiligung um fast neun Prozentpunkte auf einen mit 56,8 Prozent „für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Tiefpunkt" (Infas) abgesunken, doch liegen die westdeutschen Bürger damit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft immer noch an der Spitze. In einer ersten Analsyse des Wahlergebnisses hebt das Bonner Institut für angewandte Sozialwissenshaft (Infas) als „das Besondere" hervor, daß die SPD als größere Oppositionspartei keinerlei Vorteil aus der Schwäche der Koalition ziehen noch die Gefühle der Unlust an Brüssel und Bonn für sich habe nutzen können. Gleichgültigkeit, Unbehagen und Protest hätten eher darin ihren Ausdruck gefunden, daß mit rund 22,5 Millionen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten „ihre Stimmen entweder den Grünen oder einer der vielen Randgruppen oder aber gar nicht abgaben".

Das geringe politische Gewicht, das in der öffentlichen Meinung einer Stimme für das Europaparlament zuerkannt wird, habe den „Sondergruppen" ihre Attraktivität verliehen, „weil man die Formschwäche der etablierten Parteien ausnutzen und ohne Skrupel Bekenntnisse zu Frieden oder Mündigkeit, Christlichem oder Nationalem, Emanzipation oder Ökologie abgeben konnte". In der Infas-Analyse wird allerdings den vom unerwarteten Stimmensegen Überraschten gleich die Warnung mitgegeben, daß diese „ideologische Unterstützung kaum von Dauer sein" werde.

Die Zahl der Nichtwähler ist gegenüber 1979 um 4,5 Millionen angestiegen. Nach der Infas-Wanderungsbilanz waren davon die beiden großen Parteigruppierungen auch relativ stärker betroffen. CDU/CSU und SPD haben ihre Anhänger weniger gut mobilisieren können als vor fünf Jahren. Die Regierungskoalition aus Union und FDP konnte zwar mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen hinter sich bringen (50,8 Prozent), verfehlte aber deutlich sowohl ihr Ergebnis der letzten Europawahl (55,2 Prozent) als auch der Bundestagswahl (55,8 Prozent).

50 000 Stimmen fehlten

Der FDP fehlten am Ende zum Überleben ganze 50 000 Stimmen. Sie hat sich in praktisch allen Bundesländern auf ein unteres Niveau zwischen 3,9 und 5,0 Prozent eingependelt. Nur in Baden-Württemberg ragt sie mit 7,1 Prozent darüber hinaus.

Daß Wahlenthaltung, Verluste der Großen und Gewinne der Kleinen im Zusammenhang stehen, zeigt laut Infas die Analyse der beiden Länder, in denen auch gleichzeitig Kommunalwahlen stattfanden. Im Saarland und Rheinland-Pfalz war die Wahlbeteiligung ähnlich hoch wie vor fünf Jahren (nur 2,6 bzw. 2.0 Punkte niedriger). Hier waren auch die SPD-Einbußen mit 0,4 bzw 2,2 Punkten – neben dem bayerischen Minus von 1,5 Prozentpunkten – prozentual am geringsten. Hier lagen auch die Grünen mit 6,6 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und am Ende der Ländertabelle. Und hier konnten auch die übrigen Parteien insgesamt nur wenig gegenüber 1979 zulegen: 1,9 Punkte im Saarland, 2,3 Punkte in Rheinland-Pfalz.

In den einzelnen Bundesländern zeigen sich insgesamt die stärksten Kontraste zwischen den beiden großen Parteien, die unterschiedlichen Entwicklungsmustern folgen. Auf der einen Seite stehen Bayern, wo die CSU mit 5,3 Prozentpunkten einen kräftigen Rückschlag hinnehmen mußte und die SPD-Verluste sich mit 1,5 Punkten in Grenzen hielten, sowie das Saarland (CDU minus 3,8, SPD: minus 0,4). Auf der anderen Seite läßt sich in Hamburg ein SPD-Rückgang um 10,2 Punkte und in Baden-Württemberg von 7,0 Punkten feststellen, bei ziemlich stabilen CDU-Werten (0,3 bzw 1,4 Punkte Verlust gegenüber 1979). Infas: „Es ist nicht auszuschließen, daß hier die Verschärfung des Arbeitskampfes in die Wahlentscheidungen mit hineingespielt hat."

Geringste Wahlbeteiligung

Nach der Analyse haben die beiden südlichsten Bundesländer „mittlerweise verschiedenen Takt" gefunden. Zwar seien beide Länder Hochburgen der Union und „beinahe Diaspora" der Sozialdemokraten, wobei Baden-Württemberg mit 27,3 Prozent diesmal den Bayern den letzten Rang in der SPD-Statistik noch abgelaufen hat. Beide wiesen als einzige auch eine Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent auf (Bayern: 46,1, Baden-Württemberg: 48,3). Dennoch zeigen die Parteienlandschaften ganz unterschiedliche Konturen. Die CDU hat gegenüber 1979 in insgesamt acht der 327 Wahlkreise ein positives Vorzeichen: Sie liegen alle in Baden-Württemberg. Die SPD hat in 26 Kreisen ihren Stimmanteil steigern können: allein 17 liegen in Bayern.

Bei den Grünen scheint sich die Anhängerschaft immer mehr bei jüngeren Leuten im städtischen und akademischen Milieu zu stabilisieren. Zu den besten fünf Wahlkreisen der Grünen – mit 14 Prozent oder mehr – gehören Lüchow sowie die vier Universitätsstädte Freiburg, Tübingen, Heidelberg und Münster. Ihre Schwachpunkte haben die Grünen, beginnend mit 3,6 Prozent in Kronach, fast ausnahmslos in Bayern (22 von 25), ihre Stützpunkte vornehmlich in Baden-Württemberg (13 der 25 besten Wahlkreise).

Infas zieht als Resümee, daß sich bei der Europawahl „ziemlich stabile Strukturen für die beiden Großen Parteien trotz äußerst geringer Motivation" gezeigt hätten. Und es habe ein „überaus klares Resultat beim Kampf um Platz drei" gegeben „mit dem ersten nationalen Aus für die Liberalen".

Kein echtes Zugpferd und eine „bäuerliche Ohrfeige"

PETER SCHMALZ, München

Die Stimmenverluste der CSU bei der Europawahl von 5,3 Prozent sind für Parteichef Franz Josef Strauß kein Grund zur Trauer. Im Gegenteil, beim Landesvorstand, der gestern in München tagte, zeigte sich Strauß „sehr zufrieden" mit dem Wahlausgang. Er selbst habe nur mit 52 Prozent gerechnet, das Ergebnis liege also „weit über der Zielmarke".

Mit 57,2 Prozent ist die CSU ohnehin wieder einmal einsamer Spitzenreiter, das nächstbeste Unionsergebnis wurde in Baden-Württemberg erzielt, es liegt aber 6,3 Punkte unter der CSU-Marke. Dabei wären 60 Prozent für die bayerische Regierungspartei durchaus erreichbar gewesen, hätte die CSU wie vor fünf Jahren mit dem Alt-Ministerpräsidenten Alfons Goppel ein allgemein beliebtes Zugpferd gehabt (Sozialminister Fritz Pirkl, der diesmalige Spitzenkandidat, blieb im Wahlkampf merklich blaß) und wären die Probleme mit den Bauern nicht gewesen.

Verärgert über europäische Agrarbeschlüsse, haben die bayerischen Landwirte die Wahl vom Sonntag in Scharen boykottiert. Insgesamt rutschte die Wahlbeteiligung im Freistaat seit der ersten Europawahl um 12,8 auf nur noch 46,1 Prozent, in ländlichen Gebieten wurden dabei die stärksten Einbrüche verzeichnet. Im niederbayerischen Landkreis Passau etwa gingen 18 Prozent weniger zur Wahlurne, die CSU sackte dort mit 9 Punkten überdurchschnittlich weit ab, wenngleich sie mit 65,4 Prozent noch immer ein Traumergebnis kassieren konnte. Die SPD konnte dort um 3,1 auf 24,2 Prozent aufholen.

Strauß fühlt sich von den Landwirten zu Unrecht im Stich gelassen. „Ich hab' mich doch für die Bauern geschlagen", meinte er auf der Wahlparty der CSU. Das europäische Agrar-Dilemma kostet die CSU nach Ansicht ihres Vorsitzenden drei bis fünf Prozent der Wählerstimmen. Für seinen Generalsekretär Gerold Tandler ist das Ergebnis trotz der bäuerlichen Watsch'n durchaus beachtlich. Es habe erneut das bayerische Kräfteverhältnis zwischen CSU und SPD bestätigt. „Das ist 2 zu 1", sagte Tandler, der dieses Manageramt in der Parteizentrale noch für geraume Zeit neben seiner Arbeit als CSU-Fraktionschef im Landtag beibehalten wird.

Bayerns SPD-Chef Helmut Rothemund versucht dagegen, dem Wahlausgang für seine Partei positive Wertung zu geben. Obwohl die Sozialdemokraten landesweit 1,9 Prozent verloren und mit 27,6 Prozent auch unter ihren Ergebnissen der letzten Bundes- und Landtagswahlen liegen, meinte Rothemund: „In Bayern hat sich etwas bewegt." Die nähere Analyse aber muß der SPD-Führung zu denken geben: Sie hat zwar vom Bauern-Frust gegen die CSU auf dem Land profitiert, aber in den Städten kräftig verloren. Besonders in Industrieregionen, die von Streikauswirkungen hart betroffen sind, bekam die SPD eine deutliche Abfuhr. In der Kugellager-Stadt Schweinfurt etwa büßte die CSU nur 1,8 Prozent ein, die SPD aber 2,6. In Nürnberg rutschten die Sozialdemokraten sogar um fast fünf Prozent erstmals unter 40 Prozent.

So wurde in den Bundesländern gewählt

SUSANNE PLÜCK, Bonn

Die markantesten Wahlergebnisse in den Bundesländern gab es im Vergleich zum Ausgang der Europawahl 1979 einerseits in den Stadtstaaten, auf der anderen Seite in den südlichen Flächenstaaten Bayern und Baden Württemberg. Mit -12,8 in Bayern, -11,2 in Bremen und -10,1 Prozent in Baden Württemberg fiel dort auch die Wahlbeteiligung im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (-8,9) am stärksten ab.

In Hamburg mußte die SPD mit 10,2 Prozent ihre größten Verluste hinnehmen (von 52,2 auf 42 Prozent), während gleichzeitig der Rückgang der CDU-Stimmen mit 0,3 Prozent auf insgesamt 36,6 am niedrigsten ausfiel.

In Eimsbüttel erzielte – nach Altona (6,0) und Wandsbek (5,7) – die FDP, die mit 1,4 Prozent Verlustpunkten in Hamburg insgesamt noch leicht über dem Bundesdurchschnitt (-1,2) liegt, mit 5,0 Prozent ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis. Die Grünen konnten mit insgesamt 12,7 und im Vergleich zu 1979 9,2 Prozent mehr Stimmen in der Hansestadt ihr bestes Ländergebnis erzielen.

Auch in Bremen fielen die Verluste der CDU mit 1,7 (insgesamt 31,0) Prozent vergleichsweise klein aus. Die SPD-Verluste liegen mit 5,0 Prozent ebenso an dritter Stelle; sie verlor ihre absolute Mehrheit von 53 Prozent. Die FDP-Verluste lagen mit 3,8 weit über dem Bundesdurchschnitt von 1,2 Prozent (insgesamt noch 4,5), während die Grünen 7,1 Prozent hinzugewinnen konnten.

In Schleswig-Holstein und Niedersachsen verloren die Freien Demokraten 0,7 bzw. 0,4 Prozent – abgesehen von Bayern ebenfalls mit 0,7 – am wenigsten im ganzen Bundesgebiet. In Niedersachsen verfehlten sie wie in Hamburg mit 4,9 Prozent die Fünfprozenthürde nur knapp. Ihre absolut besten Ergebnisse konnten die Liberalen, mit Ausnahme ihres Stammlandes Baden-Württemberg, mit je fünf Prozent in Hessen und Rheinland-Pfalz erzielen.

In Nordrhein-Westfalen wurde die CDU trotz Verlusten mit 42,8 Prozent stärkste Partei (SPD 41,7). Die Grünen, die in Universitätsstädten wie Bonn und Münster zweistellige Ergebnisse erzielen konnten, erreichten landesweit 8 Prozent und gewannen damit wie im Bundesdurchschnitt fünf Prozent hinzu. Die SPD, die im Landesdurchschnitt 2,9 Prozent verlor, büßte im Ruhrgebiet relativ weniger Simmen ein, während die CDU hier überdurchschnittlich verlor. Sie erreichte 53 Prozent, nur 0,4 Prozent weniger als bei der letzten Bundestagswahl. Bemerkenswert ist, daß die Grünen hier lediglich um 2,6 Prozent zunahmen (auf 7,5).

In Baden-Württemberg blieb die Parteienlandschaft relativ stabil. Die FDP erreichte hier mit 7,1 Prozent ihr bestes Ergebnis. Die SPD verlor – nach Hamburg – am meisten (7,0), die Verluste der CDU waren – nach Hamburg – am geringsten (um 1,4 auf 50,9). Sie erreichte als einziger CDU-Landesverband eine absolute Mehrheit. Die Grünen erzielten mit 10,1 Prozent das zweitbeste Ergebnis - ebenfalls nach Hamburg.

In Bayern sind mit 5,3 relativ hohe Verluste der CSU, weitaus geringere Rückgänge bei der SPD (-1,6) und nur 0,7 Prozent bei der FDP zu verzeichnen. Das CSU-Ergebnis ist mit 57,2 Prozent das beste der Union.

Im Saarland konnte die SPD ihr Ergebnis am deutlichsten halten und verlor nur 0,4 Prozent der Stimmen. Auch CDU und FDP verloren (3,8 bzw.1,9 Prozent). Lediglich die Grünen konnten 4,2 Prozent zulegen.

SPD der große Verlierer in Baden-Württemberg

Xing-Hu Kuo, Stuttgart

In dem von Streiks besonders stark betroffenen Baden-Württemberg ist die SPD – die sich voll auf die Seite der Gewerkschaften geschlagen hat – bei der Europawahl der größte Verlierer. Während die SPD bundesweit „nur" 3,3 Prozent Stimmenanteil verlor, mußte die Südwest-SPD sieben Prozent Verluste hinnehmen: ihr Stimmenanteil sank von 34,3 (Europawahl 1979) auf 27,3 Prozent.

Beobachter in Stuttgart sind sich einig, daß die angespannte Streiksituation, die von vielen Arbeitnehmern abgelehnt wird, mit zu dieser blamablen Schlappe der SPD beigetragen hat. Dies wird auch durch Einzelergebnisse bestätigt: im Kreis Böblingen (hier gibt es in Sindelfingen ein großes Daimler-Benz-Werk, IBM und andere Betriebe der Metallbranche) sank der SPD-Stimmenanteil um fast zehn Prozent, von 36,2 auf 26,5 Prozent. Auch in Stuttgart (Daimler Benz, Bosch) verlor die SPD fast zehn Prozent der Stimmen: von 40,1 sank ihr Anteil auf 30,4 Prozent. In anderen häufig bestreikten Regionen sind ähnliche Ergebnisse zu verzeichnen.

Die CDU hingegen verzeichnete im Südwesten weniger Verluste als bundesweit: sie verlor „nur" 1,4 Prozent (von 52,3 auf 50,9 Prozent), bundesweit beträgt der Verlust 3,3 Prozent. Auch dieser realiv günstige Abschwung der Union wird mit der Streiksituation in Verbindung gebracht. Die FDP in Baden-Württemberg schnitt ebenfalls besser ab als im Bundesdurchschnitt: verfehlte die Bundespartei die Fünf-Prozent-Hürde, so erhielt sie in Baden-Württemberg immerhin 7,1 Prozent, auch wenn dies gegenüber 1979 (8,1 Prozent) ein Verlust von einem Prozent bedeutet.

Die Grünen, die in der Frage der 35-Stunden-Woche keineswegs die Gewerkschaftsforderung nach vollem Lohnausgleich für alle übernommen haben, sondern eine solche Maßnahme nur für untere Einkommensgruppen verlangen – so beschlossen auf ihrem jüngstenLandesparteitag – erzielten überdurchschnittliche Erfolge. Sie bekamen im Südwesten 10,1 Prozent der Stimmen (1979: 4,5), während bundesweit die Ökologen 8,2 Prozent erzielten.

Das nicht mehr überraschende gute Ergebnis der Grünen in Baden-Württemberg vor allem im Großraum Mittlerer Neckar (um Stuttgart herum) ist sicherlich durch die neuen Umweltdiskussionen der letzten Wochen in diesem Bundesland mit beeinflußt worden: Dioxinfunde in neuen und alten Mülldeponien, Grundwasserprobleme. Hinzu eine defensive und nicht immer überzeugende Informatiospolitik der betroffenen Behörden sowohl auf kommunaler, regionaler als auch Landesebene.

Während SPD-Landeschef Ulrich Lang zugeben mußte, daß die Niederlage für seinen Landesverband „nicht befriedigend" gewesen sei, tröstete er sich mit dem Hinweis, daß „wichtigste" Ergebnis sei der „erhebliche Verlust" der bundesweiten CDU. Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) erklärte, er sei nicht überrascht vom Wahlergebnis, das innenpolitisch nicht überbewertet werden dürfe. Die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg mit knapp über 50 Prozent lag etwas niedriger als der Bundesdurchschnitt (51,1 Prozent).

Die Situation nach der Wahl in den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft: Italien vor einer Regierungskrise
In Großbritannien eine Anti-Thatcher-Wahl / Mitterrand vor Kabinettsumbildung / Polarisierung in Dänemark

Bei den Kleinen: Verluste für Regierungsparteien

ULRICH LÜKE, Straßburg

Die Wahlergebnisse in den sechs kleineren Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zeichnen sich allesamt durch Überraschungen aus, wobei als gemeinsamer Trend in den meisten dieser Länder ein Stimmenverlust für die jeweiligen Regierungsparteien festzuhalten ist.

Griechenland: Zur Freude der Regierungspartei, der sozialistischen Pasok, ist die Europawahl nicht zur befürchteten Niederlage geworden. Die „neue Demokratie", deren Abgeordnete sich in Straßburg zur christdemokratischen Fraktion zählen, konnte zwar einen Sitz hinzugewinnen, bleibt aber mit neun Mandaten um einen Platz hinter den Abgeordneten der Pasok. Mit zehn Sitzen konnte die Regierungspartei ihre Mandatszahl von 1981 (dem Jahr der ersten Europawahl im jüngsten Mitgliedsland der EG) vermutlich halten. Auch die beiden kommunistischen Parteien werden wie bisher mit zusammen vier Abgeordneten in Straßburg vertreten sein.

Dänemark: Das Wahlergebnis der Dänen fällt durch zweierlei aus dem Rahmen. Zum einen hat es nur in diesem EG-Mitgliedstaat eine höhee Wahlbeteiligung als vor fünf Jahren gegeben. 1979 gingen 47,8 Prozent zu den Urnen, jetzt waren es knapp 53 Prozent. Zum anderen können die Konservativen ihre europäischen Mandate vermutlich verdoppeln und künftig vier Abgeordnete in Straßburg stellen. Stärkste Partei wurde wiederum die „Volksbewegung gegen die EG", die wie bisher mit fünf „Antieuropäern" ins Parlament einziehen wird. Das bedeutet unter dem Strich einen deutlichen Trend zur politischen Polarisierung in Kopenhagen.

Belgien: Wesentliche Merkmale des Wahlergebnisses sind der Einzug der Grünen ins Europaparlament (zwei Mandate) und starke Verluste für die Christdemokraten. Sie verloren vier ihrer bisher zehn Mandate. Dieser Verlust wird auch der Tatsache zugeschrieben, daß Außenminister Leo Tindemans diesmal nur auf der Reserveliste kandidierte. Die Verluste der Christdemokraten kamen den Sozialisten zugute, die künftig neun Abgeordnete stellen werden, sowie den Liberalen, die fünf Abgeordnete nach Straßburg entsenden. Während die flämischen Nationalisten mit zwei Mandaten aus dem Rennen gingen, blieb die francophone Partei aus dem Großraum Brüssel diesmal ohne Sitz im Europaparlament.

Niederlande: Auch hier verloren die regierenden Christdemokraten – vermutlich allerdings nur zwei Sitze –, so daß sie immerhin noch acht Abgeordnete stellen. Die Sozialisten bleiben bei neun Mandaten, während die Liberalen ein Mandat hinzugewinnen konnten, so daß sie jetzt mit fünf Abgeordneten in Straßburg vertreten sind. Die bisher mit zwei Mandaten vertretenen linksliberalen „Demokraten 66" fielen aus dem Straßburger Parlament heraus. Die Wahlbeteiligung in den Niederlanden sank um etwa sieben auf rund 50 Prozent.

Luxemburg: Im kleinsten Mitgliedstaat der Gemeinschaft – er stellt nur sechs Europaabgeordnete – konnten *die Sozialisten einen Wahlerfolg* verbuchen: Ihr Stimmenanteil stieg von 21,7 auf über 30 Prozent. Opfer dieser Wählerverschiebung wurden die Liberalen, die statt 28,1 nur noch auf gut 20 Prozent kamen. Praktisch unverändert blieben die Christdemokraten mit gut 35 Prozent. In Mandaten schlägt sich diese Veränderung kaum nieder, Sozialisten und Liberale tauschten einen Sitz.

Irland: Das Wahlergebnis fällt nach den letzten Prognosen äußerst uneinheitlich aus. Die Wahlbeteiligung ist auf der Grünen Insel möglicherweise unter 50 Prozent gesunken. Die Brüsseler Sparbeschlüsse im Agrarbereich haben offenbar vor allen Dingen die mitregierenden Sozialisten getroffen, die bisher vier Mandate hatten und jetzt ganz aus dem Straßburger Parlament herausfallen dürften, während ihr christdemokratischer Koalitionspartner sich vermutlich um zwei auf sechs Mandate steigern kann. Die Opposition, die in Straßburg mit den französischen Gaullisten eine Fraktion bildet, errang mit acht Mandaten einen bemerkenswerten Wahlerfolg.

KPI überholt die Christdemokraten

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Zum erstenmal bei einer landesweiten Wahl haben die italienischen Kommunisten die Christdemokraten (DC) überflügelt. Die KPI ist als stärkste Einzelpartei Italiens aus den Neuwahlen zum Europaparlament hervorgegangen. Sie erhielt knapp 100 000 Stimmen mehr als die DC. Ihr Stimmenanteil liegt mit 33,3 Prozent um 0,3 Prozentpunkte über demjenigen der Democrazia Cristiana. Vor diesem „sorpasso" – einem Überholmanöver, *dem hier vor allem psychologische Bedeutung beigemessen wird* – verblassen all die anderen geringfügigen Kräfteverschiebungen, die der Europawahlgang in Italien gebracht hat.

Die Sozialistische Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Bettino Craxi verlor gegenüber den letzten nationalen Parlamentswahlen des vergangenen Jahres 0,2 Prozentpunkte. Der weithin erwartete „Craxi-Effekt" zu ihren Gunsten, das heißt der Ministerpräsidenten-Bonus, ist also ausgeblieben.

Von den 81 italienischen Sitzen im Europaparlament errangen die Kommunisten 27 – drei mehr als 1979. Diese drei Sitze verloren die Christdemokraten, deren Mandatszahl von 30 auf ebenfalls 27 zurückging. Die Sozialisten konnten ihre neun Mandate halten, die Sozialdemokraten verloren eines ihrer bisher vier Mandate, während die neofaschistische Sozialbewegung einen Sitz hinzugewann und jetzt – genauso wie die vereinigten Republikaner und Liberalen – mit fünf Abgeordneten im Europaparlament vertreten sein wird. Drei Mandate gingen an die Radikalen, je eines an die Demoproletarier und an die Autonomisten des Aostatals. Zu den 27 aus der DC-Liste gewählten Abgeordneten gehört auch ein Vertreter der Südtiroler Volkspartei.

In ersten Kommentaren wird in politischen Kreisen Roms hervorgehoben, daß sich die Italiener bei ihrer Wahl offensichtlich vorwiegend von inneritalienischen Fragen und Emotionen bestimmen ließen. Die europäische Problematik, die schon im Wahlkampf hinter die Innenpolitik zurückgetreten war, habe bei der Stimmabgabe wahrscheinlich die geringste Rolle gespielt. Bezeichnenderweise schnitten die vereinigten Republikaner und Liberalen, die ihren Wahlkampf weit stärker als alle anderen Parteien auf das Europa-Thema abgestellt hatten, relativ am schlechtesten ab.

Die Kommunisten erreichten mit ihren 33,3 Prozent Stimmenanteil das zweitbeste Wahlergebnis ihrer Parteigeschichte. Noch besser hatte sie nur bei den nationalen Parlamentsneuwahlen des Jahres 1976 abgeschnitten, als sich 34,4 Prozent der Wähler für ihr Symbol entschieden. Damals lag freilich die Democrazia Cristiana mit 38,7 Prozent Stimmenanteil noch ziemlich weit in Front. Jetzt ist sie hinter die KPI zurückgefallen.

Für den kommunistischen Erfolg, den die „Unità" gestern morgen mit einer neunspaltigen Balkenüberschrift in Rot verkündete, werden von den politischen Kommentatoren vor allem zwei Gründe genannt: Erstens: Der entschiedene Kampf der Partei gegen das Regierungsdekret zur Verlangsamung der gleitenden Lohnskala habe offensichtlich die Zustimmung breiter Schichten in der Arbeiterschaft gefunden. Zweitens: Die Welle der menschlichen Sympathie für den so plötzlich verstorbenen KPI-Generalsekretär Enrico Berlinguer habe sich auch in Wählerstimmen niedergeschlagen.

Bei den Christdemokraten ist man mit dem Wahlergebnis zwar nicht zufrieden, aber man ist auch nicht unglücklich darüber. Immerhin, so unterstreichen führende Parteifunktionäre, habe die Wahl für die DC eine „Tendenzwende" gebracht. Die Partei, deren Stimmenanteil von 38,3 Prozent im Jahre 1979 auf 32,9 Prozent im vergangenen Jahr gefallen war, habe einen, wenn auch leichten Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Von den fünf Parteien, die in der Regierung Craxi vertreten sind, ist die DC die einzige, die ihr Ergebnis gegenüber den Parlamentswahlen des vergangenen Jahres verbessern konnte. In Rom fragt man sich, ob sie nicht bald das Amt des Regierungschefs von den Sozialisten zurückverlangen wird.

Labour Party verdoppelt ihre Mandate

FRITZ WIRTH, London

Die britische Labour Party ist der eindeutige Sieger der Europawahl in Großbritannien. Nach den Hochrechnungen der BBC wird sie die Zahl ihrer Sitze im Europa-Parlament von 16 auf 32 verdoppeln. Der Erfolg geht ausschließlich auf Kosten der Konservativen, die voraussichtlich 16 Sitze an Labour verlieren.

Das Ergebnis ist nicht unerwartet. Labour hatte bei der letzten Europawahl so schlecht abgeschnitten, daß nun Gewinne trotz eines weitgehend negativen Europawahlkampfes unvermeidlich waren. Die Partei erzielte ihre Erfolge vor allem in den städtischen Bezirken, ihrenn traditionellen Hochburgen, wo sie offenbar alte Wähler zurückgewann. Dennoch wählte der gesamte Süden Englands mit Ausnahme Londons massiv für die Konservativen.

Neil Kinnock, der Chef der Labour Party, feierte den Sieg seiner Partei enthusiastisch als einen persönlichen Triumph über Margaret Thatcher. Dies sei nicht so sehr eine Europawahl gewesen, sondern ein Referendum gegen die Politik Frau Thatchers, behauptete er. Seine Partei befinde sich auf dem Weg zurück zur politischen Macht in Großbritannien.

Die konservative Parteiführung nannte das Ergebnis eine Enttäuschung und ein Warnsignal, aber keine Katastrophe. Sie räumte ein, daß diese Europawahl gewisse Akzente einer Protestwahl gegen die eigene Regierung hatte. Maßgebend für das schlechte Abschneiden der Tories war die geringe Wahlbeteiligung von 32 Prozent.

Der große Verlierer dieser Wahl ist zweifellos die sozialliberale Allianz. Sie hatte wegen des Mehrheits-Wahlrechts wenige Chancen, Parlamentssitze zu gewinnen, hatte jedoch dennoch gehofft, sich bei dieser Wahl als ernstzunehmender Oppositions-Konkurrent neben der Labour Party zu stabilisieren. Der liberale Parteichef David Steel spielte deshalb die Bedeutung der Wahl herunter.

Endergebnis: Konservative 45 Sitze, Labour 32, Schottische Nationalisten einen, andere drei.

Le Pen bricht durch, Marchais sackt ab

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zwei Ergebnisse der französischen Wahlen werden nachhaltige Auswirkungen auf die innerfranzösische politische Szene haben: der spektakuläre Durchbruch der weit rechts stehenden „Nationalen Front" des ehemaligen Abgeordneten Jean-Marie Le Pen (rund elf Prozent) und die historische Niederlage der Kommunistischen Partei. Mit einem guten Abschneiden der Rechtsaußen hatte man gerechnet, *seit diese Formation* sich in den Kommunalwahlen des letzten Jahres immer deutlicher profiliert und in einigen Gemeinden mit starkem Anteil an farbigen Gastarbeitern bis zu 16 Prozent Stimmen erlangt hatte.

Auf den Wahlversammlungen der Nationalen Front *für die Europa-Wahlen* hatte es starken Zulauf und erbitterte Saalschlachten mit politischen Gegnern gegeben, was die Figur des Parteiführers Le Pen von den Konkurrenten der übrigen Parteien abhob. Die von ihm vorrangig behandelten Wahlthemen – persönliche Freiheiten, Familie, Sicherheit auf den *Straßen* und *Überfremdung* Frankreichs durch Einwanderer – haben, wie Statistiken zeigen, in allen Berufsgruppen des Landes bis hin zu den Freiberuflern und Arbeitern, ein starkes Echo gefunden. In einzelnen Gebieten, wie im überdurchschnittlich von Algerier-Franzosen durchsetzten Süden, erreichte die Liste Le Pens bis zu 25 Prozent.

Der Zulauf für die Nationale Front kommt dabei aus allen Lagern. Wenn die Liste der gemäßigten Opposition, auf der sich Gaullisten und Giscardisten hinter der populären Politikerin Simone Veil *zusammengeschlossen* hatten, mit nur 43 Prozent nicht annähernd die Erwartungen erfüllte, dann deshalb, weil ein Teil der Wähler in Le Pen einen akzeptablen Oppositionspolitiker sieht. Nachweislich aber wählten auch viele Linkswähler diesmal für den Chef der Nationalen Front, um ihrer Unzufriedenheit mit *der Regierung auf neue Weise* Ausdruck zu geben.

Offensichtlich will eine wachsende Zahl von Franzosen ihre Interessen weder bei der Linken noch bei der bürgerlichen Rechten, von Le Pen verächtlich die „Vierer-Bande" genannt, aufgehoben wissen. Das äu*ßert sich besonders in dem geradezu* verheerenden Abschneiden der Kommunistischen Partei.

Die Formation des Georges Marchais hat nicht nur den ständigen Abwärtstrend ihres Stimmenaufkommens seit 1979 nicht umkehren können, sie mußte eine Niederlage hin*nehmen, aus der heraus es möglicher*weise keinen Aufstieg mehr gibt. Sie äußert sich in den knapp über 11 Prozent der Stimmen für ihre Liste, nur zwei Zehntel Prozentpunkte mehr als die Liste Le Pen: ein noch nie erreichter Tiefpunkt.

Kommunisten und Sozialisten erhielten zusammen nicht mehr als 34 Prozent der Stimmen. Sie liegen damit um 10 Punkte hinter der bürgerlichen Opposition unter Simone Veil und repräsentieren nur noch ein Drittel des Landes. Eine doppelte Konsequenz scheint nun kaum noch vermeidlich: Präsident Mitterrand wird sich bald nach seiner Moskau-Reise einen neuen Premierminister und die Kommunistische Partei einen neuen Generalsekretär suchen müssen.

Wie lange die stark angeschlagene Regierungskoalition aus Kommunisten und Sozialisten jetzt noch halten kann, wird zur Kardinalfrage. Die Chance, daß die Linke ihre augenblickliche Mehrheit im Parlament bei den nächsten Wahlen 1986 noch behaupten kann, ist auf ein Minimum zusammengesunken.

Aufhebung der Grenzkontrollen nicht aktuell

BERNT CONRAD, Bonn

Die zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand vereinbarte Aufhebung der Personenkontrolle an der deutsch-französischen Grenze ist derzeit noch nicht aktuell. Obwohl auf französischer Seite ein Wegfall der Kontrollen schon für den 1. Juli angekündigt worden ist, glaubt man in Bonn, daß die Franzosen allenfalls gegenüber der Bundesrepublik nachziehen und endlich auch eine „Europa-Schnellspur" an den Grenzübergangsstellen einführen werden. Mit einem Wegfall der Kontrollen rechnen Experten innerhalb der nächsten Monate kaum.

Kohl hatte noch in der vergangenen Woche vor der Presse seine Absicht bekräftigt, die deutsch-französischen Grenzkontrollen möglichst rasch abzubauen. Tatsächlich *ist diese Frage jedoch nach vorliegenden* Informationen noch nicht einmal vom Bundeskabinett erörtert worden. Notwendig wäre zunächst einmal eine Kabinettsberatung, bei der ein konkreter Auftrag an die zuständigen Ministerien für Inneres, Finanzen und Verkehr erteilt werden müßte. Nach Abschluß dieser Vorarbeiten wäre noch eine Abstimmung mit dem Nachbarland erforderlich.

Bisher haben die Franzosen auf diesem Gebiet weniger getan als die Deutschen. Deshalb konnte die von Bonn gegenüber Frankreich, Holland und Dänemark eingeführte „Europa-Schnellspur" an den Grenzabfertigungsstellen noch nicht bis nach Frankreich weitergeführt werden. Fachleute halten eine bevorstehende Aufhebung der Personenkontrollen auf französischer Seite schon deshalb für unwahrscheinlich, weil in Frankreich beispielsweise eine Sperre für die Geldausfuhr besteht.

Generell gehen Bonner Regierungsexperten davon aus, daß auch bei einem Abbau der Grenzkontrollen grundsätzlich die Möglichkeit für eine Kontrolle erhalten bleiben müsse. Einen Rechtsanspruch auf freie Fahrt werde es demnach nicht geben. Als Voraussetzung *für einen kontroll*freien Verkehr, bilateral mit Frankreich oder allgemein in der Europäischen Gemeinschaft, betrachtet man an zuständiger Stelle in Bonn die Einführung eines gleichen Sicherheitssystems an den Außengrenzen. Zu den zahlreichen Problemen gehöre auch die Tatsache, daß in Holland der Handel mit Rauschgift frei sei. Für entscheidend hält man es, in der Praxis den Aufenthalt an der Grenze abzukürzen. Dies ginge mit einem moderneren Ausweissystem.

Metall-Arbeitskampf vor Schlichtung ausgeweitet

Druckindustrie: Getrennte Gespräche mit Biedenkopf

DW. Bonn

Der Arbeitskampf in der Metallindustrie, in dem Arbeitgeber und IG Metall auf dem Weg der „besonderen Schlichtung" einen neuen *Anlauf* zur Suche nach einer Einigungsformel machen wollen, ist gestern zu Beginn der sechsten Streikwoche durch die Aussperrung von weiteren 25 000 bis 30 000 Metallarbeitern in Nordwürttemberg/Nordbaden erheblich ausgeweitet worden. Insgesamt sind mittlerweile rund 400 000 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland direkt oder indirekt von dem Streik um die 35-Stunden-Woche betroffen. Heute wollen auch die hessischen Arbeitgeber ihre Aussperrung ausweiten.

Unklarheit bestand gestern vormittag noch über Ort und Beginn der Schlichtung sowie über den Namen des stimmberechtigten Vorsitzenden. Arbeitgeber und Gewerkschaft hatten sich am vergangenen Freitag grundsätzlich auf dieses Verfahren geeinigt. Die IG Metall, die den von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Schlichter Bernd Rüthers aus Konstanz abgelehnt hatte, wollte auf einer Vorstandssitzung darüber entscheiden, ob sie auf die neuen Bedingungen von Gesamtmetall eingehen will.

Die Arbeitgeber hatten signalisiert, daß sie den von der IG Metall vorgeschlagenen Schlichter, den ehemaligen Bundesminister Georg Leber, als stimmberechtigten Vorsitzenden der Schlichtung akzeptieren könnten. Voraussetzung sei aber, daß sich die Gewerkschaft ihrerseits bereit erkläre, in der aus jeweils drei Vertretern *der beiden Tarifparteien und dem* Vorsitzenden zusammengesetzten Schlichtungsstelle einstimmige Entscheidungen zu akzeptieren.

Der als Vermittler eingeschaltete CDU-Politiker Kurt Biedenkopf bemühte sich gestern, die festgefahrenen Tarifverhandlungen in der Druckindustrie wieder in Gang zu bringen. In einem Düsseldorfer Hotel nahm Biedenkopf am Mittag mit dem Bundesverband Druck und der Industriegewerkschaft Druck und Papier getrennte Gespräche auf, um beide Seiten wieder an den gemeinsamen Verhandlungstisch zu bringen.

Bei den Tarifparteien herrschte gestern mittag noch Unklarheit über den weiteren Fortgang der Tarifrunde, in der die Gewerkschaft neben dem Einstieg in die 35-Stunden-Woche eine neue Lohnstruktur sowie ein erweitertes Rationalisierungsschutzabkommen und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die 165 000 Beschäftigten im Druckgewerbe fordert. Der Arbeitgeberverband hatte seine Rückkehr an den Verhandlungstisch von einer deutlichen Rücknahme der zum Teil unbefristeten Streiks abhängig gemacht. Biedenkopf hatte als neuen Termin den Dienstag morgen vorgeschlagen.

Boykott-Aufruf teilweise befolgt

Warschau spricht von 75 Prozent Wahlbeteiligung / Demonstrationen in Städten

DW. / cgs., Warschau

Der von der Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" geforderte Boykott der „Wahlen" zu den regionalen Vertretungen ist ungeachtet des massiven Drucks der Behörden teilweise befolgt *worden. Regierungssprecher* Jerzy Urban mußte auf einer Pressekonferenz für ausländische Journalisten in Warschau gestern morgen einräumen, daß nur 75 Prozent der Wahlberechtigten sich beteiligt hatten. Urban bemühte sich, den Boykott für gescheitert zu erklären, und dies, obwohl die Beteiligung von 75 Prozent gemessen an der sonst üblichen 99-Prozent-Marke einen Teilerfolg der „Solidarität" signalisierte.

Politische Beobachter sind der Meinung, daß der geschlossene Wahlboykott, wie er von der „Solidarität" in zahlreichen Aufrufen, Flugblätter und Untergrundzeitungen gefordert worden ist, in einem kommunistischen Staat mit seinen Überwachungs- und Polizeisystemen nur schwer zu verwirklichen ist. Da bei diesen „Wahlen" niemand wirklich *zur Wahl stand, sondern alles nach* den Regeln kommunistischer Einheitslisten vonstatten ging, ist die Beteiligung das einzige Kriterium. Besonders auf dem Land und in den kleinen Städten ist es für die Behörden nicht schwierig, genau festzustellen, wer zur Wahl geht und wer nicht. Wer nicht erscheint, muß mit beruflichen oder persönlichen Nachteilen, vielleicht sogar mit Verlust seines Ar*beitsplatzes* rechnen. *Es* ist auch charakteristisch, daß die Wahlbeteiligung in Warschau relativ hoch gewesen sein soll. Hier gibt es eine besonders große Zahl von Menschen, die als Staatsbeamte und Staatsangestellte vom Regime abhängig sind.

Zum anderen kommt bei vielen Polen eine gewisse Resignation hinzu. Es erscheint vielen *nicht* sinnvoll, wegen eines an sich bedeutungslosen *Vorgangs – zu wählende Kandidaten* stehen ja allesamt bereits vorher fest – viel zu riskieren. Schließlich ist auch eine wirklich demokratische Kontrolle der Wahlbeteiligung durch die Öffentlichkeit oder gar durch oppositionelle Politiker in einem kommunistischen System nicht möglich.

In mehreren Städten Polens kam es am Wahltag zu Protestaktionen und Demonstrationen von Anhängern der verbotenen Gewerkschaft. In Warschau nahmen rund 10 000 Menschen, darunter auch der ehemalige „Solidarität"-Chef Lech Walesa, an einem Gottesdienst für den in der vergangenen Woche gefangengenommenen Untergrundführer der „Soli*darität", Bogdan Lis,* teil. *Nach dem* Gottesdienst riefen einige Menschen Losungen für die „Solidarität" und warfen Boykottflugblätter in die Luft. Die Polizei griff nicht ein, und die Demonstranten zerstreuten sich nach kurzer Zeit. In Nowa Huta bei Krakau riefen an die tausend junge Leute Losungen wie: „Weg mit dem Regime". Im Fernsehen sah man, wie die Polizei die Demonstranten vertrieb und von einigen mit Steinen beworfen wurde. In einem Warschauer Wahlbezirk kam es zu einem kurzen Schweigemarsch von etwa 250 Menschen. Mehrere westliche Journalisten wurden vorübergehend festgenommen. Vor einem Warschauer Wahllokal standen 40 Solidarnosc-*Anhänger und verspotteten* Wähler.

Die „Solidarität" hatte ihre eigenen Vorkehrungen getroffen, um die Höhe der Wahlbeteiligung zu ermitteln. „In Warschau werden wir präszise Ergebnisse liefern können", sagte ein Angehöriger der verbotenen Gewerkschaft einem westlichen *Korrespon*denten. „Wir haben unsere Leute auch in Wahlkommissionen". Vor bestimmten Abstimmungslokalen hatte die freie Gewerkschaft auch freiwillige Zähler eingesetzt.

Die offizielle Warschauer Nachrich*tenagentur PAP berichtete, unter den* „Wählern" seien auch viele katholische Priester, ja sogar drei Bischöfe gewesen. Die Kirchenführung hatte offiziel nicht Stellung für oder gegen die Wahlen bezogen. Die Mitglieder der Bischofskonferenz hatten sich am Wochenende zu einer Konferenz in Radom – 120 Kilometer südlich von Warschau – zurückgezogen. Sie blieben, wie versichert wurde, demon*strativ den „Wahlen" fern.*

Zum Abschluß des Radomer Treffens kritisierten die Bischöfe die Exi*stenz politischer Häftlinge* in Polen. Sie seien „besorgt über die neuen Festnahmen aus politischen Gründen", hieß es in einem gestern veröffentlichten Kommuniqué.

Papst-Attentat: Hausarrest für Antonow

AFP, Rom

Der mit dem Papst-Attentat vom *Mai 1981* auf dem Petersplatz befaßte italienische Untersuchungsrichter Ilario Martella hat gestern erneut eingewilligt, daß der einer „aktiven Mithilfe" beschuldigte Bulgare Sergej Iwanow Antonow die Untersuchungshaft gegen Hausarrest vertauscht. Aus Justizkreisen verlautete, daß diese richterliche Entscheidung jedoch nicht sofort angewendet wird. Die Anti-Terror-Polizei DIGOS bemängelte, Antonows Wohnung sei nicht genügend abgesichert. Somit müßten sich die Sicherheitsdienste und die bulgarische Botschaft zunächst nach einer geeigneten Unterkunft für den Chef der römischen Niederlassung der bulgarischen Fluggesellschaft „Balkan Air" umsehen. Antonow sitzt seit November 1982 in Untersuchungshaft.

ÖVP gewinnt die Wahlen in Tirol

rtr, Wien

Die österreichische Volkspartei (ÖVP) hat die *Landtagswahlen* im Bundesland *Tirol* am *Sonntag* nach dem vorläufigen Ergebnis mit 64,6 Prozent gewonnen. Demzufolge gewann die ÖVP 1,8 Prozent im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen hinzu und wird 26 der 36 Abgeordneten stellen. Die in Österreich regierende Sozialistische Partei (SPÖ) erreichte 25,3 Prozent der Stimmen und verlor damit 3,5 Prozent. Sie erhält neun Sitze. Die FPÖ verlor 0,9 und erreichte 6,0 Prozent. Damit behält sie ihre beiden Sitze im Landesparlament. Die SPÖ erlitt bei der Abstimmung ihre vierte Wahlniederlage, seit sie mit der Freiheitlichen Partei (FPÖ) 1983 eine Regierungskoalition gebildet hat. Die „Liste für ein anderes Tirol" und die „Österreichischen Grünen" kamen zusammen auf 3,6 Prozent der Stimmen.

In Nürnberg neue Vizepräsidentin

dpa, Nürnberg

Ursula Engeln-Kefer, Abteilungsleiterin beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in Düsseldorf, ist gestern erwartungsgemäß als Vizepräsidentin der Arbeitsverwaltung vorgeschlagen worden. Die Berufung muß vom Bundespräsidenten ausgesprochen werden. Der bisherige Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit, Helmut Minta, war im Februar gestorben.

DGB ruft europäischen Aktionstag aus

■ Fortsetzung von Seite 1

hatte, auf ganz Westeuropa versuchte der DGB-Vorsitzende mit dem „wachsenden Unverständnis" zu begründen, das jenseits der deutschen Grenzen für die „sture, seit mehr als sechs Jahren andauernde Ablehnung jeder generellen Wochenarbeitszeitverkürzung" durch die Arbeitgeber zu finden sei. Auch forderten alle anderen westeuropäischen Gewerkschaften die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Der Kampf der IG Metall hierzulande sei deshalb „auch ihr Kampf".

Breit warf den Arbeitgebern der Druckindustrie vor, sie hätten „den Arbeitskampf verlängert", weil sie Verhandlungstermine hätten platzen lassen. Die Metall-Arbeitgeber hätten den Arbeitskampf einseitig ausgeweitet durch die neuen Aussperrungen seit gestern in Baden-Württemberg und von heute an in Hessen. Er bestritt, daß die IG Druck und Papier während laufender Vermittlungsgespräche ihre Streiks ausgeweitet habe. Einen entsprechenden Vorwurf hatte der Bundesverband Druck erhoben.

Die außerordentliche DGB-Bundesvorstandssitzung war am Sonntagabend in München einberufen worden. In der DGB-Vorstandssitzung berichteten die beiden Vorsitzenden der streikenden Gewerkschaften über den Stand des Arbeitskampfes. Die übrigen Vorsitzenden sicherten ihnen Solidarität zu. Als erste Maßnahme beschloß der Gewerkschaftstag, daß die Delegierten einen Tagessatz ihrer Spesen auf ein „Solidaritätskonto" zu überweisen haben.

„Kein Grund für Kabinettsumbildung"

● Fortsetzung von Seite 1

Bayern zu schweigen, obwohl er auch hierbei weder die CSU noch deren Vorsitzenden Strauß beim Namen nannte. Er habe in den vergangenen Wochen geschwiegen, auch mit Rücksicht auf die Europawahl, aber jetzt sei es an der Zeit, die „politische Wahrheit" unter die Leute zu bringen. In diesem Zusammenhang fiel der Hinweis Kohls auf, in Bayern habe die Union die größten Verluste hinnehmen müssen. Gemessen an der letzten Bundestagswahl habe die CDU nur 0,7 Prozent, die CSU jedoch *2,1 Prozent Einbußen zu verzeichnen.* Die CDU sei, ohne die CSU, gegenüber der SPD die stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik.

Bei der FDP analysierten Präsidium und Bundesvorstand das Ergebnis der Europawahl, bei der die Partei an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist. Teilnehmer berichteten, es habe „keine Schuldzuweisungen" gegeben. *Das schlechte Abschneiden* sei im wesentlichen auf das negative Erscheinungsbild der Freien Demokraten in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit zurückzuführen. Dabei habe auch der Verlauf des Parteitages in Münster Anfang Juni, auf dem Gen*scher sich nur noch für eine Amtszeit* von zwei Jahren zur Wiederwahl gestellt hatte, eine Rolle gespielt. Genscher räumte in den Beratungen ein, daß das 4,8-Prozent-Ergebnis für die FDP enttäuschend sei. Es seien jedoch bei der Wahlkampfführung keine Fehler gemacht worden. Vielmehr hätten die Spitzenkandidaten um Martin Bangemann hervorragend gearbeitet. Hinter dieser Aussage des FDP-Vorsitzenden steht offenkundig die Absicht, Bangemann müsse die Niederlage bei der Europawahl „unbeschadet" überstehen. Seit Tagen wird unter anderem Bangemann als kommender Bundesminister oder als nächster FDP-Vorsitzender genannt. Für ihn käme bei einem Rücktritt von Graf Lambsdorff das Bundeswirtschaftsministerium in Betracht. In letzter Zeit war wiederholt auch über eine Ablösung von Bundesjustizminister Engelhard (FDP) spekulkiert worden.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sprach von einem „saftigen Denkzettel" für die CDU/CSU und die FDP. Bundeskanzler Kohl hielt Brandt entgegen, die von ihm propagierte „linke Herausforderung" durch SPD und Grüne sei nicht erfolgreich gewesen. Kohl verwies auf die besonderen Wahlergebnisse in Baden-Württemberg, vor allem in den von Streiks am meisten betroffenen hochindustrialisiertren Regionen im Neckarraum. Hier bewegten sich die Verluste der SPD in zweistelligen Zahlen. Daraus könne man den Schluß ziehen, daß die Wähler Streiks keine Sympathien entgegenbrächten.

Mahnung aus Kiel

Mk. – Mahnungen aus Kiel gehören zwar inzwischen zum Ritual, was ihren Wert jedoch keineswegs mindert. Jetzt warnt das Institut für Weltwirtschaft in einer Untersuchung davor, die Zunahme der Investitionen, die im vergangenen Jahr registriert wurde, bereits als ein Zeichen dafür zu werten, daß sich die Ertragsaussichten für Sachkapitalanlagen merklich verbessert haben. So führt die Bundesregierung die höheren Investitionen auf ihren Konsolidierungskurs und auf die Maßnahmen zur Verbesserung der Unternehmenserträge zurück.

Nun gibt zwar auch das Institut zu, daß die Unternehmen merklich höhere Überschüsse erwirtschaftet haben. Zweifelhaft ist es nach der Analyse jedoch, ob der Produktionsbereich dazu überproportional beigetragen hat. Und selbst wenn dies der Fall wäre, dürfte die deutsche Wirtschaft von einer Rückkehr zu Sachkapitalrenditen, bei der mehr Investitionen in neue Produktionsanlagen attraktiv erscheinen, noch weit entfernt sein. Überdies fallen die Maßnahmen, die zu einer permanenten Entlastung der Unternehmen führen, kaum ins Gewicht. Daher führt das Institut die Investitionsbelebung auch auf die anregenden Wirkungen einer expansiven Geldpolitik und auf die Investitionszulage zurück.

Um das Investitionsklima grundsätzlich zu verbessern, müßten nicht nur Regulierungen abgebaut und die Lohnpolitik stärker an den betriebsbedingten Erträgen orientiert werden, sondern die Unternehmen müßten auch deutlich entlastet werden. Daran sollte bei der Steuerreform gedacht werden.

Angeklagt

ed. – Es ist schon ungewöhnlich, wie hart die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit der amerikanischen Fiskalpolitik ins Gericht geht. In ihrem Jahresbericht zeigt die Bank der Notenbanken die Folgen der Washingtoner finanzpolitischen Sünden mit einer Schärfe auf, welche die ganze Dramatik einer Entwicklung erkennen läßt, die ohne eine baldige drastische Rückführung des hohen US-Haushaltsdefizits unausweichlich zu werden droht. Die BIZ ist sicherlich keine Institution, die zur Panikmache neigt. Deswegen sollte man den Notenbankiers aus Basel das, was wie ein Horrorgemälde aussieht, als ernste Warnung abnehmen, die aus der Sorge um die Zukunft der Weltwirtschaft geboren ist. Die BIZ wirft damit die Frage nach der weltwirtschaftlichen Verantwortung der westlichen Führungsmacht auf, die sich um so mehr stellt, wenn man sieht, mit welcher Unbekümmertheit der US-Finanzminister die verheerenden Folgen des Budgetdefizits einfach leugnet.

BIZ-JAHRESBERICHT / Hauptprobleme sind Schuldenkrise und Arbeitslosigkeit

Nur ein stetiges und ausgewogenes Wachstum kann eine Lösung bringen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Nur bei stetigem und angemessenem Wachstum sind die beiden Hauptprobleme, die hohe Arbeitlosigkeit und die internationale Verschuldungssituation zu lösen. Anderenfalls würden sie höchstwahrscheinlich nicht mehr zu bewältigende Größenordnungen annehmen, warnt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Deshalb sollte das wichtigste Endziel für die Wirtschaftspolitik der westlichen Industrieländer darin liegen, die Überleitung des Aufschwungs in dauerhaftes und ausgewogenes Wachsstum sicherzustellen.

In seinen Schlußbemerkungen zum Jahresbericht der Baseler „Bank der Notenbanken" hebt BIZ-Generaldirektor Günther Schleiminger hervor, daß ein vorzeitiges Ende der Erholung ebenso vermieden werden müsse wie eine Überhitzung der Konjunktur, die letztlich in eine noch tiefere Rezession einmünden würde als die gerade überwundene. Damit solche Fehlentwicklungen nicht Platz greifen, müssen das Wiederaufleben inflationärer Tendenzen verhindert, die Dynamik der Investitionen – besonders in Europa – gestärkt und die Dollarzinsen gesenkt werden.

Schleiminger fordert eine Beibehaltung der maßvollen Geldpolitik, weil die Inflationserwartungen die tatsächliche Preissteigerungsrate noch immer übertreffen. Da der Prozeß der Desinflation nicht mehr durch fallende Rohstoffpreise gefördert wird, sollten sich die Industrieländer noch stärker als bisher auf die Mäßigung der internen Inflationsimpulse konzentrieren. Der kritische Bereich dabei sei der Arbeitsmarkt. Statt kaum wirksamer Einkommenspolitik sollten politische Maßnahmen getroffen werden, welche die tätigkeitsbezogene und regionale Mobilität der Beschäftigten erhöhen.

Der BIZ-Chef beklagt die Überalterung des Kapitalstocks in Westeuropa, der bisher keinerlei ausreichende Beschleunigung der Investitionen in den Wachstumsindustrien gegenüberstünde. Die Europäer sollten von den amerikanischen Erfahrungen lernen: Ihre Wirtschat brauche dringend höhere Gewinne, niedrigere Arbeitskosten im Vergleich zu den Kapitalkosten, mehr Entgegenkommen gegenüber unternehmerischen Initiativen und größere Flexibilität an den Arbeitsmärkten.

Wenn Ansätze in diese Richtung nicht weiterentwickelt würden, fürchtet Schleiminger, werde die Erholung aus den Investitionen nicht genügend Eigendynamik gewinnen, „um das unvermeidliche und sogar wünschenswerte Nachlassen des Aufschwungs in den USA zu überstehen".

Als besonders besorgniserregend bezeichnet die BIZ die vom strukurellen amerikanischen Haushaltsdefizit hochgetriebenen US-Zinsen. Sie forderten den Schuldnerländern zusätzliche Anpassungsbemühungen ab und trügen zu einer Überbewertung des Dollar bei, die zusammen mit der kräftigen Wirtschaftserholung in den USA ein riesiges Leistungsbilanzdefizit entstehen lasse. Auf Dauer könne es nicht hingenommen werden, daß Defizite in Staatshaushalt und Leistungsbilanz mit massiven Kapitalimporten zusammenfallen. Auch die USA könnten sich Zahlungsbilanzzwängen nicht entziehen.

Wenn nicht mit einer erheblichen Rückführung des Haushaltsdefizits eine „weiche Landung" ermöglicht werde, warnt Schleiminger, werde es eine Korrektur geben, welche die Gefahr hoher Zinssätze, weltweiter Störungen in Wirtschaft, Finanzsystem und Wechselkursen und schließlich eines steilen wirtschaftlichen Abschwungs in sich trage. Hintergrund dieses düsteren Szenarios ist die Befürchtung, daß Ausländer wegen des Leistungsbilanzdefizits mißtrauisch werden und nicht mehr mit Dollaranlagen das Defizit in Leistungsbilanz und Budget finanzieren.

Eine Änderung des finanzpolitischen Kurses in den USA, der auf das Zinsniveau einwirkt, hält die BIZ für um so dringlicher, als sie auf kurze Sicht kaum greifbare Ergebnisse einer Wirtschaftspolitik erwartet, die in Europa für mehr arbeitsintensive Investitionen, stärkere Lohnflexibilität und Beschäftigungsmobilität sorgt.

VORRUHESTAND

Steuerausfall bei einer Milliarde

HEINZ HECK, Bonn

Mit Steuerausfällen von deutlich über einer Milliarde Mark muß für 1984 durch die geplante Vorruhestandsregelung gerechnet werden. Offen ist, ob die Steuerschätzer diese Ausfälle in ihrer Neuberechnung berücksichtigen. Der Arbeitskreis Steuerschätzungen überprüft seit gestern die Ergebnisse vom 28. März für den Zeitraum von 1984 bis 1988.

Nach Berechnungen des Finanzministeriums sind Steuerausfälle von über einer Milliarde Mark zu erwarten, wenn 100 000 Arbeitnehmer von dem Angebot der Vorruhestandsregelung, also des Ausscheidens aus dem Berufsleben mit 58 Jahren, Gebrauch machen. Wie das Arbeitsministerium auf Anfrage mitteilt, kommen in den vier Branchen, für die die zuständigen DGB-Gewerkschaften diese Regelung mit ihren Tarifpartnern vereinbart haben oder noch vereinbaren wollen (Bau-Steine-Erden, Chemie-Papier-Keramik, Nahrung-Genuß-Gaststätten und Textil-Bekleidung) knapp 300 000 Arbeitnehmer in Betracht. Allerdings fehlen bisher Anhaltspunkte darüber, in welchem Ausmaß von diesem Angebot Gebrauch gemacht wird. Danach richten sich die tatsächlichen Ausfälle. Nach Absprache mit dem Arbeitsministerium hat das Finanzministerium eine Größenordnung von 100 000 unterstellt. Die betroffenen Unternehmen werden nach Abschluß der mit den Gewerkschaften auszuhandelnden Verträge entsprechende Rückstellungen in ihren Steuerbilanzen machen.

IMMOBILIEN

Versteigerungen oft vermeidbar

INGE ADHAM, Frankfurt

Immobilieneigentümer, die mit ihrer Finanzierung in Schwierigkeiten geraten, kommen oft zu spät zu ihrem Kreditinstitut, klagt die Deutsche *Bau- und Bodenbank AG, Frankfurt.* Ein rechtzeitiges Gespräch mit der finanzierenden Bank könne häufig dafür sorgen, daß Probleme noch im Vorfeld von Zwangsmaßnahmen bereinigt werden können.

Der Wunsch, früh eingeschaltet zu werden, hat handfeste Hintergründe: Bei ihren Zwangsversteigerungsverfahren erzielte die Bauboden, die mit ihren knapp acht Millionen Mark Ausfällen im vergangenen Jahr beileibe keine Spitzenposition unter den Hypothekenbanken einnimmt, gut ein Fünftel weniger als Forderungen zu realisieren waren; in ländlichen und strukturschwachen Gebieten können die Ausfälle sogar 40 Prozent erreichen, da die amtlichen Verkehrswerte bei der Zwangsversteigerung häufig nur mit 80 Prozent der ursprünglichen Herstellungskosten angesetzt werden.

Die Zwangsversteigerungsverfahren konzentrieren sich nach Beobachtungen der Bauboden vor allem auf Finanzierungen aus den letzten vier bis fünf Jahren, in denen bemerkenswert teure Objekte besonders hoch finanziert wurden. Angesichts der jetzt schon spürbaren Zurückhaltung am Immobilienmarkt, wobei der Norden weitaus problematischer als der Süden der Bundesrepublik ist, rechnet die Bauboden mit einem stark reduzierten Wohnungsneubau.

Schwierige Energiepolitik

Von DOMINIK SCHMIDT

Die Sorgen von einst haben sich verflüchtigt: Niemand in der Bundesrepublik spricht heute noch von drohenden Energielücken, vom möglichen „Blackout". Die Prognosen zu Zeiten der Ölkrise haben sich als falsch erwiesen. Weder hat es je ernstzunehmende Versorgungsschwierigkeiten bei der Lieferung von Primärenergie gegeben, noch – und dies ist entscheidend – sind die damals avisierten Zuwachsraten beim Energieverbrauch nur annähernd realisiert worden. Politik und Energiewirtschaft sind Fehleinschätzungen erlegen, Irrtümern, unter deren Konsequenzen jetzt gelitten wird.

Ein Beispiel dafür ist das Salzkohlekraftwerk Buschhaus bei Helmstedt, das als „Schwefelschleuder der Nation" seit Monaten bundesweit die Gemüter erhitzt. Der Bau des Kraftwerks, der Investitionen von rund 850 Millionen Mark erforderte, war 1978 von der niedersächsischen Landesregierung genehmigt worden. Damals war von einer Verordnung für Großfeuerungsanlagen noch nicht die Rede. Der Betreiber des Kraftwerks pocht jetzt auf die Betriebsgenehmigung, trotz aller Widerstände. Die exponierte Lage des Kraftwerks, in dem die stark schwefelhaltige Salzkohle verfeuert werden soll, hat nicht nur Umweltschützer in Niedersachsen auf den Plan gerufen. Proteste hagelt es zugleich aus Berlin und aus der „DDR".

Als Ausweg bleibt der Einbau einer Entschwefelungsanlage, ein allerdings für alle Seiten teurer Kompromiß. Der Preis einer solchen wirkungsvoll arbeitenden Anlage und der nachträgliche Einbau verursacht Kosten von weit über 200 Millionen Mark und würde zudem mindestens drei Jahre dauern. Die BKB kann und will diese Summe nicht finanzieren. Also wird die öffentliche Hand einspringen. Hilfen des Landes für eine Übergangszeit, des Bundes und der Europäischen Gemeinschaft werden wohl vor dem Hintergrund eines drohenden Rechtsstreits auch gewährt.

Anders gelagert ist ein weiteres energiepolitisches Thema, das derzeit in Hannover Wellen schlägt. Die Stadtwerke, die vor den Toren der Landeshauptstadt ein Kohle-Heizkraftwerk errichten wollen, dürfen dies nicht tun. Das Wirtschaftsministerium untersagte den Bau mit dem Hinweis auf die Preiswürdigkeit und die Sicherheit der Stromversorgung. Kein politisch Verantwortlicher, so erklärt Wirtschaftsministerin Birgit Breuel heute, dürfe vor den Tatsachen eines „mehr als ausreichenden Stromangebots", dem in Hannover vergleichsweise ungünstigen Endverbrauchspreis und der „trotz aller Auflagen nicht gerade umweltfreundlichen Primärenergiebasis Kohle" die Augen verschließen.

Anstatt das Heizkraftwerk Höver selbst zu bauen, sollen die Stadtwerke ein Angebot des größten niedersächsischen Stromversorgers, der Veba-Tochter Preußenelektra, akzeptieren. Das Unternehmen hatte den Stadtwerken einen langfristigen Liefervertrag offeriert, der nach einem Gutachten um 200 Millionen Mark günstiger liegt als die geplante Eigenerzeugung in Höver. Dies wiederum bestreiten die Stadtwerke. Bisheriger Höhepunkt des Streits, der sich zu einem Machtkampf zwischen der SPD-regierten Stadt Hannover und der CDU-Landesregierung ausgewachsen hat, war die Ablösung des Stadtwerke-Aufsichtsratsvorsitzenden Siegfried Hanne (CDU).

Energiepolitik in Niedersachsen, so scheint es, ist schwieriger zu handhaben als anderswo. Möglicherweise beeinflußt diese Einschätzung auch die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen in ihrer für den Herbst angekündigten Entscheidung, die Wiederaufarbeitungsanlage nicht in Dragahn, sondern im bayerischen Wackersdorf zu errichten. Zwar wird von allen Beteiligten darauf verwiesen, daß eine Vorentscheidung bislang nicht getroffen worden ist. Die ablehnende Haltung der SPD zu dieser Anlage indes dürfte nicht ohne Wirkung bleiben.

Mit einiger Spannung blickt die Öffentlichkeit in Niedersachsen auf die in dieser Woche anstehende Landtagssitzung, auf der die Themen Buschhaus, Höver und Dragahn debattiert werden sollen. Endgültige Klarheit wird es sicher auch danach zu keinem dieser Punkte geben, allenfalls eine Bestätigung der bisherigen Positionen. Ob aber der SPD-Spitzenpolitiker Johann Bruns gut beraten ist, in Sachen Energiepolitik öffentlich Wetten anzubieten, mag dahingestellt bleiben.

AUF EIN WORT



„In der Unübersichtlichkeit hat das Weinrecht, verteilt in Brüsseler, Bundes- und Länderrecht, einen einsamen Rekord erzielt."

Dr. Reinhard Muth, Präsident des Deutschen Weinbauverbandes, Bonn.
FOTO: SANDEN/dpa

Neuverschuldung deutlich reduziert

rtr, Wiesbaden

Die öffentlichen Haushalte haben nach Berechnungen des statistischen Bundesamtes ihre Neuverschuldung 1983 gegenüber dem Vorjahr deutlich auf 59,0 (71,9) Mrd. DM reduziert. Wie das Amt mitteilte, waren sie aufgrund der entspannteren Situation am Kreditmarkt zudem in der Lage, verstärkt Schulden mit längeren Laufzeiten aufzunehmen. Fast drei Viertel (71,7 Prozent) aller aufgenommenen Verbindlichkeiten wiesen Laufzeiten von mehr als vier Jahren auf, nach 71,2 Prozent im Vorjahr.

Insgesamt beliefen sich die fundierten Schulden der öffentlichen Haushalte am 31. Dezember 1983 (ohne die der Verwaltungen untereinander) auf 665,0 Mrd. DM und damit auf 9,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Verbindlichkeiten des Bundes, einschließlich Lastenausgleichsfonds, wuchsen um 10,7 Prozent auf 341,6 Mrd.

Die Kapitalflucht stoppen

cd. Frankfurt

Ohne weiteres wirtschaftliches Wachstum werde sich auch die internationale Schuldenkrise nicht bewältigen lassen. Doch Wachstum allein bringe noch keine Lösung der Probleme, betont die BIZ, die übrigens die Besserung der Zahlungsbilanzsituation in Lateinamerika mit einer erheblichen Portion Skepsis betrachtet, weil sie in erster Linie drastischer Importdrosselung zu verdanken ist und nicht einer Politik der Stärkung von Exportanreizen, wie sie zum Beispiel asiatische Länder mit Erfolg betrieben haben.

Nicht nur die „introvertierte Entwicklungspolitik auf der Basis von Importsubventionen" kritisiert die BIZ, sondern auch, daß die lateinamerikanischen Staaten ihr Haus nicht so in Ordnung bringen, daß *endlich die Kapitalflucht aufhört und* Fluchtkapital wieder zurückkehrt. Von der übrigen Welt werde zuviel verlangt, wenn von ihr die Ausführung von Entwicklungsaufgaben erwartet werde, welche die Staatsangehörigen der betreffenden Länder selbst nicht übernehmen wollen. Zugleich rechnet die BIZ den Lateinamerikanern vor, daß die Bürde der hohen Zinsen eindeutig weniger furchterregend aussähe, wenn man sie mit den im Ausland verbleibenden Erträgen von Fluchtkapital verrechnen würde.

Die Industrieländer werden ermahnt, ihre Märkte weiter offenzuhalten. Eine Abschottung gegen Importe aus den Entwicklungsländern schüfe Explosivstoff. Den Banken bleibe – auch im eigenen Interesse – nichts weiter übrig als im Zusammenhang mit IWF-Sanierungsprogrammen weitere Kredite zu geben, die allerdings nur Lücken füllten. Die BIZ plädiert dafür, die Finanzierungen der Banken an konkrete Entwicklungsinvestitionen zu binden. Denn allgemeine Leistungsbilanzkredite finanzierten zum Teil doch wieder nur die Kapitalflucht, läßt die BIZ durchblicken.

BAUGEWERBE

Investitionsbereitschaft schwächt sich deutlich ab

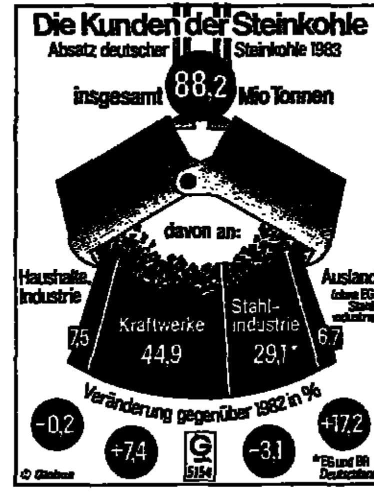
DANKWARD SEITZ, München

Mit einer deutlichen Revision ihrer Investitionsbudgets nach unten haben die Unternehmen des Baugewerbes inzwischen auf die schlechteren Aussichten für den weiteren Verlauf der Baukonjunktur reagiert. Nach den neuesten Umfrageergebnissen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, ist für 1984 allenfalls noch mit einer leichten nominalen Investitionserhöhung in der Größenordnung von etwa fünf Prozent zu rechnen. Im Laufe des Jahres könnte sich diese Rate sogar noch so weit abschwächen, daß von den Firmen insgesamt weniger investiert wird als 1983.

Bei der letzten Befragung im Herbst vergangenen Jahres hatten die am Investitionstest beteiligten rund 650 Bauunternehmen, auf die etwa ein Fünftel der Investitionen und knapp 30 Prozent der Umsätze der Branche entfallen, geplant, ihre Investitionen 1984 um 15 Prozent aufzustocken. 1983 waren die Bruttoanlageinvestitionen im Baugewerbe nach den Einbrüchen in den Jahren 1981 und 1982 (minus 24 bzw. 17 Prozent) angesichts der zum Teil kräftigen Erholung der Baukonjunktur um 16 Prozent auf 3,65 Milliarden Mark angehoben worden. Ihren bislang höchsten Stand hatten sie 1979 mit 5,0 Milliarden Mark erreicht.

Im Vordergrund der Investitionstätigkeit steht nach Erkenntnissen des Ifo auch 1984 bei den meisten Unternehmen (73 Prozent) wieder die Ersatzbeschaffung. Insbesondere gilt dies für den Tiefbau (88 Prozent). Auf Rationalisierungen wollen sich 26 Prozent aller Firmen konzentrieren, wobei hier der Schwerpunkt im Bereich Hochbau liegt (38 Prozent der Unternehmen). Kapazitätserweiterungen spielen keine Rolle.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Eine leichte Absatzbelebung für den deutschen Steinkohlebergbau brachte das Jahr 1983. Daran war vor allem die deutsche Kraftwerkswirtschaft beteiligt. Ihre Abnahmen stiegen um 7,4 Prozent auf fast 45 Millionen Tonnen. QUELLE: GLOBUS

Stromverbrauch steigt kontinuierlich

Frankfurt (VWD) – Auf den kontinuierlichen Anstieg des Stromverbrauchs in der Bundesrepublik weist die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt hin. Seit dem zweiten Quartal 1983 stehe das Konjunktur-Barometer Strom auf hoch: In dieser Zeit war der Verbrauch aus dem Netz der öffentlichen Versorgung gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 2,9 Prozent gewachsen, im dritten und vierten Quartal um 4,1 und 6,9 Prozent. Für das gesamte Jahr ergab sich ein Zuwachs um 3,4 Prozent.

Wende angemahnt

Bonn (HH) – Die deutsche Wirtschaft fürchtet, daß aus der Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer mit dem Ziel der Leistungsmotivation nur ein Torso wird. DIHT-Präsident Wolff von Amerongen hat die höhere Vorsteuerpauschale in der Landwirtschaft als Indiz dafür gewertet, daß in der Subventionspolitik „alles beim alten" bleibe. Allein mit der deutlichen Verringerung des Haushaltsdefizits sei „Bonn nicht aus dem wachstumspolitischen Obligo". Die Regierung habe eine Senkung der Staatsquote über eine Senkung der Steuerlast versprochen. Der Staat beanspruche aber immer noch fast die Hälfte des Bruttosozialprodukts.

Ruhige Spotmärkte

Manama/Rotterdam (dpa/VWD) – Der Ölexport und die Tankerschiffahrt sind im Persischen Golf ungeachtet der fortbestehenden Gefahren aus dem iranisch-irakischen Krieg „weitgehend auf dem Weg zur Normalisierung". Der Tankerverkehr nimmt wieder etwas zu. Auch die Entwicklung an den Spotmärkten ist unverändert ruhig. Wie aus Rotterdam gemeldet wird, haben Ölverkäufer Mühe, Abnehmer zu finden.

Stetige Geldpolitik

New York (VWD) – Das US-Notenbanksystem wird nach Auffassung von Henry Kaufman seinen gegenwärtigen geldpolitischen Kurs beibehalten. In seinen jüngsten „Comments on Credit" schreibt der Chef-Volkswirt der Salomon Brothers, trotz der in den nächsten Wochen erwarteten starken privaten Kreditnachfrage sei nicht mit einem Anziehen der Zügel zu rechnen. Ein mäßiges Geldmengenwachstum, eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums und die Unsicherheiten über die Argentinien-Schulden dürften das Federal Reserve System zu einem stetigen Kurs veranlassen.

Quellensteuer beseitigen

Washington (VWD) – Im Rahmen der derzeitigen Steuerkonferenz zwischen Repräsentantenhaus und Senat solle die 30prozentige Quellensteuer auf Zinsen, die an Ausländer gezahlt werden, abgeschafft werden. *Eine tatkräftige Unterstützung dieses Plans fordern* führende Mitglieder des Bewilligungsausschusses des Repräsentantenhauses in einem Brief an dessen Vorsitzenden, Dan Rostenkowski.

Preise gesunken

Wiesbaden (VWD) – Der Index der Großhandelspreise ist im Mai gegenüber dem Vormonat um 0,2 Prozent gesunken. Im Mai lag der Index 4,1 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresmonat, nach 4,9 im April und 5,4 Prozent im März.

POST

Minister legt Konzept vor

rtr, Stuttgart

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling hat gestern ein weitreichendes Gesamtkonzept für das Fernmeldewesen und das Kabelfernsehen vorgestellt, mit dem nach seinen Worten auch dem Streit „Kupfer oder Glasfaser" die Spitze genommen werden soll. Wie der Minister anläßlich der „telematica" in Stuttgart sagte, soll das Telefonnetz auf digitaler Basis modernisiert werden. Beim Kabelfernsehen werden weiterhin Kupferkabel verwendet. Zusätzlich sollen Glasfasernetze aufgebaut werden.

Investitions- und Modernisierungsschwerpunkt werde das Telefonnetz sein. Im kommenden Jahr wird die Post nach den Worten des Ministers mit der Ablösung der analogen durch die digitale Vermittlungstechnik beginnen, die die Voraussetzung für das sogenannte digitale dienstintegrierte Fernmeldenetz (ISDN) schafft. Über ISDN könne dann etwa von 1988 an mit der Abwicklung schmalbandiger Text-, Sprach- und Datendienste begonnen werden. 1985 nimmt auch ein Fernmeldesatellit den Betrieb auf.

Die neuen ISDN-Dienste werden auf der Grundlage des herkömmlichen Telefonnetzes mit schmalbandigen Kupferkabeln abgewickelt. Die vollständige Digitalisierung soll im Jahr 2020 erreicht sein. Bis zur Jahrhundertwende dürften annähernd alle Fernleitungen und etwa ein Drittel aller Hauptanschlüsse über digitale Vermittlungsstellen laufen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Baden-Baden: Güla Verpackungs-, Herstellungs- u. Vertriebs-GmbH, Bühl; **Bad Iburg:** Winfried Reitzer, Georgmarienhütte; **Berlin Charlottenburg:** Ges. f. Luft- u. Klimatechnik mbH; Detmold: Günther Menzel; **Essen:** Adolf Kormann; Heiming Verwaltungsges. mbH; **Heilbronn:** HISKO-Industrieanlagen-Vertriebs-GmbH, Sontheim; **Lübeck:** Lubeca-Handelsges. mbH; **Meldorf:** Nitsch GmbH, Baugeschäft, Nindorf; **Peine:** Nachl. d. Anna Schubert geb. Zimmermann, Hohenhameln; **Reutlingen:** Baur Strickwarenfabrik GmbH, Bad Urach; **Wuppertal:** Manfred Hochstein GmbH, Velbert 1; Nachl. d. Elisabeth Oberbeck geb. Krämer.

Vergleich beantragt: Alsfeld: dumey Geflügelspezialitäten GmbH, Gemünden/Felda 3.

NAMEN

Hans Günter Borgmann, Bottrop-Kirchhellen, wurde zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Münster gewählt. Er wird am 1. Juli Nachfolger von **Carl-Hinderich Schmitz**, Emsdetten, der nicht wieder kandidiert hatte.

Ludwig Seidenthal, Finanzdirektor der europäischen Goodyear-Zentrale in Brüssel, wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Goodyear GmbH, Köln, berufen. Er ist Nachfolger von **Alan L. Ockene**, bisher Vizepräsident der europäischen Zentrale, der zur Übernahme eines neuen Wirkungskreises in die Vereinigten Staaten zurückkehrte.

Dr. **Hans W. Messing**, langjähriger Geschäftsführer, Gesellschafter und Chairman der Frankfurter Werbeagentur Benton & Bowles wird heute 60 Jahre.

Alfred Jeck, Sprecher des Vorstandes der Wasag-Chemie AG, Essen, und Geschäftsführer der WNC-Nitrochemie GmbH, Aschau, vollendet am 20. Juni das 60. Lebensjahr.

KARSTADT / „Was uns der Streik an Umsatz nimmt, kehrt niemals wieder" – 1984 wieder befriedigendes Ergebnis

Rendite-Erfolg aus der Rationalisierung

JOACHIM GEHLHOFF, Essen

Etwas besser als der Durchschnitt seiner Branche ist Europas größter Warenhauskonzern, die Essener Karstadt AG, in den ersten fünf Monaten von 1984 mit einer Umsatzminusrate von 1,5 Prozent seiner 158 Warenhäuser und Spezialgeschäfte davongekommen, was preisbereinigt immerhin ein Umsatzminus von 3,3 Prozent bedeutete. Im Trauerchor mit den Konkurrenten beklagen auch Vorstandssprecher Walter Deuss und seine Vorstandskollegen die Folgen des fatalen Dreigestirns aus allgemeiner Eintrübung des Konsumklimas, miesem Wetter und „deutlicher Verunsicherung" der Kunden durch den Streik in Metall- und Druckindustrie. Was der Streik an Umsatzausfall bringe, sei zumal bei Lebensmitteln und Saisonware nie mehr aufzuholen.

Im ersten Tertial 1984 freilich, so heißt es nun im jüngsten Zwischenbericht des Konzerns, sei das Betriebsergebnis, das sich bei der AG 1983 um immerhin 38 Prozent auf 215 Mill. DM verbesserte, trotz schon 1,1 Prozent Umsatzminus der 158 AG-Niederlassungen auf Vorjahreshöhe geblieben. Grund genug für Deuss, bei allem Prognose-Vorbehalt für 1984 auf ein „wiederum befriedigendes" Ergebnis zu hoffen, das bei der Ertragsverwendung die angestrebte Kontinuität in Dividende wie in Rücklagenstärkung erlauben solle.

Das ist keine allzu kühne und wiederum vor allem auf die eigene Rationalisierungskraft des Konzerns gestützte Erwartung. Schon 1983 kam bei Stagnation des realen Umsatzes und nur hauchdünner Verbesserung der Warenhaus-Handelsspanne der steile Ertragsaufstieg vornehmlich aus Rationalisierungs- und Produktivitätserfolgen. Bei dem im Warenhausgeschäft stets kritischsten Kostenfaktor, dem bei gesunkener Mitarbeiterzahl noch gestiegenen Personalaufwand, ist dieser Erfolg nur deshalb nicht zu sehen, weil die Pensionsrückstellungen mit 120 (-) Mill. DM Neudotierung, davon 67 Mill. DM aus dem Betriebsergebnis, bedacht wurden. Damit wurde auch die Anpassung an die neuen Sterbetafeln auf einen Schlag erledigt.

Die gleichwohl ausgewiesene Verbesserung im AG-Jahresüberschuß um 32,2 Mill. DM oder um 55,3 Prozent stammte (nach Steuern) auch nur mit 13 Mill. DM daraus, daß die beiden Frankfurter Töchter NUR Touristic GmbH und Neckermann Versand AG die Mutter 1983 nur noch mit 38,8 (73) Mill. DM Verlustausgleich belasteten. Die 20 000 Eigentümer von 360 Mill. DM Karstadt-Aktienkapital (je etwa 30 Prozent Commerzbank und Deutsche Bank, ein Zehntel Schweizer Opel-Erben) profitieren vom Gewinnanstieg mit Dividendenaufbesserung auf 7 (6) DM, wobei der Vorstand darauf hinweist, daß man mit nun 40 (15) Mill. DM Rücklagendotierung die „Scheingewinne" (aus Abschreibungsdifferenz zu den höheren Wiederbeschaffungswerten) nur zu etwa 70 Prozent ausgleiche.

In der Hauptversammlung am 16. Juli sollen die Aktionäre auch der formellen Eingliederung der Neckermann Versand AG (Beteiligung 95,07 Prozent von 137,4 Mill. DM Aktienkapital) in die Karstadt AG zustimmen. Grund der Eingliederung: Bei der Versandtochter, die 1983 aus 1,63 (1,62) Mrd. DM Umsatz noch 32 (62) Mill. DM Verlustausgleichslast für die Mutter brachte,(Umsatzplus bis Ende Mai: 5,4 Prozent) soll der „noch beschwerliche" Weg in die Gewinnzone durch Nutzung „aller synergetischen Möglichkeiten" im engen Konzernverbund abgekürzt werden. Vorstandskommentar zur 3:1-Abfindung der freien Aktionäre durch Karstadt-Aktien: Auf echter Ertragsbasis laut Wirtschaftsprüfergutachten wäre die Abfindungsrelation nur 3,5:1; auf Substanzwertbasis nur „minimalst".

Auch das ein Hinweis auf Karstadts reiche Substanz. Sie wird seit Jahren schon auch dadurch größer, daß die Konzern-Verkaufsfläche von 1,27 Mill. qm kaum noch wächst (allerdings zugunsten von „Spezialhäusern" mit nun gut 11 Prozent Flächenanteil umgeschichtet wird) und daß der nun um mehr als die Hälfte über die Investitionen hinausragende Netto-Cash-flow zum Schuldenabbau genutzt wird. Bereits 1983 war bei der AG die Nettoverschuldung nur noch 2,8 (3,9)mal so groß wie der Netto-Cash-flow. Deuss: „Das zeigt unser äußerst solides finanzielles Fundament." Das Eigenkapital von 1,33 (1,31) Mrd. DM erreicht nun die komfortable Quote von 35 (34) des AG-Bilanzvolumens und ist 3,7 (3,6)mal so groß wie das Aktienkapital.

Karstadt-Konzern	1983	±%
Umsatz (Mill. DM) [1]	12 269	+ 1,4
dav. Warenhäuser [1] [2]	9411	+ 1,9
in DM/qm [3]	7364	+ 0,8
in DM/Kopf	184 900	+ 7,1
Beschäftigte (31.12.)	70 726	- 4,4
dav. Karstadt AG [3]	55 390	- 5,5
Personalaufwand	2412	+ 5,2
Gesamtinvestitionen	209	- 2,4
Netto-Cash-flow	370	+20,9
Nettoergebnis [4]	113	+91,4
AG-Jahresüberschuß	90,4	+55,3
Ausschüttung	50,4	+16,7

[1]) Mit MWSt.; [2]) Ohne Reisegeschäft; [3]) Umgerechnet auf volle Arbeitszeit; Jahresdurchschnitt; [4]) Nach DVFA-Formel 15,75 (8,28) DM je Aktie, bei AG allein 18,20 (13,30) DM.

BAUBODEN / Erstmals wieder 6 Prozent Dividende

Konsolidierung beendet

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Deutsche Bau und Bodenbank AG (Bauboden), Frankfurt, zeigt mit ihrem jetzt vorgelegten Jahresabschluß 1983 auch nach außen, daß sie wieder festen Boden unter den Füßen hat. Erstmals seit 1974 zahlt sie wieder ihre früher übliche Dividende von 6 Prozent auf 95,3 Mill. DM Grundkapital, das mehrheitlich bei der Deutschen Pfandbriefanstalt liegt.

Die Konsolidierung hat damit ihren Abschluß gefunden, betont Vorstandssprecher Franz Bassler, der Ende September in den Aufsichtsrat wechselt und seinem Nachfolger Thilo Köpfler damit ein wohlbestelltes Haus hinterläßt: Die in den Krisenjahren notwendigen Hilfen von rund 300 Mill. DM stecken inzwischen als stille Reserve in der Bank, erinnerte Bassler; der steuerliche Verlustvortrag wurde voll ausgenutzt. Sein Auslaufen ließ die Steuerposition in der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank auf 48,8 (5,3) Mill. DM steigen, so daß die Erfolgsrechnung mit einem auf 23,3 (39,2) Mill. DM gesunkenen Jahresüberschuß schließt. In die offenen Rücklagen fließen insgesamt 15,5 Mill. DM; sie machen dann 145,5 Mill. DM aus. Mit 14,3 Mill. DM wurden die stillen Reserven nach Paragraph 26 a KWG weiter verstärkt. Die haftenden Eigenmittel machen jetzt 3,8 Prozent der um 10 Prozent auf 6,8 (6,2) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme aus.

Insgesamt sagte die Bauboden im vergangenen Jahr mit einem steigenden Anteil an Einzelkunden 2,2 Mrd. DM neue Kredite im Eigengeschäft zu, 12 Prozent mehr als im Vorjahr; die gesamten Kreditzusagen machten am Jahresende knapp 5,2 (4,8) Mrd. DM aus. Auch im Geschäft der Bauboden macht sich die derzeit im Wohnungsbau typische Verzögerung zwischen Erteilung der Baugenehmigung und dem tatsächlichen Baubeginn bemerkbar: Trotz der gestiegenen Zusagen blieb die Kreditinanspruchnahme mit 3,88 Mrd. DM unverändert.

Im Treuhandgeschäft (überwiegend für die Depfa) wurden 689 (406) Mill. DM neu zugesagt, insgesamt werden am Jahresende gut 2,5 Mrd. DM Treuhanddarlehen verwaltet.

Wachsende Bedeutung gewinnt für die Bauboden auch der Dienstleistungsbereich Rechenzentrum, in dem inzwischen für Dritte gut zwei Millionen Wohnungen betreut werden und der gegen einen härter werdenden Wettbewerb weiter ausgebaut werden soll. Eeine wachsende Zahl von Zwangsmaßnahmen signalisiert die Notwendigkeit einer stärkeren Bonitätsprüfung der Kreditnehmer.

DUB-SCHULTHEISS / Umsatzrendite klettert

Stabiles Faßbiergeschäft

HANS BAUMANN, Dortmund

Wer bei sinkenden Ausstoßzahlen beim Bier das Kunststück fertigbringt, seine Umsatzrendite steigen zu lassen, der muß nicht unbedingt zaubern können. Es genügt, billigere Marken gegen teurere auszutauschen. Und das gelingt der Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei AG, Berlin und Dortmund, nun schon seit Jahren. 40 Prozent des Ausstoßes waren im Geschäftsjahr 1983 nach Auskunft der Verwaltung im Premium-Preissegment angesiedelt. Das ist ein Plus von rund 4 Prozent. Herausragten die Marken Ritter First mit plus 9,1 Prozent und Brinkhoff's No. 1 mit plus 7,8 Prozent. Auf Billigmarken entfallen nur noch rund 10 Prozent.

Obwohl im Berichtsjahr keine Preiserhöhung vorgenommen werden konnte, lagen die Erlöse aus dem Getränkeverkauf in der Gruppe um 1,1 Prozent über denen des Vorjahres. Daß die Umschichtung beim Bier zu höherpreisigen Marken gelang, beweist die Tatsache, daß die Erlöse je Hektoliter verkauften Bieres um 1,7 Prozent über denen des Vorjahres lagen. Beim Altbier (über 750 000 hl) mußten leichte Absatzbußen hingenommen werden. Kölsch legte mit 430 000 hl rund 2,9 Prozent Ausstoß zu.

Mit Erfolg arbeitet der größte deutsche Getränke- und und Bierkonzern an der Stabilisierung seines Faßbiergeschäftes. Es konnte im Berichtsjahr mit 35,8 Prozent des Ausstoßes gehalten werden. Der Vergleich der Branche hierzu: Der Faßbieranteil ging von 26,8 auf 26,5 Prozent zurück. Hier wird die Arbeitsmarktlage sichtbar.

„Mehr als nur Deckungsbeiträge", so Vorstandssprecher Frank Wedekind, brachte das Auslandsgeschäft. Hier stieg der Absatz um 8,4 Prozent auf jetzt 170 000 Hektoliter mit einem Faßbieranteil von rund 50 Prozent. Als außergewöhnlich gut werden die Erfolge in Großbritannien, Luxemburg und in den Niederlanden bezeichnet. Bei den alkoholfreien Getränken legte Apollinaris 4,3 Prozent auf jetzt fast 2,5 Mill. Hektoliter zu. Aus dieser Quelle flossen der Mutter allein 12,2 (10,5) Mill. DM zu.

Ausgewiesen wird wieder ein Bilanzgewinn von 21,2 Mill. DM, aus dem der Hauptversammlung am 4. Juli eine „voll erwirtschaftete" Dividende von wieder 14 Prozent auf 151 Mill.DM Aktienkapital vorgeschlagen wird. Außerordentliche Erträge brauchten dazu nicht herangezogen zu werden. Einschließlich Steuergutschrift erhalten die Aktionäre 21,88 Prozent. Daß das Ergebnis 1983 gehalten werden konnte, ist um so bemerkenswerter, als die DUB-Schultheiss rund 6,6 Mill. DM außerordentliche Aufwendungen verkraften mußte.

Für 1984 ist ein Investitionsvolumen von 114,8 Mill. DM für die Gruppe geplant. Auf die Betriebsstätten der AG entfallen davon über 61 Mill. DM. Wie hoch der Aufwand für den Markt sein wird, verschwieg der Vorstand, er nannte den Anteil jedoch „wesentlich". Die Ausleihungen mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren stehen jetzt mit 108 (102) Mill. DM zu Buche. Die Werbeaufwendungen für rund 20 Marken wurden vor einem Jahr mit rund 60 Mill. DM angegeben. Dieser Aufwand soll verstärkt werden. Der Cash-flow und die weiter gestiegene Liquidität zeigen eine wohl gerüstete DUB-Schultheiss für einen Wettbewerb, der noch härter werden wird.

DUB-Schultheiss	1983	±%
Umsatz Konzern (Mill. DM)	1198	+ 1
Absatz (Konzern)		
Bier (Mill. hl)	6,60	- 1,2
Alkoholfr. Getränke	3,13	+ 2,7
Belegschaft	6237	- 3,6
Brutto-Cash-flow [1]) (Konzern) Mill. DM	199	5,6
in % d. Umsatzes	16,6	(15,9)
Nettogewinn [2])	25,36	+ 0,8
in % d. Umsatzes	2,11	(1,98)
Sachinvestitionen (Konzern)	115	- 7,5
Netto-Cash-flow [1])	146	+ 11,7

[1]) Jahresüberschuß + Zuf. zu langfr. Rückst. + Abschr. ± ao. Positionen + EEV-Steuern; netto: minus EEV-Steuern, minus Dividendensumme. [2]) Gewinn je Aktie 50 DM nom. (Konzern): 8,36 (7,77) DM ohne Steuergutschrift.

EDEKA-GRUPPE / „Überraschend gut" entwickelt

Supermärkte liegen im Plan

JAN BRECH, Hamburg

Als vollen Erfolg wertet die Handelsgruppe Edeka den Einsatz ihres Niedrig-Preis-Programms „Die Alternativen", mit dem Terrain gegenüber den Discountunternehmen zurückgewonnen werden soll. Wie der Vorstandssprecher der Edeka Zentral AG, Hans-Jürgen Klußmann, in Hamburg erklärte, sei der Verbraucher mit einem Sortiment dauerhaft preisgünstiger Artikel des täglichen Bedarfs offenbar mehr zu überzeugen als mit den üblich gewordenen wöchentlichen Sonderangeboten. Das Niedrigpreis-Sortiment, das die Edeka als Antwort auf die „no names" versteht, wird gegenwärtig um Frischwaren ergänzt. Den Anteil des Programms am Edeka-Gesamtumsatz schätzt Klußmann auf 1 bis 2 Prozent.

Die Entwicklung der größten europäischen genossenschaftlichen Handelsgruppe im Berichtsjahr 1983 insgesamt bezeichnet der Vorstandssprecher des Edeka Verbands, Helmut Stubbe, auf allen Stufen als „überraschend gut". Bei einem „knochenharten Wettbewerb" hätten die rund 17 000 selbständigen Edeka-Kaufleute mit etwa 18 700 Geschäften den Umsatz nominal um 3,4 Prozent auf real um 1,2 Prozent auf 21,2 Mrd. DM gesteigert. Erfreulich seien zudem die Veränderungen in der Betriebsstruktur und die Entwicklung der Verkaufsfläche gewesen. Rund 70 Prozent des Edeka-Umsatzes entfielen inzwischen auf Betriebe mit jährlich mehr als 1 Mill. DM Umsatz. Die Verkaufsfläche hat sich nach Angaben von Stubbe netto um 41 000 qm auf 2,843 Mill. qm erhöht.

Beträchtliche Leistungssteigerungen seien, so Stubbe, auch auf der Großhandelsstufe erzielt worden. Die 33 Großhandelsbetriebe, mit einem durchschnittlichen Umsatz von 437 Mill. DM, erreichten einen Gesamtumsatz von 14,4 Mrd. DM (plus 0,5 Prozent). Der Konzentrationsprozeß bei den Großhandelsbetrieben soll fortgesetzt werden. Verbundmaßnahmen sind bei den noch verbliebenen sechs Betrieben notwendig, die bei einer Umsatzgröße von 200 Mill. DM liegen. In den Jahren 1984/85 dürfte durch weitere Kooperationen die durchschnittliche Betriebsgröße auf rund eine halbe Mrd. DM steigen.

Im Plan, so erklärte Stubbe, liege die Edeka bei den von ihr gemieteten 58 Horten-Supermärkten, deren Umsatz 1983 um 1,3 Prozent auf 672 Mill. DM zurückgegangen ist. Bei einigen großen Betrieben habe man die Durststrecke hinter sich, einige andere hätten noch einen schwierigen Weg vor sich. Trotz aller Probleme, so betont Stubbe nachdrücklich, sei die Edeka von dem Geschäft mit Horten nach wie vor überzeugt und sehe keinen Anlaß, den zunächst für 15 Jahre abgeschlossenen Mietvertrag vorzeitig zur Diskussion zu stellen. In die Ausstattung der Horten-Supermärkte seien bislang rund 30 Mill. DM investiert worden.

Das Ergebnis der Edeka Zentrale AG als warenwirtschaftliche Zentrale der Organisation bezeichnet deren Vorstandssprecher Klußmann als „sehr solide". Der Umsatz erhöhte sich um 5,1 Prozent auf 10,3 Mrd. DM, wobei die Bezüge der Großhandelsbetriebe über die Zentrale beträchtlich zugenommen haben. Das kräftige Wachstum hat in den ersten Monaten dieses Jahres angehalten. Die Zuwachsrate von 5,5 Prozent, so Klußmann, spiegele einmal die starke Geschäftsausweitung der Edeka Fruchtkontore mit nominal fast 20 Prozent wider. Zum anderen habe die Zentrale das Geschäft mit Dritten aktiviert, so etwa im Non-food-Bereich mit Horten und im Drogeriebereich mit der genossenschaftlichen Einkaufsorganisation Esüdro.

Zur Entwicklung auf der Einzelhandelsstufe heißt es, daß die Zuwachsrate 2 bis 3 Prozent betrage. Die weiteren Aussichten würden allerdings durch die Verhärtungen im sozialen Umfeld beeinträchtigt. Der Aufschwung, der sich im Lebensmittelhandel bislang ohnehin nur verhalten ausgewirkt habe, drohe abgewürgt zu werden.

PREUSSENELEKTRA / Kernenergie-Anteil steigt

Vor Einstieg in Brokdorf?

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Preußische Elektrizitäts-AG, Hannover, wird zum Jahreswechsel 1984/85 das seit langem verfolgte Ziel, den Kernenergie-Anteil an der gesamten Stromerzeugung auf mindestens 60 Prozent zu erhöhen, erreichen. Voraussetzung dafür ist nach den Worten von Vorstandssprecher Ulrich Segatz die planmäßige Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Grohnde im September. Im Geschäftsjahr 1983 lag dieser Anteil bei 38 Prozent. Ähnlich verlaufe die Entwicklung im Konzern, zu dem die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG, Hamburg, gehört. Die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Krümmel Anfang 1984 und die Fertigstellung des Kraftwerks in Brokdorf in etwa zwei Jahren werde den Anteil von Atomstrom auf rund 65 Prozent steigen lassen.

Die positive Entwicklung beim Einsatz von Kernkraft, durch die andere Energieträger substituiert werden, nennt Segatz als wesentlichen Grund dafür, daß die Preußenelektra ihre Strompreise seit Anfang 1983 stabil halten konnte. Im Gegensatz zu Äußerungen aus dem Konzernbereich will sich das Unternehmen mit seinen Preisprognosen derzeit aber nur bis zum Jahresende festlegen. Segatz räumte allerdings ein, daß aus heutiger Sicht keine Notwendigkeit für höhere Strompreise ab 1985 bestehe.

Noch keine Entscheidung ist Segatz zufolge in der Frage gefallen, ob die Preußenelektra den Hamburg-Anteil am Kernkraftwerk Brokdorf übernehmen wird. Entsprechende Gespräche mit den Hamburgischen Elektrizitäts-Werken würden aber gegenwärtig geführt. Die Tochter NWK ist an Brokdorf bereits mit 50 Prozent beteiligt. Segatz erklärte die Bereitschaft seines Unternehmens, das bis zum 30. Juni befristete Stromlieferungsangebot an die Stadtwerke Hannover zu prolongieren, wenn die Stadtwerke dies wünschten. Für das umstrittene Salzkohlekraftwerk Buschhaus rechnet Segatz schon in Kürze mit der Betriebsgenehmigung.

Zufrieden ist die Preußenelektra mit der Geschäftsentwicklung im bisherigen Verlauf des Jahres 1984. In den ersten fünf Monaten ergaben sich beim Stromverbrauch in dem eigenen Versorgungsgebiet Zuwachsraten von knapp 6 Prozent. Dieses Plus werde sich zwar nicht über das gesamte Jahr hinweg halten lassen; Segatz rechnet aber doch mit einer Zunahme von 3 bis 4 Prozent. Segatz geht davon aus, daß die für 1983 auf 15 (14) Prozent erhöhte Dividende auch 1984 wieder erwirtschaftet wird.

Im Geschäftsjahr 1983 erhöhte sich die Stromabgabe der AG um 3,2 Prozent auf 22,1 Mrd. kWh und im Konzern um 2,3 Prozent auf 45 Mrd. kWh. Die Netzeinspeisung nahm um 4 Prozent auf 23,9 Mrd. kWh bei der Preußenelektra und um 6 Prozent auf 49,6 Mrd. kWh im Konzern zu.

Insgesamt verbessert hat sich die Ertragslage. Sichtbares Zeichen dafür, so Finanzchef Hartmut Hoffmann, ist der Anstieg des Ergebnisses pro 50-DM-Aktie auf 11,40 (9,30) DM und der auf 832 (586) Mill. DM erhöhte Cash-flow.

Als nach wie vor befriedigend bezeichnet Hoffmann die Bilanzrelationen. Der durch die hohen Sach- und Finanzanlageinvestitionen gegenüber dem Vorjahr um 205 Mill. DM auf 1,05 Mrd. DM gestiegene Finanzbedarf wurde vor allem durch erhöhte Abschreibungen (325 nach 204 Mill. DM) und höhere Zuführungen zu langfristigen Entsorgungsrückstellungen (1,14 nach 0,86 Mrd. DM) zu fast 80 Prozent durch Innenfinanzierung gedeckt. Der AG-Umsatz erhöhte sich auf 2,89 (2,64) Mrd. DM.

Parallel zur AG verlief die Entwicklung im Konzern, für den Umsatzerlöse von 7,6 (7,1) Mrd. DM ausgewiesen werden. Die Netto-Bilanzsumme weitete sich um 297 Mill. DM auf 11,79 Mrd. DM aus. Die Sachinvestitionen erreichten 2,19 (1,85) Mrd. DM. Für die nächsten fünf Jahre nennt Hoffmann im Konzern einen Finanzbedarf von 10,8 Mrd. DM.

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Aktien notieren etwas schwächer

Nach einer neuerlichen Abschwächung bis um ein Prozent zu Beginn der gestrigen Börsensitzung haben sich die Aktienkurse bis zur Feststellung der Einheitsnotierungen fast wieder auf ihr Niveau vom Freitag erholt, was man darauf zurückführte, daß die Unionsparteien bei der Europawahl besser abgeschnitten haben als noch am Wochenende befürchtet. Außerdem animierten Hoffnungen auf ein baldiges Ende der Streiks zu vorsichtigen Rückkäufen. Die Umsätze waren sehr niedrig, und in der zweiten Börsenstunde schlief das Geschäft völlig ein, wobei die zwischenzeitlichen Gewinne zum Teil wieder verlorengingen. Mit einem Plus von gut drei Mark bewegten sich Nixdorf 479,50 DM in der zweiten Börsenhälfte über ihrem Freitagsniveau. Gut behauptet haben sich auch Porsche, während VW drei Mark verloren und Mercedes acht Mark, Elektro-, Chemie und Bankaktien büßten bis zu einer Mark ein. Am Rentenmarkt zogen die Kurse um fünf bis 15 Pfenning an.

Mein lieber Lebenskamerad, mein guter Vater, mein lieber Bruder, unser Onkel

Alfred Renner
Oberst a. D.
* 24. 7. 1902 – † 31. 5. 1984

hat nach längerem Leiden seine Augen für immer geschlossen.

In Trauer und Dankbarkeit
Thea Renner geb. Bayer
Hartmut Renner
Carola Becker-Ehmck geb. Renner
und Angehörige

Oderfelderstraße 11
2000 Hamburg 13
München

Auf Wunsch des Verstorbenen haben wir im engsten Familienkreis Abschied genommen.
Bitte keine Besuche.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

[illegible]

Peine+Salzgitter
Ihr Partner für Stahl



Bilanz zum 30. 9. 1983

(Kurzfassung)	TDM
Aktiva	
Sachanlagen	1.035.701
Finanzanlagen	94.302
Anlagevermögen	1.130.003
Vorräte	461.567
Forderungen	394.473
Flüssige Mittel	322
Rechnungsabgrenzungsposten	1.813
	1.988.178
Passiva	
Grundkapital	312.000
Offene Rücklagen	443.563
Eigenkapital	755.563
Langfristige Rückstellungen	484.420
Langfristige Verbindlichkeiten	373.046
Übrige Verbindlichkeiten	375.149
	1.988.178

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. 10. 1982 bis zum 30. 9. 1983

(Kurzfassung)	TDM
Umsatzerlöse	2.304.967
Bestandsveränderungen bei Erzeugnissen	– 52.536
Andere aktivierte Eigenleistungen	11.323
Gesamtleistung	2.263.754
Materialaufwendungen und Wareneinsatz	1.254.983
Rohertrag	1.008.771
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	28.953
Zinserträge	4.056
Erträge aus Verlustübernahme	160.597
Übrige Erträge	167.207
	1.369.584
Personalaufwendungen	846.689
Abschreibungen auf Sachanlagen	158.890
Zinsaufwendungen	42.912
Steuern	13.113
Aufwendungen aus Verlustübernahme	5.179
Übrige Aufwendungen	302.801
Bilanzgewinn	–

Stahlwerke Peine-Salzgitter AG

Der vollständige Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1982/83 ist mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers versehen und wird demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.

FINANZANZEIGEN

FORMEL 1 / Piquet siegt auf Brabham-BMW

Die Fußsohle verbrannt, aber vor Porsche im Ziel

sid/dpa, **Montreal**

Der Sieger hing nach dem Fallen der Zielflagge minutenlang nahezu bewußtlos in den Sicherheitsgurten, seine geschlagenen Gegner waren dafür um so wacher. „Jetzt müssen wir Nelson Piquet im Auge behalten, er hat seinen katastrophalen Saisonstart offensichtlich überwunden," sagte Niki Lauda. Der Österreicher auf McLaren-Porsche hatte hinter dem 31 Jahre alten brasilianischen Titelverteidiger auf Brabham-BMW beim Großen Preis von Kanada in Montreal, dem siebenten Lauf zur Formel-1-WM, Platz zwei belegt. Dritter wurde sein französischer Teamkollege Alain Prost, der damit die WM-Führung mit 32,5 Punkten vor Lauda mit 24 verteidigen konnte.

Piquet sagte nach dem Rennen: „Ich habe mir an einem Leck im vorderen Ölkühler die rechte Fußsohle verbrannt. Ab der 30. Runde mußte ich die Zähne zusammenbeißen vor Schmerzen, am liebsten hätte ich aufgegeben." Aber Piquet ist dafür bekannt, daß er bis an die Grenze seiner eigenen Belastbarkeit geht.

„Der Sieg war für uns fast so schön wie der Gewinn der Weltmeisterschaft, wenngleich er nicht überraschend kam," sagt BMW-Sprecher Uwe Mahla. Klar, denn an dem Erfolg nach sechs Ausfällen in sechs WM-Läufen war alles dran: Die hervorragende Trainingsbestzeit von Piquet, die drei Sekunden unter dem Vorjahrsrekord lag, vor allem aber der Sieg im direkten Kampf gegen die McLaren-Porsche, die bisher fünf Erfolge (zwei für Lauda, drei für Prost) registriert hatten.

Obwohl der veränderte Brabham besonders in schnellen Passagen noch immer nicht optimal auf der Straße lag, halfen die veränderten Ölkühler zumindest, die thermischen Probleme in den Griff zu bekommen. Lauda: „Nur gut, daß Piquet zur Weltmeisterschaft noch einen weiten Weg vor sich hat." Der Brasilianer liegt mit neun Zählern auf dem siebenten Rang.

Seit gestern ist übrigens auch das Porsche-Versuchszentrum in Weissach von der Aussperrung der Arbeitgeber im Arbeitskampf der Metallindustrie betroffen. „Den Rennbetrieb können wir aber aufrecht erhalten", sagt Porsches Formel-1-Projektleiter Hans Mezger.

Die beiden deutschen Fahrer Manfred Winkelhock (ATS-BMW) und Stefan Bellof (Tyrrell-Ford) lieferten sich rundenlang einen heftigen Zweikampf, bis Bellof mit gebrochener Halbachse ausschied. Winkelhock wurde Achter. Zum ersten Mal kam Winkelhock in dieser Saison ins Ziel.

FUSSBALL / Millionen-Angebot für Völler nach dem schwer erkämpften Sieg über Rumänien

Rätsel um Rummenigge – Der Kapitän baut um sich herum Mauern auf und wird offensichtlich von Selbstzweifeln gequält

ULRICH DOST, **Lens**

Was wäre wenn? Nach Fußballspielen läßt es sich herrlich spekulieren. An jeder Theke, in jedem Wohnzimmer vor dem Fernsehapparat. Also, was wäre, wenn Torwart Harald Schumacher in der letzten Minute des Spiels gegen Rumänien nicht mit der Hand an einen Ball gekommen wäre, der für viele seiner Kollegen unhaltbar schien. 2:2 hätte es dann zwischen Deutschland und Rumänien gestanden. „Das wäre eine sehr schlechte Ausgangsposition gewesen", sagte Franz Beckenbauer, „wir können uns beim Toni bedanken." Nicht nur er, vor allem die Spieler selbst.

Die Hand von Toni Schumacher, die im richtigen Moment am Ball war, kann jetzt aber vieles zudecken, sie darf es aber nicht. Denn alles, was vor dieser Aktion Gültigkeit hatte, kann auf einmal nicht aufgehoben sein. Wer nicht nur auf den deutschen Nationaltorwart schaut, muß feststellen, daß die deutsche Mannschaft immer noch nicht über ihren Schatten gesprungen ist, daß sie immer noch verkrampft spielt, daß sie längst noch nicht ihre Klasse gezeigt hat.

Sicherlich, Ansätze waren in Lens gegen die Rumänen zu erkennen. Aber das sieht noch aus wie bei einem Hochspringer, der immer nur Anlauf nimmt und einen Sprung ansetzt, aber die Latte nie wirklich überquert. Die deutsche Mannschaft wird zeigen müssen, daß sie auch über diese Barriere kommt, wenn sie bei der Endrunde der Europameisterschaft in Frankreich bestehen will.

Einer, dessen persönlichen Barrieren derzeit besonders hoch sind, heißt Karl-Heinz Rummenigge. Er ist der Kapitän der Mannschaft und von ihm hat Bundestrainer Jupp Derwall besonders viel erwartet. Es ist das erstemal, daß der Münchner, der in der nächsten Saison bei Inter Mailand spielen wird, bei einem großen Turnier in der Hierarchie der deutschen Spieler an erster Stelle steht. Persönlichkeit soll er sein, ein gutes Vorbild, jemand, der in kritischen Situationen das richtige sagt und tut.

Karl-Heinz Rummenigge aber ist im Verlauf dieses Turniers von dieser Rolle weit entfernt. Er hat am meisten mit sich selbst zu tun, als daß er in diese Führungsrolle schlüpfen könnte. So ist es also andersherum gekommen, als er es sich vorgestellt hat: Statt Lob und Anerkennung muß er sich mit Vorwürfen auseinandersetzen. Alle, die direkt mit der Mannschaft zu tun haben, redeten ihm bereits ins Gewissen, das ist er so nicht gewohnt. Rummenigge habe besser und fleißiger gespielt, als gegen die Portugiesen meinte der Bundestrainer. Und: „Ich hoffe, daß er sich von Spiel zu Spiel steigern wird. Am Ende ist er wieder der Alte." Wirklich nur eine Hoffnung? Viel Zeit nämlich bleibt dem Münchner nicht mehr. Heinz Flohe, ehemaliger Nationalspieler vom 1. FC Köln, sieht es aus der Sicht eines früheren Spielers so: „Rummenigge ist überspielt."

Rummenigge selbst beurteilt seine Leistung als „befriedigend". Wie tief müssen da seine persönlichen Ansprüche gesunken sein. Wer so viel kann wie er, der darf sich nicht mit Kleinigkeiten zufrieden geben. Doch diese Reaktion ist derzeit typisch für ihn. Ob bewußt oder nicht, Rummenigge zieht sich wie eine Schnecke in ihr Gehäuse zurück. Er ist längst nicht mehr der freundliche, nette Junge, der andere an seinem Leben teilnehmen läßt. Er ist ins Grübeln geraten und dabei entstehen bei ihm offensichtlich Selbstzweifel.

Karl-Heinz Rummenigge auszuwechseln oder ihn gar pausieren zu lassen, wäre großer Unfug. Er gehört nun einmal zu den Spielern, die von einer Sekunde auf die andere ihre Krise abschütteln können. Es darf deshalb also ständig damit gerechnet werden, daß Karl-Heinz Rummenigge seine Barriere überspringt. Nur eines darf er nicht tun: Mauern um sich aufbauen.

Rudi Völler, Mittelstürmer der Nationalmannschaft, hat durch seine zwei Tore gegen die Rumänen seine innere Verkrampfung gelöst. Besonders ein Herr auf der Tribüne im Stadion „Felix-Bollaert" zeigte sich von den Leistungen des Bremers besonders angetan. „Ein sehr interessanter Mann, dieser Rudi Völler", meint Segnor Gaspard, Viezepräsident des FC Barcelona. Gaspard reist wieder mit einem dicken Scheckheft herum, seitdem die Spanier mit einem Geldsegen von rund 18 Millionen Mark rechnen können, die sie vom italienischen Erstligaklub AC Neapel erhalten, wenn sie den argentinischen Star Diego Maradona ziehen lassen.

Rudi Völler soll nun das nächste Opfer sein. Auch nach dem Spiel in Lens blieb er aber seiner Devise treu: „Ich werde meinen Vertrag bei Werder Bremen bis 1985 erfüllen." Gerade um den Bremer haben sich in den letzten Monaten die Abwanderungsgerüchte lebhaft entwickelt. Ob die Angebote immer so stimmten, bleibt wohl im Nebel. Nun liegen schon wieder Zahlen auf dem Tisch: Eine Million Mark, netto versteht sich, für Völler. Und rund acht Millionen für Werder Bremen, an denen Völler auch noch einmal mitverdienen könnte. Rudi Völler: „Bei diesen Zahlen wird man natürlich schwach."

Hier und heute kann der Mittelstürmer nicht mehr ausschließen, daß auch sein Klub weiterhin von jener Standhaftigkeit sein wird wie in der Vergangenheit. Rudi Völler: „Bisher hat es mich immer gefreut, daß sich der Klub so stark für mich gemacht hat. Aber ich glaube, bei solch hohen Summen hört die Vereinstreue auf."

Die Spanier haben bislang noch jeden Spieler oder Trainer nach Barcelona geholt, den sie haben wollten. Es könnte nur daran scheitern, daß Völler zum AC Mailand wechseln muß. Erstens würde er gerne für diesen italienischen Klub spielen, und zweitens haben die Bremer schon ein Papier unterzeichnet, daß sie Völler nur nach Mailand abgeben werden. Aber so ist das im Fußballgeschäft: Wo Geld ist, da wird auch ein Weg sein.

Zu den positiven Überraschungen im deutschen Spiel zählt diesmal Lothar Matthäus. Er hatte sich eigentlich schon längst aus der Mannschaft gespielt, nicht zuletzt wegen seiner zahlreichen Eskapaden, die er sich erlaubte. Bundestrainer Jupp Derwall über seine Leistung: „Vom Lothar war ich direkt überrascht, er hat endlich mal wieder ein gutes Länderspiel gemacht. Seine Aufstellung hat er nur durch seine guten Leistungen im Training bestätigt."

SPORT-NACHRICHTEN

Wasserball: Starke Gegner

Budapest (sid) – Die deutsche Wasserball-Nationalmannschaft bekam bei der Neuauslosung für das olympische Turnier in Budapest mit Italien, Australien und Mexiko oder Japan starke Gegner.

Rugby: Hoher Sieg

Hannover (sid) – Durch einen 27:6-Erfolg im Finale über Viktoria Linden gewann Hannover 78 zum sechstenmal die deutsche Rugbymeisterschaft.

Hund wieder Meisterin

Bad Aibling (dpa) – Mit einem Sieg in der letzten Runde über Ingrid Lauterbach (Erlangen) verteidigte Großmeisterin Babara Hund aus Leverkusen in Bad Aibling ihren Titel als deutsche Schachmeisterin. Bei den Herren in mußte der führende Eric Lobron (Solingen) nach vier Siegen gegen den Koblenzer Klaus Schulz zum erstenmal in ein Remis einwilligen.

Schwimmen: Weltrekord

Toronto (dpa) – Alex Baumann schwamm bei den kanadischen Olympiaausscheidungen in Toronto Weltrekord über 400 Meter Lagen. In 4:17,53 Minuten war er um mehr als zwei Sekunden schneller als der alte Rekordhalter Jens-Peter Berndt aus der „DDR" (4:19,61).

Golf: Langer wurde Achter

Biarritz (sid) – Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) belegte beim internationalen Turnier in Biarritz mit 267 Schlägen den achten Rang. Sieger wurde der Australier Michael Clayton mit 260 Schlägen.

Wolfshohl: Schwerer Sturz

Duisburg (DW) - Rolf-Dieter Wolfshohl (23), der Sohn des früheren Kölner Rad-Weltmeisters Rolf Wolfshohl, ist bei der deutschen Amateur-Straßenmeisterschaft in Alpirsbach schwer gestürzt. Wolfshohl, der per Hubschrauber in eine Spezialklinik für Rückenmarkverletzte in Duisburg überführt wurde, erlitt eine Verstauchung des Halswirbels, Kopfverletzungen und eine Schädelfraktur. Sein Zustand ist kritisch. Den Titel gewann der Nürnberger Thomas Freienstein.

ZAHLEN

MOTORSPORT

Formel 1: Großer Preis von Kanada in Montreal, siebter von 16 Läufen zur WM, 308,7 km: 1. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW 1:46:43,748 Std., 2. Lauda (Österreich) McLaren-Porsche 2,612 Sek. zur., 3. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche 1:20,032 Min. zur., eine Rd. zur. 4: de Angelis (Italien) Lotus-Renault, zwei Rd. zur. 5: Mansell (England) Lotus-Renault), 6. Arnoux (Frankreich) Ferrari, 7. Senna da Silva (Brasilien) Toleman-Hart, 8. Winkelhock (Deutschland) ATS-BMW.

FUSSBALL

Länderspiele: Brasilien – Argentinien 0:0, : Chile – England 0:0.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 1, 0, 1, 1, 1, 0, 2, 2, 2. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 17, 21, 22, 28, 34, 42, Zusatzspiel: 12. – **Rennquintett:** Rennen A: 4, 6, 10. – Rennen B: 28, 23, 30. (Ohne Gewähr)

Schon drei mit der Note Zwei

● **Harald Schumacher – Note 2:** Der Kölner Torwart bewies in zwei Situationen wieder seine große Klasse. Er kommt noch an Bälle heran, vor denen andere Torwarte kapitulieren. Hatte beim Gegentor keine Chance. Auch die Pfiffe der Zuschauer brachten ihn nicht aus seinem Konzept.

● **Bernd Förster – Note 5:** Wenn der Stuttgarter Verteidiger am Ball ist, möchte man am liebsten die Augen schließen. Er scheint kein Turnierspieler zu sein. 1980 hat er sich in Italien auch aus der Mannschaft gespielt, jetzt droht ihm ähnliches. Wenig Übersicht, technisch oft unbeholfen. Wenn er keinen direkten Gegenspieler bekämpfen kann, paßt er in kein System.

● **Karl-Heinz Förster – Note 3:** Bis zu seiner Oberschenkelverletzung zweikampfstark wie gewohnt. Wenn er sich auswechseln läßt, muß er schon starke Schmerzen haben. Rumäniens Mittelstürmer Camataru, ein ungelenker Typ, setzte ihm aber mehr zu, als der Portugiese Jordao im ersten Spiel. Dennoch: Für ihn gibt es keinen Ersatz.

● **Uli Stielike – Note 4:** Verdiente sich eine bessere Note als im ersten Spiel, weil er im Zweikampf stärker und konzentrierter wirkte. Ein Libero, der die Abwehr ordnet, der Fehler der Kollegen ausbügelt und im richtigen Moment das Mittelfeldspiel verstärkt, ist er dennoch noch nicht. Bei Real Madrid spielt er eben im Mittelfeld. Seine Hektik ist oft ansteckend, auch Derwall sah es nicht gerne, daß er zu oft unüberlegt nach vorne rannte.

● **Hans-Peter Briegel – Note 4:** Seine neuen Arbeitgeber in Italien, wenn sie ihn gesehen haben, hatten an diesem Hans-Peter Briegel bestimmt keine Freude. Der Verteidiger aus Kaiserslautern wirkte schwerfällig, war leicht zu umspielen und startete auch nicht wie gewohnt seine Flügelläufe.



Jubel der Erleichterung: Torschütze Völler, Rummenigge (links) und Brehme. FOTO: DPA

● **Andreas Brehme – Note 4:** Bei ihm ließ sich eine leichte Steigerung feststellen. Er war diesmal wesentlich beweglicher, arbeitete im Mittelfeld mehr, auch wenn sein Spiel nicht so auffällig war. Er gehört aber weiterhin zu den Handwerkern im deutschen Mittelfeld, kaum einmal ging ein guter Spielzug von ihm aus.

● **Lothar Matthäus – Note 2:** Der zum FC Bayern München wechselnde Mönchengladbacher hatte diesmal im Mittelfeld den größten Aktionsradius. Er ging wohl die weitesten Wege. Verlor nur einmal etwas die Übersicht, beim Ausgleich der Rumänen, als er sich von einem Hackentrick verblüffen ließ. Seit langem wohl das beste Spiel von ihm. Mit dieser Leistung gehört er in die Mannschaft.

● **Norbert Meier – Note 3:** Der Bremer konnte dem Spiel zeitweise spielerische Akzente geben. Aber erst, nachdem er die Vorlage zum 1:0 gegeben hatte. Danach spielte er auch vorwiegend auf der linken Seite, seiner gewohnten Position. Er zeigte Ansätze seines Könnens. Von seinen Ideen und Vorlagen können die Stürmer profitieren.

● **Klaus Allofs – Note 3:** Der Kölner begann gehemmt, weil er durch den dritten Stürmer, Karl-Heinz Rummenigge, weniger Platz für seine Solo-Läufe hatte. Später stärker, aber er versucht immer noch, Jupp Derwall davon zu überzeugen, was er doch für ein toller Stürmer ist. Dabei verkrampft er zu oft. Er sollte mannschaftsdienlicher spielen.

● **Rudi Völler – Note 2:** Diesmal war der Bremer wieder der beste deutsche Stürmer, die zwei Tore sprechen für seine Klasse. Im Gegensatz zum Portugal-Spiel steckte er gegen die Rumänen nicht gleich nach jeder mißlungenen Situation auf. Ein spielender Mittelstürmer, der aber im richtigen Moment zur Stelle ist.

● **Karl-Heinz Rummenigge – Note 4:** Immer noch nicht der Rummenigge, den die Fans kennen und der bei den Experten als Weltklassespieler gilt. Vielleicht war er gegen die Rumänen etwas laufstärker, was für mehr Engagement spricht. Damit sind seine positiven Seiten schon aufgezählt. Das jedoch erscheint zu wenig für einen Mann, der an sich selbst nur die höchsten Ansprüche stellt.

● **Pierre Littbarski und Guido Buchwald – keine Bewertung:** Beide waren nur kurze Zeit im Spiel, was eine exakte Beurteilung unmöglich macht.

*

Die Benotung erfolgt wie in der Schule von eins (sehr gut) bis sechs (ungenügend).Nach zwei Spielen hat allein Torwart Harald Schumacher die Durchschnittsnote 2,0.

HEUTE

● **Gruppe 1:** Dritter und letzter Spieltag mit Frankreich – Jugoslawien in St. Etienne und Dänemark – Belgien in Straßburg (beide 20.30 Uhr).

● **Im Fernsehen:** Das Erste Deutsche Fernsehen berichtet zwischen 20.15 und 23.00 Uhr. Original wird das für den zweiten Gruppenplatz entscheidende Spiel in Straßburg übertragen, Reporter ist Eberhard Stanjek. Anschließend Ausschnitte vom Spiel in St. Etienne, Reporter Peter Jensen.

● **Die Situation:** Frankreich ist eine Runde weiter. Dänemark benötigt dank seiner Tordifferenz nur ein Unentschieden gegen Belgien, um ins Halbfinale einzuziehen. Noch eine theoretische Möglichkeit: Gewinnt Dänemark zum Beispiel 2:0 ist es Gruppensieger, wenn Frankreich 0:1 gegen Jugoslawien verliert.

Tabelle, Gruppe 1

Frankreich – Dänemark	1:0
Belgien – Jugoslawien	2:0
Frankreich – Jugoslawien	5:0
Dänemark – Belgien	5:0

1. Frankreich	2	2	0	0	6:0	4:0
2. Dänemark	2	1	0	1	5:1	2:2
3. Belgien	2	1	0	1	2:5	2:2
4. Jugoslawien	2	0	0	2	0:7	0:4

● **Die Mannschaften: Dänemark:** 20 Qvist (34/27) – 4 Morten Olsen (34/64) – 2 Rasmussen (32/39), 5 Nielsen (27/18), 3 Busk (31/31) – 11 Berggreen (26/16), 15 Arnesen (27/32), 7 Bertelsen (32/46), 6 Lerby (26/39) – 14 Laudrup (20/15), 10 Elkjaer-Larsen (26/39). – **Belgien:** 1 Pfaff (30/43) – 4 Clijsters (27/5) – 2 Grun ((22/2), 14 de Greef (26/4), 5 de Wolf (26/10) – 6 Vercauteren (27/37), 16 Scifo (18/3), 7 Vandereycken (30/38) oder 10 Coeck (28/45), 11 Ceulemans (27/45) – 8 Claesen (21/7), 9 Vandenbergh (24/31). – **Schiedsrichter:** Prokop („DDR").

Frankreich: 1 Bats (27/8) – 4 Bossis (28/57) – 5 Battiston (27/33), 15 Le Roux (24/10) oder 3 Domergue (27/3) – 14 Tigana (28/30), 12 Giresse (31/30), 10 Platini (28/50), 6 Fernandez (24/14) oder 7 Ferreri (21/6), 9 Genghini (26/23) – 17 Lacombe (31/36), 13 Six (29/51). – **Jugoslawien:** 1 Simovic (30/9) oder 12 Ivkovic (24/9) – 5 Zajec (28/29) – 2 N. Stojkovic (28/31), 4 Katanec (21/7), 15 Miljus (24/3) – 13 Hazibegic (28/10), 8 Gudelj (24/17), 9 Susic (29/33), 19 Halilovic (21/12) oder 10 Bazdarevic (24/9) – 20 Cvetkovic (22/5), 11 Vujovic (26/28). – **Schiedsrichter:** Daina (Schweiz).

STATISTIK

Deutschland – Rumänien 2:1 (1:0)

Deutschland: Schumacher (30 Jahre/50. Länderspiel) – Stielike (29/40) – B. Förster (28/32), K.-H. Förster (25/60) ab 79. Buchwald (23/3), Briegel (28/52) – Matthäus (23/25), Meier (25/13) ab 65. Littbarski (25/27), Brehme (23/7) – Rummenigge (28/77), Völler (24/17), Allofs (27/31). – **Rumänien:** Lung (27/21) – Stefanescu (33/53) – Rednic (21/28), Andone (24/20), Ungureanu (27/26) – Coras (25/15), Bölöni (30/75), Klein (24/30), Dragnea (19/2) ab 62. Ticlianu (25/26) – Camataru (24/39), Hagi (19/11) ab 46. Zare (25/2). – **Schiedsrichter:** Jan Keizer (Niederlande). – **Zuschauer:** 35 000. – **Tore:** 1:0 Völler (25.), 1:1 Coras (46.), 2:1 Völler (66.). – **Gelbe Karten:** Stielike, Stefanescu.

Portugal – Spanien 1:1 (0:0)

Portugal: Bento (35/48) – Lima Pereira (31/12) – Joao Pinto (22/9), Eurico (28/29), Alvaro (23/7) – Frasco (29/10) ab 78. Diamantino, Pacheo (25/11), Sousa (27/10) – Carlos Manuel (26/26), Jordao (31/36), Chalana (25/25). – **Spanien:** Arconada (29/59) – Maceda (27/20) – Urquiaga (26/11) ab 79. Senor (25/17), Giocoechea (27/20), Camacho (29/50) – Victor (27/22), Julio Alberto (25/7) ab 71. Sarabia (27/8), Gallego (26/14), Gordillo (28/51) – Santillana (31/50), Carrasco (25/23). – **Schiedsrichter:** Michel Vautrot (Frankreich). – **Tore:** 1:0 Sousa (52.), 1:1 Santillana (73.). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karten:** Eurico, Carrasco.

Tabelle, Gruppe 2

Deutschland – Rumänien	2:1
Portugal – Spanien	1:1
Deutschland – Portugal	0:0
Spanien – Rumänien	1:1

1. Deutschland	2	1	1	0	2:1	3:1
2. Spanien	2	0	2	0	2:2	2:2
3. Portugal	2	0	2	0	1:1	2:2
4. Rumänien	2	0	1	1	1:3	1:3

● **Torschützenliste:** Der Franzose Platini führt mit vier Treffern vor Arnesen (Dänemark) und dem deutschen Mittelstürmer Rudi Völler (beide zwei).

GALOPP

Orofino läuft nicht mehr

K. GÖNTZSCHE, **Köln**

Die Rennlaufbahn des besten deutschen Grand-Prix-Galoppers ist beendet. Der sechsjährige Hengst Orofino aus dem Gestüt Zoppenbroich erlitt am Sonntag bei seinem Start im Gran Premio di Milano einen schweren Sehnenschaden am linken Vorderbein. Trainer Sven von Mitzlaff (70): „Bis 400 m vor dem Ziel war noch alles in Ordnung. Dann muß er sich vertreten haben, angeblich lahmte er stark."

Orofino hat in seiner Rennlaufbahn 22 Starts absolviert, davon gewann er 13 Mal. 1981 war er mit 12 3/4 Längen Vorsprung der überlegendste Derbysieger der deutschen Geschichte. Insgesamt kam er auf eine Gewinnsumme von 1 121 925 Mark. Er soll die Verletzung im Gestüt ausheilen. Wo er als Deckhengst aufgestellt wird, ist noch fraglich.

Trainer von Mitzlaff weilte am Sonntag in Bremen, dort wurde sein Schützling Love Letter (geritten von Peter Schade) im Bayeff-Rennen Zweiter hinter dem Schimmelhengst Der Wind (Patrick Gilson) aus dem Gestüt Röttgen. Und dabei war es Zufall, daß Der Wind überhaupt in Bremen lief. Neben seinem Stallgefährten Daun sollte er vor einer Woche im Kölner Union-Rennen um Sieg und Platz streiten, aber schon nach 200 Metern brach er aus, und Daun gewann das Rennen. Trainer Theo Grieper hatte, wohl mehr zufällig, die Startberechtigung für Der Wind beim Bayeff-Rennen aufrecht erhalten.

Den Großen Preis von Dortmund gewann Gilmore mit Peter Remmert vor dem Favoriten King of Clubs.

STAND ● PUNKT

Erfahrung und Reife

Es gibt ihn also noch und er ist so gut wie eh und je: Klaus Ludwig, der deutsche Autorennfahrer der internationalen Sonderklasse. Am Sonntag gewann Ford-Fahrer Ludwig gemeinsam mit dem früheren französischen Formel-1-Piloten Henri Pescarolo auf einem privaten Jöst-Porsche 956 die 24 Stunden von Le Mans. Es war nach 1979 sein zweiter Erfolg bei diesem großen Klassiker des internationalen Motorsports.

Zu den Klassikern unter den Spitzenfahrern zählt auch der 34jährige Rheinländer, obwohl er in den letzten beiden Jahren in Europa fast in Vergessenheit geraten ist. Das hat seinen Grund: Ludwig ist bei der sogenannten IMSA-Serie in Amerika tätig. Die verzwickt-verzweigten Motorsport-Aktivitäten des weltweiten Ford-Konzerns machen es notwendig.

Mit Reinhold Jöst aus Oberabsteinach kam Ludwig nach Absprache mit seinem Arbeitgeber dennoch überein, in Europa drei Rennen auf dem Konkurrenzfabrikat Porsche zu bestreiten. In 14 Tagen, auf dem Norisring, startet er dann wieder im Ford-Zackspeed.

Denn trotz der riesigen Popularität des Motorsports in den USA – Ludwig möchte durchaus auch wieder in Europa Rennen fahren. Vielleicht kann er es sogar als Formel-1-Rennfahrer für das Niederzissener Projekt des Ford-Tuners Erich Zakowski tun. Dessen Rennwagen wird er jedenfalls ab August testen. Daß Ludwig am 7. Oktober auf dem Nürburgring damit auch das Renn-Debut in der Formel 1 bestreitet, wäre nur die logische Folge – die Summe aus Erfahrung und Reife.

K. Bl.

SPANIEN / Deutschlands letzter Gruppen-Gegner hat ebenfalls sehr große Probleme im Mittelfeld

Gefahr von den Einzelkämpfern Santillana, Carrasco

MARTIN HÄGELE, **Marseille**

Miguel Munoz (62) kann reden wie ein Buch. Meistens lächelt er bei seinen Plaudereien. Aber wenn man nach einer Stunden den Schlußstrich zieht unter ein Gespräch mit dem spanischen Trainer, dann stehen dort meistens Sätze wie „der Ball ist rund" oder „im Fußball ist alles möglich."

Mit den Deutschen möchte sich Munoz am liebsten gar nicht unterhalten: „Ihr fragt zuviel, ihr wollt alles so gründlich wissen", sagte er nach dem 1:1 gegen Portugal, zuvor jedoch waren Munoz zwei für seine Verhältnisse außerordentlich inhaltsreiche Sätze aus dem Mund geschlüpft. Erstens werde seine Mannschaft gegen Deutschland auf Sieg spielen. Ein Unentschieden reiche nicht, da ihnen sowohl die Portugiesen wie die Rumänen einen Strich durch die Remisrechnung machen könnten. Und zweitens, sagte Munoz, „ist es für uns ein weiter Weg, einmal Fußball wie die Franzosen spielen zu können."

Womit Munoz den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Im Grunde genommen ist Spaniens Fußball-Nationalmannschaft keinen Deut besser als vor zwei Jahren bei der Weltmeisterschaft im eigenen Land. Obwohl der neue Chef Munoz den Stall mal richtig ausgemistet hat bei seinem Amtsantritt und nur noch vier der WM-Versager dabei sind.

Geändert hat sich nur die Darstellung der Nationalelf in den Medien. Munoz' Vorgänger, der berühmte Vorstopper Santamaria, war ein Griesgram und hatte die spanische Öffentlichkeit entweder angeknurrt oder stolz übersehen. Munoz aber schüttelt jedem freundlich die Hand. Und schon steht überall vom neuen Geist und Schwung im Team geschrieben.

Doch von Mut, vom forschen Auftreten war bei den Spaniern erst etwas zu sehen, als die Portugiesen 1:0 führten, nur die Latte das 2:0 durch den Ballzauberer Chalana verhindert hatte, die portugiesischen Fans ihre Leuchtraketen steigen ließen, um den Sieg über den iberischen Nachbarn und Erzrivalen in den Nachthimmel von Marseille zu malen.

Erst die Angst vor faulen Tomaten weckte das Leben in den Spaniern. Santillana, trotz seiner 31 Jahre immer noch ein pfiffiges Kerlchen vor dem Tor, drückte das Leder ins portugiesische Netz. Auf einmal schnupperten die Spanier sogar am Sieg. Santillana, der Mittelstürmer von Real Madrid und Francisco Carrasco aus Barcelona sind zwei Einzelkämpfer. Jeder versucht, sich auf seine Art durchzuwursteln. Santillana mit Ricks und Körpertäuschungen, Carrasco verläßt sich mehr auf seine schnellen Beine.

Das spanische Mittelfeld steckt voller Probleme. Da versucht Gallego, den man beim königlichen Real einst nur ins Team nahm, weil er stundenlang laufen und jeden Gegenspieler bekämpfen konnte, auf einmal mit langen Pässen zu glänzen, zu dirigieren. Doch auch Victor möchte den chef spielen. Zumindest gebärdet er sich so und verzögert mit seinen theatralischen Einlagen jeden zweiten Angriff. Weil das Personal des spanischen Mittelfelds nichts besonders zusammenpaßt, ist die Mannschaft in diesem Bereich am anfälligsten.

Das hat Gero Bisanz, der in Marseille für Jupp Derwall spioniert hat, dem Bundestrainer erst einmal per Telefon berichtet, und dann hat er ein schriftliches Exposé seiner Erkenntnisse per Eilpost nach Paris geschickt. „Die Spanier haben Probleme mit der Raumdeckung", so der Fußballoberlehrer Bisanz, „und die beiden Langen in der spanischen Hintermannschaft (Goicoechea und Libero Maceda) müßten „maßgeschneidert sein für unsere schnellen und am Boden starken Maier, Völler und Allofs. Außerdem ist der rechte Verteidiger Urquiaga schwach."

Eigentlich müßten das gute Nachrichten für Jupp Derwall sein. Wenn, wenn da nicht Bisanz' kritische Einschränkung wäre: „In der ersten Halbzeit haben die Spanier so gespielt wie unsere Mannschaft, wenn sie schlecht spielt." Ja, erklärte Bisanz, die spanische Elf habe schon zwei Gesichter. Es sieht ganz danach aus, als würden im letzten Gruppenspiel der EM zwei Teams aufeinanderprallen, die an der gleichen Krankheit leiden. Nur, wer ist kränker?

Wenn es nach der belgischen Zeitung „Het Nieuwsblad" geht, dann ist es die spanische Mannschaft. Denn, so schreibt das Blatt aus Brüssel nach dem Sieg der Deutschen über die Rumänen: „Deutschland tat mit dem Sieg einen großen Schritt in Richtung Halbfinale. Die Derwall-Truppe bot zwar kein Klassespiel, doch agierte sie wesentlich besser als gegen Portugal."

Der „Gazetto dello Sport" aus Mailand jubelte gar: „Völler, ein Superstar wie Platini. Er stellte Rummenigge in den Schatten." Die dänische Zeitung „Berlingske Tidende" attestierte: „Die Deutschen werden in einem internationalen Turnier stets von Spiel zu Spiel besser." Noch einmal der „Gazetto dello Sport": „Derwall lächelt wieder und fordert Frankreich heraus." Kritischer sieht es die Genfer Zeitung „La Suisse": „In Abwesenheit von Schuster und Hansi Müller findet man im Mittelfeld vier rechtschaffene und arbeitssame Fußballer, aber niemand ist fähig, das Manöver zu leiten."



Konnte sich eine Zeitlang neben den Mäusen behaupten: das Kaninchen Oswald FOTO: WALT DISNEY PROD.

Disneys Mäuse: Der Welt erfolgreichste Nager

Die pfiffigen Begleiter

Daß Mäuse für das Disney-Imperium eine besondere Rolle spielten, versteht sich von selbst. Mickey Mouse war, obwohl die erfolgreichste, keineswegs die einzige Trickfilm-Maus der Disney-Studios. So gehört auch Amos, der in einem der beiden heutigen Zeichentrickfilme für Benjamin Franklin eine wichtige Rolle spielt, dieser Gattung an. Überhaupt wurden Mäuse gerne als pfiffige Begleiter der Hauptpersonen vorgestellt. In dem abendfüllenden Zeichentrickfilm „Dumbo" ist es die Zirkusmaus Timotheus, die das vermeintlich nutzlose Elefantenkind

Walt Disneys kleinste Helden – ARD, 17.00 Uhr

Dumbo aus seinen ständigen Depressionsanfällen rettet, bis Dumbo endlich entdeckt, daß er mit Hilfe seiner Ohren fliegen kann. Und in der Märchenverfilmung „Cinderella" durften die Tiere – und hier wieder besonders die Mäuse Jacques und Gus – eine Parallelhandlung zur eigentlichen Geschichte erzählen.

In den fünfziger Jahren trat Mickey Mouse kaum noch in Erscheinung. Jetzt wurden die Hauptrollen der Disney-Filme mit allen möglichen Tieren besetzt, aber nicht mehr mit Mäusen. Durch den großen Erfolg der Serie „Tom und Jerry" erwartete das Publikum jetzt Mäuse, die nur so groß waren wie Mäuse und sich – im Trickfilmmaßstab – auch so benahmen: also der völlige Gegensatz zu Mickey. Erst vor kurzem, im Film „Bernhard und Bianca", wurden Mäuse wieder groß herausgestellt, naturalistischer als je zuvor, aber längst nicht mehr so erfolgreich.

Die Animateure liebten die Mäuse wohl deshalb so sehr, weil sie glaubten, ihnen könnten sie besonders leicht menschliche Eigenschaften anzeichnen. Vielleicht war es aber auch einnur durch Mickeys riesigen Erfolg bedingter Aberglaube, denn andere Schöpfungen der Studios waren genauso gelungen. Das gewitzte Kaninchen Oswald z. B. oder die Grille Jiminy Cricket aus dem Film „Pinocchio", die von der Fee zum „Über-Ich" der Marionette gemacht wurde, gewannen auch außerhalb dieses Films immer mehr an Beliebtheit – ein Beweis, daß auch Zeichentrickfiguren ihre Karriere manchmal ganz unten beginnen müssen.

Selbst Donald Duck mußte sich schließlich erst in einer Nebenrolle bewähren, bevor er zum Solostar aufsteigen durfte. Dafür leistete er wiederum anderen Figuren Hilfe, die – wie Ahörnchen und Behörnchen, im Original „Chip'n'Dale" – zuerst in seinen Filmen auftraten, ehe sie sich selbständig machten.

Gerade bei Filmen mit (gezeichneten) menschlichen Figuren avancierten die kleinen Begleiter regelmäßig zu den eigentlichen Stars, da bei aller Zeichentrickkunst menschliche Personen meist blaß und charakterlos blieben. Bei dem Film „Gullivers Reisen" der mit Disney konkurrierenden Fleischer-Studios führte dies sogar dazu, daß die Nebenfiguren ihre eigenen – wenn auch nicht sonderlich erfolgreichen – Trickfilmreihen bekamen.

DANIEL DITTMAR





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Zirkusvagabunden
Österr. Spielfilm (1935)
Mit Hans Moser u. a.
11.20 Tot umgefallen ist noch keiner
Über die Zeitbombe Giftmüll
12.05 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauenberufe
Die Zukunft begann vor 100 Jahren
6. Teil: Krankenschwestern
Noch immer müssen sie auch hexen ...
16.55 König Rollo
13. Folge: Das Spielzimmer
Das Spielzimmer von König Rollo ist in großer Unordnung. Erst als er bei der Suche nach einem bestimmten Buch auf die Eisenbahn steigt, in einen Pfeil tritt und einen großen Farbtopf umschmeißt, freundet er sich mit dem Gedanken an, aufzuräumen ...
17.00 Walt Disneys kleinste Helden
Peter und der Wolf / Ich und Ben
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Fußball-Europameisterschaft
Dänemark – Belgien
Aus dem Mainau-Stadion in Straßburg
Reporter: Eberhard Stanjek
22.15 Fußball-Europameisterschaft
Ausschnitte aus dem Spiel Frankreich – Jugoslawien
Aus dem Geoffroy-Guichard-Stadion in St. Etienne
23.00 Tagesthemen
23.30 Kulturweltspiegel
Solidarität für Sacharow – Die Welturaufführung eines Spielfilms über den Nobelpreisträger in Paris / Kulturszene San Francisco / Porträt des ehemaligen Rennfahrers und Verlegers Franvo Maria Ricci / „Yellowman" – Der neue Bob Marley
Moderation: Hansjürgen Rosenbauer
0.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Reiseziel Südsee
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Italienische Gruppe Passenger
17.50 Mein Name ist Hase!
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Lehmanns
Flügelkämpfe
19.00 heute
19.30 Der Alleswisser
Fernsehfilm von Til Erwig
20.50 Sommerfestival im ZDF
Wir machen keine Ferien, sondern gestalten sie
21.15 WISO
Der Fall – Pfusch am Bau / Tips für Bauherren, wie man Ärger und teure Prozesse vermeiden kann / Frischer Wind für Berlins Wirtschaft – Jungakademiker in Kleinbetrieben / Blickpunkt Bonn: Milliardenpoker: Kein Geld für Steuersenkung? / 30. 6. 84: Wichtiger Termin für die Rentenversicherung
Moderation: F. Ost
21.45 heute-journal
22.05 Einige Interviews zu persönlichen Fragen
Sowjetischer Spielfilm (1978)
anschl. Ratschlag für Kinogänger „Britannia Hospital" von Lindsay Anderson
23.45 Thriller
Villa mit Friedhof
Daddy Burns, einer der reichsten Männer der Welt, ist der Spielleidenschaft verfallen.
0.50 heute



Mit großem Engagement geht die Journalistin Sofiko (Sofiko Tschiaureli) ihrem Beruf nach (Einige Interviews zu persönlichen Fragen – ZDF, 22.05 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Klaus G. Siebecke: Jerusalemer Journal
20.45 Der Bildhauer Andreas Schlüter
Film von Manfred Vierkorn über den „Michelangelo des Nordens"
21.00 Formel Eins
21.45 Ist die Binnenschiffahrt noch zu retten?
22.15 Deutscher Alltag
23.00 Musik als Waffe
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Der Club – TV-Special
Hörfunk im Fernsehen
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Mädchen-Kunstturnen
21.15 Evas Töchter (6)
Ein Sommernachtstraum
22.05 *Gefühls-Sachen: Freundschaft*
22.50 Nachrichten

HESSEN
18.30 Unterwegs mit Odysseus
19.00 Formel Eins
19.45 Praktische Tips
20.00 Nicht standesgemäß
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Aus der Nähe betrachtet
23.00 Vor vierzig Jahren
Normandy Invasion

SÜDWEST
18.50 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 S3 – Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Transparent
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Wir sind keine Engel
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Humphrey Bogart u. a.
23.00 Les cuisines régionales françaises (6)

BAYERN
18.15 Der Familiensport – Die Sportfamilie
18.45 Rundschau
19.00 Eine Frau hat Erfolg
Amerikanischer Spielfilm (1943)
20.30 Die [illegible]
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Festgefahren – Tarifrunde '84
Anschl. Studiogespräch:
Mit dem Schlichter aus der Krise?
23.20 Rundschau

Düsseldorf: Rheinisches Musikfest, neu belebt

Herr „Knapp bei Kasse"

Konnte das glücken, in einer Zeit tiefster Verunsicherung über die Wege, die die Musik geht und gehen wird, ein Traditions-Festival wie das Rheinische Musikfest, 1958 eingeschläfert, wieder aufzuwecken? Obendrein in einem erweiterten Rahmen, der sich nur in 70-Stunden-Wochenpläne einzeichnen ließ?

Hauptmotor dieser neuen Ära ist der Westdeutsche Rundfunk. Er finanzierte und sendete das meiste, half Spitzenmusiker herbeischaffen, samt Big Bands und Combos. Die Landeshauptstadt trug Sorge für die Räumlichkeiten, die Außenwerbung, inbegriffen einen Sternmarsch von Blaskapellen aus fünf Staaten, Café-Concerts, „Musik total" im Freien mit hundert Popgruppen und tausend Mitwirkenden.

1818, beim ersten, auch schon Düsseldorfer „Niederrheinischen Musikfest", holte sich der Festdirigent Burgmüller für Haydns „Schöpfung" und „Jahreszeiten" noch 200 Laiensänger und -musikanten aus vierzehn Ortschaften. Das war eine Pioniertat, denn die einzelnen Orte hätten eine solche Großbesetzung nie aufbringen können. Heute sieht das besser aus. Allerdings hapert es zuweilen an jenen Dirigenten, die noch Verbindung haben zu dieser Chor- und Oratorientradition. Das Rheinland besitzt zu seinem Vorteil deren mehrere, Hanns-Martin Schneidt (noch Wuppertal) zum Beispiel.

Es hat indessen nicht nur an den Chefs gelegen, wenn die Feste seit 1818 zuweilen kränkelten oder scheintot lagen. Wie weit der sogenannte „Rheinische Klüngel" und seine Querelen Mitschuld trugen während der abgelaufenen 166 Jahre, darüber wird man durch einen neuen Almanach mit vielen Bild- und Textfaksimiles (132 Seiten, nur 5 Mark) bestens informiert. Natürlich auch über die Sternstunden.

Zwei von diesen galten dem „Requiem" von Verdi. 1877 mit dem Komponisten am Pult, 1984 unter Gary Bertini. Welch ein Mann! Je riesiger die Stimmenmengen, desto leichter schienen ihm die Zügel in der Hand zu liegen, desto reicher schattierten sich die Klänge der Hamburger und Kölner Funkchöre, des Kölner Rundfunk-Sinfonieorchesters, und im Soloquartett: Martti Talvela, Veriano Lucchetti, Alexandrina Miltcheva und Julia Varady.

Düsseldorf besitzt treffliche Kirchenmusiker an excellenten Neubau-Orgeln. In St. Maximilian fand jeden Mittag „Marktmusik" statt, vorwiegend Romantisches. Und: Die einstige jülich-clevisch-bergische Residenz blieb eine Stadt der Chorpflege. Schon der alte Martin Peu d'Argent (er hieß wirklich so: „Knapp bei Kasse") schrieb um 1550 Hofpsalmen. Die Musikforscher Joseph Neyses und Johannes Overath handelten recht, wenn sie „Alte Düsseldorfer" ausgruben und restaurierten.

Es klappte mit der vielfältigen Zielgruppenansprache. Wilhelm Matejka brachte aus seiner WDR-Redaktion die Idee mit, vier Künstler einzuladen, die ein Programm machen, selbst moderieren, ein eigenes Stück mitbringen und sich die Kammermusiker aussuchen sollten. Im Palais Wittgenstein legte Heinz Holliger, unnachahmlich in seinem Schweizer Hochdeutsch als Kommentator seines Streichquartetts 1973 und natürlich auch in seinem Oboespiel in Mozarts KV 370, eine Mischung aus Gelehrsamkeit und Charme an den Tag. Dieter Schnebel trachtete eine seiner szenischen Musiker-Grotesken von der seriösen Seite her zu deuten. Aribert Reimann (als erkrankt entschuldigt) ließ sein „Solo 1981" durch den Cellisten Wolfgang Boettcher als Ballade ohne Worte, seine Zwölfton-„Variationen für Klavier" durch David Levine in tollkühnen Streifzügen interpretieren. Und Wolfgang Rihm („Fremde Szenen", Uraufführung) bot ein Klasse-Klaviertrio auf (Bruno Canino, Saschko Gawriloff, Siegfried Palm), um sein verklärtes Vorbild Schumann mit klirrend eisigen, genial gelenkten Geschoßgarben zu zersieben.

Mit das Unzeitgemäßeste waren zwei Chorballaden von Robert Schumann – 1852 nach Märchenpoemen von Geibel und Uhland komponiert. Märchenkönige, Märchenprinzen, Königstöchter, Pagen und blinde Sänger treiben darin ihr Wesen. Der „Städtische Musikverein zu Düsseldorf" empfand das Konzert jedoch als seine Ehrensache. Er ist der einzige 180stimmige Laien-Oratorienchor, der die Zeitenwenden überlebte und mit hochqualifizierten Berufs-Ensembles konkurrieren kann. Er schlug die Brücke zurück zum einstens von Robert Schumann beherrschten alten Niederrheinischen Musikfest.

HEINRICH VON LÜTTWITZ

Nur nicht lachen

mar – Wir haben nichts zu lachen. Jedenfalls scheinen die Herausgeber des Bildbandes „Wir" – Fotografen sehen die Bundesrepublik –, Jörg Boström und Richard Grübling (Beltz-Berlag, Weinheim, 136 S., 68 Mark), dieser Überzeugung zu sein. Sie haben mehr als zweihundert Fotografien zusammengetragen, nicht ohne sich im Vorwort zu rühmen, daß sie dafür zwei Jahre Zeit brauchten, um sie aus Tausenden auszuwählen. Dabei drängte sich ihnen angeblich die Erkenntnis auf: „Nur in der Amateurfotografie hat sich das gutgelaunte, selbstbewußte Menschenbild erhalten." Das aber ist ihnen jedoch suspekt. Denn lachende Menschen kommen in ihrer Auswahl des Mißvergnügens nicht vor.

„Der gesellschaftliche Vorrat an guter Laune ist von der Werbefotografie und dem gefälligen Journa*lismus offenbar aufgebraucht.* Strahlende *Heiterkeit* und unverhüllte Lebensfreude sind optisch an die Produktwerbung gebunden", erklären sie im Brustton der Überzeugung. Wer lacht, macht sich demnach verdächtig. Heruntergezogene Mundwinkel, ein finsterer Blick und der beständige Groll des politisch Frustrierten in Gestus und Gehabe, das ist es, was die Herausgeber als normal betrachten.

Sie behaupten, die „gesellschaftlichen Verhältnisse" der Bundesrepublik durchschaut zu haben. Aber die Miesepetrigkeit ihrer Bildauswahl verrät allenthalben, daß ihnen das – wie sie selbst fordern – zur „*Erklärung bestimmter Zustände* und Situationen" erforderliche „höhere Abstraktionsniveau" fehlt. So erklären sie treuherzig: „Auffallend ist der bittere, aggressive, sarkastische oder auch trostlose Grundton, eine *Grundstimmung* des Desolaten." Die Unfähigkeit zu erkennen, daß es nur ihre Vorurteile sind, die sich in dieser Bildauswahl spiegeln, hat deshalb etwas Rührendes.

Der Band ist somit weder „ein aktuelles Porträt der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland", noch gibt er „einen einmaligen Überblick über den künstlerischen Bildjournalismus der 70er und 80er Jahre" – wie der Klappentext behauptet. Er illustriert jedoch anschaulich das Weltbild der Herausgeber. Der richtige Titel wäre deshalb: „Wir Frustis".

Seine Kunst erzählt Geschichten und gewährt der Phantasie viel Spielraum – Zum 100. Todestag des Malers Ludwig Richter

In seinen Bildern taucht die eigene Kindheit auf

Wer *hat dich, du schöner Wald, aufgebaut so hoch da droben?"* Unvermittelt erklang dieses Eichendorff-Lied vor wenigen Wochen in der Dresdner Gemäldegalerie Neue Meister. Gesungen von den Knaben des Kreuzchors, zum Dank für den Kustos des Museums, Hans Joachim Neidhardt, der sie durch die Ausstellung „Ludwig Richter und sein Kreis" geführt hatte. Aber sie sangen wohl auch aus der glücklichen Erkenntnis der Übereinstimmung zweier Künste. Und ihr „Wohl den Meister will ich loben, solang' noch mein' Stimm' erschallt" galt neben dem Schöpfer des Waldes auch dem Maler, der ihn im Bilde, gegenwärtigem Waldsterben zum Trotz, „verewigt" hat. Die vielen Besucher im Albertinum auf der Brühlschen Terrasse strömten nun plötzlich in den Saal, woher das Lied kam, tauschten das Seh- mit dem Hör-Erlebnis oder hatten jetzt vielmehr beides, ein unerwartetes *Gesamtkunstwerk deutscher Romantik,* wie es sich Ludwig Richter selbst nicht besser hätte wünschen können.

Morgen, einen Tag nach dem 100. Geburtstag des Künstlers, schließt die Dresdner Ausstellung, wird dann vom 3. Juli bis 9. September im Leipziger Museum der bildenden Künste gezeigt, das allein sechs Gemälde des Meisters besitzt, und ist vom 21. September bis 25. November im Niedersächsischen Landesmuseum Hannover zu Gast. Es wäre auch beschämend gewesen, wenn der Sachse und Deutsch-Römer Ludwig Richter ein Jahrhundert nach seinem Tod nicht mehr hätte die gesamtdeutsche Erscheinung sein können, die er vor *allem durch seine weitverbreiteten Il*lustrationen seit seinen Lebzeiten war. – In den Museen der Bundesrepublik befinden sich fünfzehn seiner Bilder; in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hannover, München, Nürnberg und Wuppertal. Das Essener Folkwang Museum gehört, wie Werner Schmidt, Direktor des Dresdner Kupferstich-Kabinetts, anerkennt, mit 217 Zeichnungen „in die erste Reihe der Ludwig-Richter-Stätten".

Die Dresdner Galerie besitzt zwar unter anderem die beiden als Hauptwerke bekannten Gemälde „Überfahrt über die Elbe am Schreckenstein bei Aussig" (1837) und „Brautzug im Frühling", zehn Jahre später entstanden; aber dem Wuppertaler Von-der-Heydt-Museum gehört das vielleicht intimste Bild Richters, das 1826 gemalte „Mädchen auf der Wiese (Inntal bei Hall in Tirol)", und die



In ferner Unendlichkeit blickt das Wasser wie ein Auge Gottes: Ludwig Richters „Mädchen auf der Wiese". Um 1826/27 FOTO: VON DER HEYDT–MUSEUM

Berliner Nationalgalerie/Stiftung Preußischer Kulturbesitz hat gleichsam das Gegenstück zu diesem, den „Teich im Riesengebirge" von 1839. Das Berliner Bild ist nicht nur fast *anderhalb Jahrzehnte später,* es ist auch mit 63 x 88 cm etwa doppelt so groß. In beiden Bildern erscheint Richter am reinsten, weil die Anwesenheit des Menschen am sparsamsten sich dokumentiert. Das Wuppertaler Bildchen staffelt in idealistischer Verwandlung bühnenhaft die Berge in eine ferne Unendlichkeit, das Wasser „blickt" wie ein Auge Gottes. Das Mädchen, das im Bildvordergrund auf der Wiese lagert, könnte eine junge Mutter sein, denn es schützt mit der farbigen Silhouette seines Körpers ein sitzendes Kind, das einen Blumenkranz windet. Das Kleid des Mädchens ist hellblau, wiederholt die Farbe des Himmels, der Berge, des Wassers. Dem Betrachter ist, als sollte Richter hier eine Synthese von Philipp Otto Runge und Joseph Anton Koch schaffen. Der „Teich im Riesengebirge" hingegen, tintenblau, dunkel, gewittrig, ist in seiner Melancholie nicht so fern von Caspar David Friedrich. Ein alter, von seiner Traglast krummgezogener Mann mit Zipfelmütze und derbem Schuhwerk schreitet gegen das Wetter auf unwirtlichem Wege an, begleitet von einem Jungen und einem Hund. Richter liebt es, mehrere Generationen zu vereinen, in seinen Holzschnitten wirkt still die Großfamilie, harmonisch und segenstiftend – Inzest und Erbstreit, wie sie in der Wirklichkeit nicht selten waren, sind dieser heilen Welt unbekannt. Von Richters Idealen geht ein moralischer Impetus aus: Weil er die Welt ideal sieht, fühlt der Betrachter sich aufgefordert, ideal zu handeln, die Kunst-Idee als Maßstab zu nehmen.

Ludwig Richter, 1803, im Jahr des „Reichsdeputationshauptschlusses", in Dresden geboren, 1884, dreizehn Jahre nach der Bismarckschen Reichsgründung, in Loschwitz bei Dresden gestorben, war einmal der beliebteste deutsche Künstler, und sein Name ist noch immer ein Synonym für Innigkeit, Volkstümlichkeit, aber auch für Sentimentalität. Den einen ein Schimpf wie Gartenlaube. Er war von dem heroischen Tiroler Gebirgsmaler Koch begeistert und endete doch im Niedlichen: „Beschauliches und Erbauliches". Freilich hatte er schon von Anbeginn seine lieblichen Akzente in die unwirtlichen Felsschroffen gesetzt, eine zarte pubertäre Erotik der stämmigen Jungfräulein. Er verpflanzte sächsische Gemütlichkeit ins ferne Italien.

Was wäre aus Ludwig Richter geworden, wenn er in Italien geblieben wäre, das er 1823 als Zwanzigjähriger kennengelernt und drei Jahe später wieder verlassen hat, um in seine Heimat zurückzukehren, wo er eine Professur erhielt? Die Frage ist so müßig nicht. Der Verzicht auf Italien freilich öffnete ihm den Blick für das nähere Böhmen. Die Kunstwelt möchte Richters böhmische Landschaften nicht missen. Es ist also weniger die Landschaft, mehr die künstlerische Technik, die einen Riß in Richters Kunst reißt. Seine Gemälde und Handzeichnungen sind doch das Eigentliche, das ihm den Platz im Parnaß sichert. Aber er wollte bald etwas anderes, mit den Massen kommunizieren, die das 19. Jahrhundert in die Welt schwemmte. Er wollte, durchaus seiner Zeit gemäß, Volk beglücken – so wurde er zum vielbeschäftigten Illustrator. (Heute erleben wir eine ähnliche Verschiebung der Bewertung bei Josef Hegenbarth, der im selben Jahr geboren wurde, da Richter starb; der geniale Illustrator droht den genialen Zeichner, der er primär war, im Bewußtsein der Interpretation zu überdecken.) Daß die Reproduzierbarkeit nicht nur ein Segen ist, wissen wir zumindest seit Walter Benjamins Bemerkungen zum Thema. Auch daß allzuviel Reproduktion, schon ein zu häufiges Ansehen im Museum das Original auslaugen, weiß man; so kamen selbst Van Goghs Sonnenblumen und Franz Marcs Blaue Pferde in Verruf und brauchten lange Zeit, um sich wieder zu erholen.

Es war nicht wirtschaftliche Not, *die Ludwig Richter gezwungen hätte,* „Für's Haus" und „Die Spinnstube" oder den „Neuen Vereinskalender für das deutsche Volk" mit Holzschnitten zu beliefern. Es war sein Karl-May-haftes Sendebewußtsein und seine Schwäche, nicht nein sagen zu können.

Richters Kunst läßt sich lesen, sie erzählt Geschichten und gewährt doch der Phantasie viel Spielraum. Das ist ihr Triumph. Ein Reiz, wie ihn die einzelnen Folgen eines Fortsetzungsromans haben. „*Vollkommene* Anspruchslosigkeit, die größte Milde der Gesinnung, harmlose Heiterkeit des Gemüts bilden wesentliche Eigenschaften in Richters Natur", so urteilte Anton Springers „Handbuch der Kunstgeschichte" am Anfang unseres Jahrhunderts. Und der gewiß der Sentimentalität unverdächtige Max-Beckmann-Biograph Erhard Göpel rühmte vor einigen Jahren noch: „Die Verzauberung beginnt. Die eigene Kindheit taucht auf, die Märchenbücher, in denen man, ehe man lesen konnte, blätterte und nur die Bilder besah, das Gesicht der Mutter, das sie vorlas ..."

Ist das nicht viel? Ist man der Unzahl der Richterschen Holzschnitte – mit den Holzschneidern, die seine Zeichnungen auf den Holzstock übertrugen, hatte er übrigens ebenso seinen Ärger wie Adolph Menzel – einmal überdrüssig, so muß man sie sich radikal wegdenken, um zu spüren, wie sehr sie doch fehlten. Was er an seiner eigenen Größe selbst abgebaut hat, das hat er mit liebenden Händen verteilt und verschenkt.

DIETER HOFFMANN

JOURNAL

Ein Computer für die Archäologie

dpa, **Regensburg**

Mit dem „Archäologischen Computer-System" (ARCOS), das jetzt in Regensburg vorgestellt wurde, können Keramikfunde in wenigen Sekunden vermessen, automatisch gezeichnet, etikettiert und gespeichert werden. Die vom Fraunhofer-Institut für Informations- und Datenverarbeitung entwickelte Anlage hat die Stiftung Volkswagenwerk mit 900 000 Mark finanziert. Das neuartige System, eine Kombination von Videogerät und Computer, ermöglicht eine Dokumentation und erste Auswertung archäologischer Funde an Ort und Stelle. Ähnliche Versuche in den USA und in England waren bisher gescheitert. Die deutsche Anlage soll pro Stück zwischen 50 000 und 100 000 Mark kosten.

Dierk Stemmler wird Nachfolger von Cladders

DW. **Mönchengladbach**

Als Nachfolger von Johannes Cladders, der im Frühjahr 1985 aus seinem Amt als Direktor des Städtischen Museums Abteiberg in Mönchengladbach ausscheidet, ist Dierk Stemmler vorgesehen. Darauf einigten sich die Parteien im Rat der Stadt. Dierk Stemmler ist seit 1976 Direktor des Städtischen Kunstmuseums in Bonn.

Umfrage über Buchbesitz in Ungarn

-ly, **Berlin**

Die Bibel besitzt jeder fünfte ungarische Haushalt, das „Fremdwörterbuch" jeder vierte, wenigstens ein Buch von Tolstoj und Dostojewskij jeder dritte, eins von Lenin, Marx und Milne („Pu, der Bär") jeder achte. Am häufigsten vertreten sind in der häuslichen Bibliothek zwei ungarische Klassiker des 19. Jahrhunderts: *Mór Jókai* in zwei von drei und der Lyriker Sándor Petőfi in der Hälfte der Haushalte. Wie eine im Auftrage der Vereinigung Ungarischer Buchverlage durchgeführte Umfrage ergab, befindert sich das Sachbuch in Ungarn im Vormarsch. Allerdings sind ein Drittel der Sachbücher im Besitz von Intellektuellen-Haushalten, die nur ein Zehntel der ungarischen Haushalte ausmachen.

Ostdeutsche Künstlerbildnisse

DW. **Regensburg**

Von Chodowiecki bis zu Corinth und Dix, von Emil Theodor Richter bis zu Ludwig Richter spannt sich der Bogen der Ausstellung „Bildnisse ostdeutscher Künstler", die die Ostdeutsche Galerie in Regensburg bis zum 23. September zeigt. Es handelt sich dabei um mehr als hundert Graphiken aus der Sammlung Göpel.(Katalog 3 DM)

Wanderausstellung mit Kalendern aus 500 Jahren

DW. **Münster**

Vor 400 Jahren wurde im Herzogtum Westfalen die Kalenderreform durchgeführt, die Papst Gregor XIII. angeordnet hatte: Im Kalender des Jahres 1584 fehlten die Tage vom 1. bis 12. Juli. Zum „Jubiläum" präsentiert das Archivamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe eine Wanderausstellung, die 120 Kalender vom 15. Jahrhundert bis zur Zeit des Nationalsozialismus zeigt. Die Schau wird am 24. Juni *im Heimathaus Münsterland in* Telgte eröffnet. Sie ist bereits für zwölf weitere Stationen bis Ende 1985 gebucht. Der Katalog kostet 20 Mark.

Neandertaler-Ahnen auf dem Vulkan

D. B. **Neuwied**

Vorläufer der Neandertaler haben vor mehr als 100 000 Jahren im Eiszeitalter auf dem Vulkan Plaidter *Hummerich* im Mittelrheingebiet gelagert und Wildtiere gejagt. Ausgrabungen der Forschungsstelle Altsteinzeit der Universität zu Köln unter Leitung von Prof. Gerhard Bosinski auf dem Vulkangipfel zeigen, daß unsere damaligen Vorfahren von weit her Material für die Herstellung von Steinwerkzeugen heranschafften. Was diese Jäger bewog, einen derart zugigen Standort für ein Lager zu wählen, kann man nur vermuten. Vielleicht waren es die Wiltdtiere, die zu einem auf dem Gipfelplateau existierenden Gewässer zogen, der gute Ausblick auf Herden in der Ebene oder heilkräftige Ablagerungen im Gipfelsee?

Unbekanntes von Georges Melies

AFP, **Paris**

Das Werk des Filmpioniers Georges Melies wird jetzt in einer umfassenden Retrospektive in Paris gezeigt. Unter dem Titel „Die Galaxie Melies" präsentiert ein Studiokino rund dreißig vorwiegend unbekannte Filme des Meisters. Gesammelt wurden sie von der Melies-Enkelin Madeleine Melies, die seit fast dreißig Jahren um die Auffindung der Werke ihres Großvaters bemüht ist.

Bochum: Nigel Williams' Stück „Stramme Jungs"

Alle unter einer Decke

Jetzt *haben auch die Bochumer* ihren „Käfig voller Narren" aufgeschlossen und die Insassen freigelassen. Anders jedoch als am Broadway mit seiner Nachtklubschmonzette handelt es sich hier um eine altehrwürdige *Institution, die* der Lächerlichkeit preisgegeben wird: den „W.C.P.C.", wie der enigmatische Originaltitel heißt (West Central Police Constables), eine Londoner Polizeieinheit, die sich um Sitte und Anstand in ihrem Bezirk bemüht. Sie hat sich auf die Jagd nach Homosexuellen spezialisiert. Kein Wunder: die ganze Truppe, vom Streifenpolizist Jamieson bis zum Commander Westwich, ist stockschwul, und so kommen sie bei ihren nächtlichen Razzien durch Männerklos und Parkanlagen voll auf ihre Kosten.

Zu dieser Einheit kommt der junge Constable Simon, dem es mit Zucht und Ordnung besonders ernst ist. Als er einen Streifenpolizisten auf dem Klo in einer eindeutigen Situation überrascht, hat er nichts Eiligeres zu tun, als ihn bei seinem Vorgesetzten anzuzeigen. Dieser Candide in Uniform kriegt nämlich überhaupt nicht mit, daß seine Kollegen in jeder Beziehung unter einer Decke stecken.

Als er das endlich doch noch kapiert, versucht er, sie mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Als groteske Tunte verkleidet, nimmt er an einer ihrer Parties teil, um Beweismaterial zu sammeln. Doch bei der Verhandlung stellt sich die gesamte Mannschaft geschlossen gegen ihn, verkündet den Sieg der Homosexualität in einer neuen Polizistengeneration, holt die Federboas aus den Uniformjacken und tanzt zum Homo-Hit „Y.M.C.A.".

„Stramme Jungs" heißt das Stück, das in Bochum seine deutschsprachige *Erstaufführung* erlebte. Es stammt von dem Engländer Nigel Williams, der hierzulande mit „Klassen Feind" seinen fulminanten Einstand als Bühnenschriftsteller gab. Mit den „Strammen Jungs" wäre ihm ein solcher Erstlingserfolg nicht beschieden gewesen. Das lag sicherlich nicht nur am Thema, das eine beißende Satire auf eine britische Institution ist, sondern vielmehr an der Regie von Uwe Jens Jensen, der einen billigen Jux daraus gemacht hat. So blieb das Stück an der Oberfläche, war vor allem eine auf applausträchtige Gags angelegte Klamotte. Sämtliche Klischees, die über „die Schwulen" im Umlauf sind, wurden dem Publikum um die Ohren geschlagen – sollte Williams das im Original tatsächlich so platt angelegt haben?

Was an Biß und Zyankali vorhanden gewesen sein mochte, ging im Konfetti-Regen, Glitzern von Kristallkugeln und bunten Scheinwerferlicht unter. Da durfte, zum neuerlichen Applausmelken, eine Liza-Minnelli-Parodie, die Ulrich Gebauer nicht ohne Talent hinter sich brachte, ebensowenig fehlen wie der kultivierte Schwule (Ulrich Pleitgen als Chef der Polizeitruppe) und eine weibische Tunte namens Doris (Wolfgang Feige). Rolf Idler, Bernd Birkhahn, Helmut Kraemer, Wolfgang Schwalm und Volker Spahr vervollständigten den strammen Herrenreigen. Karl Menrad als einzig „normaler" Constable Simon zog sich, so gut es ging, aus der Affäre. Dem Autor kann man das nicht nachsagen: bei ihm verhedderten sich die Handlungsfäden zum schlechten Schluß dermaßen, daß er nur über dem pflaumenweichen Ausweg einer total verdrehten Shownummer den Vorhang fallen lassen konnte. RAINER NOLDEN

Reinhard Münsters Film „Dorado (One way)"

Thriller nur im Kopf

Es *gibt sie also doch, die deutsche* Filmkomödie, die weder nach den Vätern der Klamotte schielt noch in papierner Sozialkritik erstickt. Mit dem fast lächerlichen Budget von 27 000 Mark ist Reinhard Münster mit „*Dorado (One way)*" ein freches, verspieltes und einfallsreiches Debüt gelungen, das manche Großproduktion in den Schatten stellt. Dabei beginnt die märchenhafte Odyssee im Brennpunkt der Probleme, in Berlin-Kreuzberg. In schmuddeligem Schwarzweiß zeigt Münster, zugleich sein eigener Autor und Cutter, eine merkwürdige Idylle. Rolf (Uwe Schwalbe) liebt Rita (Adriana Altaras), Rita bevorzugt momentan Frank, und in dem ganzen Wirrwarr dreht Lukas einen offenbar hochkünstlerischen Film. Schon dieser Einstieg beweist, daß sich Münster nicht mit der ach so beliebten „Beziehungskiste" abschleppt. So ist die Dreiecksgeschichte für ihn nur eines jener Muster und Klischees, die er zu einem jederzeit überraschenden Puzzle zusammensetzt. Zudem nimmt der Filmemacher in seinem Alter ego Lukas die eigene Zunft auf die Schippe. Denn wenn dieser sympathische Brausekopf vom „melodramatischen Materialismus" schwafelt, ist dies ein gekonnter Seitenhieb auf jene Regisseure, die neben starken Bildern auch krause Begriffe im Kopf haben.

Münster gehört nicht zu ihnen. Plötzlich nämlich kommt – im wahrsten Sinn des Wortes – Farbe in seinen Film, plötzlich sind die Rivalen Rolf und Frank unterwegs nach Cannes, dem El Dorado der Filmkunst. Doch ihr feister Auftraggeber (Peter Schlesinger) hat ihnen nicht nur moderne Kunst in den Kofferraum gelegt. Zufällig findet Rolf jene ominösen weißen Tütchen, die man aus einschlägigen Gangsterfilmen kennt. Und schon wird das bunte Road Movie zum rasanten Thriller. Nach einem harten Schnitt sieht man, nun wieder schwarzweiß, Lukas ein Blatt aus der Schreibmaschine reißen. Plötzlich ist die knallige Story unterbrochen, es ist eben alles nur Kino. Dessen Mechanismen, Eitelkeiten und traumhafte Möglichkeiten sind freilich selten unverkrampfter und lakonischer durchgespielt worden als in dieser Billigproduktion.

Ein Regisseur, der so intelligent und irritierend Film und Wirklichkeit ineinandergreifen läßt, dürfte sich eigentlich einige Anfängerfehler erlauben. Reinhard Münster jedoch macht von diesem Recht keinen Gebrauch, sondern spannt zwischen Kunst und Kokain, El Dorado und Goldener Palme ein straffes Netz der Symbole. Ganz ohne Schulterklopfen kann man ihm eine beachtliche Zukunft prophezeien. HARTMUT WILMES



Träumt von der Goldenen Palme: Dominik Bender als Regisseur Lukas in Reinhard Münsters Film „Dorado (One way)" FOTO: FUTURA FILM

Neue Konzerte von Müller-Siemens und Medek

Wo Tschaikowsky trank

Mit sechs Konzerten und drei verschiedenen, höchst gegensätzlichen und aufrüttelnden Programmen geben die Philharmoniker in Berlin unter Seiji Ozawa in den Saison-Endspurt, den ganz zum Schluß noch zwei konzertante Aufführungen von Glucks „Orfeo ed Euridice" unter Riccardo Muti mit Agnes Baltsa als Orfeo bekrönen. Die unheilvolle, doch künstlerisch reiche Saison schwingt aus, als sei nichts Böses geschehen.

Am Beginn der Konzertserie unter Ozawa stand eine allerdings etwas kurz geratene Uraufführung: das Konzert für Viola und Orchester des 27jährigen Detlev Müller-Siemens, ein Auftragswerk der Philharmoniker für Wolfram Christ, *ihren exzellenten* Solo-Bratscher. Mit einer Spieldauer von nur zwölf Minuten ließ der junge Komponist seinen jungen Interpreten freilich auf dem musikalischen Appetit sitzen. Das Stück glich geradezu dem Kopfsatz eines noch nicht geschriebenen Konzerts, für das Komponist wie Interpret freilich freundlichen Beifall empfingen.

Seine Einsätzigkeit gibt dem Konzert beinahe rhapsodische Form. Eine Art Geheimentwicklung liegt ihr zugrunde, die sich kaum einleuchtend hörbar macht. Ein freundliches Klangfarbenspiel schweifender Art setzt mit dem zart klopfenden Schlagwerk ein, dem sich sofort die Viola zugesellt. Der vielgefächerte Klang bleibt duftig. Zarte kammermusikalische Energien treiben voran. Mit weichem Bohrer werden verschiedene kompositorische Ebenen angegangen.

Höhepunkte entfalten sich ohne Schroffheit. Christs Bratschengesang vertreibt überdies immer wieder die Schatten. Es ist ein Stück, das weniger neugierig macht als neugierig auf sich selbst scheint. Müller-Siemens verwechselt damit offenkundig noch ein bißchen die unterschiedliche Interessenlage von Komponist und Publikum. KLAUS GEITEL

*

Auch im Rahmen der „flächendeckenden" Rheinland-Pfälzischen Musiktage mit 32 Konzerten an 23 Orten (siehe WELT v. 10. und 14. 5.) gab es eine Uraufführung. In Meisenheim und Betzdorf wurde das II. Cellokonzert von Tilo Medek als Auftragskomposition des Landes von Siegfried Palm und der Rheinischen Philharmonie Koblenz unter Robert Maxym aus der Taufe gehoben.

Das Stück scheint ganz im Zeichen einer neuerwachten Idee von populären Ausdrucksformen zu stehen, wie man sie jüngsthin auf verschiedenen Festivals der Neuen Musik beobachten konnte. Klammheimlich oder demonstrativ brechen Komponisten aus der Klosterzucht der Avantgarde aus, auf zu den Spelunken und Bordellen romantischen Wohlklangs, und tanken sich voll in „Tschaikowsky's Inn" – was übrigens schon einmal, in den 30er und 40er Jahren, die Tendenz war. Insofern war Medeks Cellokonzert, das er im letzten Satz selbst als „frech und ohne stilistische Hemmnisse" deklariert, hinter Werner Egks „Qattro Canzoni" aus dem Jahre 1932 – gesungen von Kari Lövaas – denkbar geschickt plaziert. Auch dieser Generation war seinerzeit die Last moderner Ansprüche zu viel geworden, und sie *hatte die einfache Melodik* wiederentdeckt und phantastisch erweitert, mit satirischen Strichen aufgemuntert.

Gar nicht wesentlich anders verfährt Medek, und man kann ihm nicht vorwerfen, Opportunist einer Modewelle zu sein, denn sein Komponieren hat diese Traditionsbindung immer gehabt – bevor und nachdem man ihn aus Ost-Berlin ausbürgerte. In dieser „deutschen" Tradition stehend, auf Robert Schumann blickend und Rudolf Wagner-Regény vertrauend, hat er sich den „Moden" sogar zum eigenen Nachteil widersetzt und viel dynamische, motorische Spielmusik zu einer Zeit geschrieben, als die meditative Selbstbeschränkung der „Minimal Music" aktuell war. Eine Antithese zu solcher Ritualisierung vollzieht er gewissermaßen noch in der Exposition seines neuen Cellokonzerts, wo er gleich, ohne lange Einleitungen, zur Sache kommt, d. h. zur thematischen Arbeit. Schwelgerischer wird es dann im zweiten Satz, dessen Cantilene er einem Thema seines verstorbenen Vaters widmet; der dritte, ein „übermütiger und ordinärer" Walzer, bezieht sein ironisch-kritisches Potential aus der Palette Strawinskys, doch so, daß das Publikum seine Lust hat.

Diese hatte es auch an der nachfolgenden, bemerkenswerten Interpretation von Mussorgskis „Bildern einer Ausstellung" in der Ravelschen Instrumentierung. Robert Maxym nahm offenbar wörtlich, was neuere Musikwissenschaft über den „gestischen Charakter" und die Geschichtslosigkeit" des Mussorgskischen Komponierens feststellte, und gestaltete Episode für Episode improvisatorisch und gleichsam in der Absicht, diese Musik solle gestisch präsent sein und sonst nichts.

DEFLEF GOJOWY

KULTURNOTIZEN

„900 Jahre Biberach" heißt eine Ausstellung des Museums der Stadt, die Geschichte, Kultur und Kunst von der Stauferzeit bis zur Gegenwart dokumentiert. (bis 29. Juli)

An „Oberschlesien 1815 – 1995" erinnert die Wissenschaftliche Studientagung der Stiftung Kulturwerk Schlesien vom 6. *bis 10. August in* Unna-Massen.

62 Kirchturmhähne sind vom 24. Juni bis 21. Oktober im Freilichtmuseum Kommern ausgestellt.

Arae Flaviae *- Das römische* Rottweil, eine Ausstellung des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg in Stuttgart, wurde bis 22. Juli verlängert.

Bühnenarbeiten von Uecker sind bis 17. Juli im Württembergischen Staatstheater Stuttgart zu sehen.

Das Festival von Lucca (20.-30. Juli) steht mit Theater, Oper und Film im Zeichen des Orpheus.

„Modigliani, die Jahre der Skulptur 1908-18" heißt eine Ausstellung, die Livorno zum 100. Geburtstag des Künstlers am 12. Juli eröffnet. (bis 9. September)

„Stop and go“ an allen Juli-Wochenenden

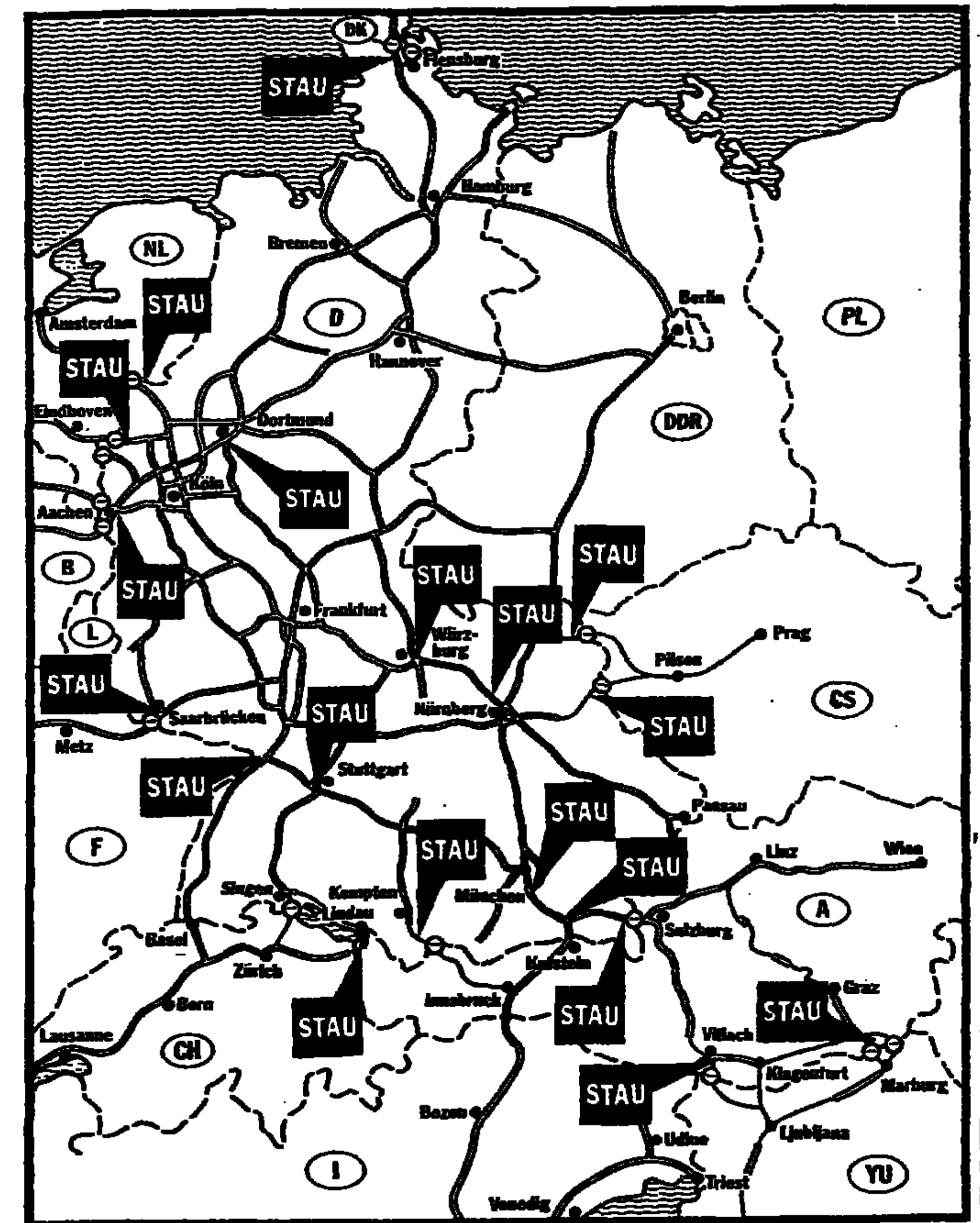
DW. Bonn

Staus über Staus auf Deutschlands Autobahnen: Die Hauptreisezeit dürfte mit Stop-and-go-Verkehr an vielen Punkten beginnen. 25 Millionen Menschen werden in rund 8,5 Millionen Personenwagen von Juni bis September auf deutschen Autobahnen unterwegs sein. Das dicke Ende beginnt meist schon am Anfang – bei den Auffahrten. Lange Staus an den Wochenenden sind nach Ansicht des ADAC aller Voraussicht nach die Regel, nicht die Ausnahme. Um den Urlaubern wenigstens eine einigermaßen sinnvolle Planung zu ermöglichen, haben deshalb der Automobil-Club und die Deutsche Verkehrswacht einen Staukalender entworfen. Demnach ist die erste Reisewelle, so die Verkehrspropheten, schon für das kommende Wochenende zu erwarten, wenn in Hamburg, Schleswig-Holstein, Dänemark und den Niederlanden die Ferien beginnen. Am Donnerstag, dem 28.Juni, nimmt der Urlaub in Nordrhein-Westfalen seinen Anfang, und am 6. und 7. Juli machen sich die Beschäftigten der Ford-Werke auf große Fahrt. Furchterregend könnte Freitag, der 13. Juli, werden. Zu diesem Zeitpunkt nämlich gehen Rheinland-Pfalz und Hessen in die großen Ferien, gleichzeitig schließen auch die Opel-Werke ihre Tore bis zum 3. August.

Ein weiterer Stauhöhepunkt folgt am 20. und 21.Juli, wenn Niedersachsen einschließlich der VW-Werke, Bremen, Berlin und das Saarland in die Sommerferien starten. Das letzte Juli- und das erste Augustwochenende schließlich werden nochmals „Stop-and-go“-Wochenenden sein: In Baden-Württemberg und Bayern beginnen die Ferien. Bei Ford, Opel, in Schleswig-Holstein und in Hamburg hingegen endet der Sommerurlaub.

Der Rückreiseverkehr reißt nicht ab: Am 10. und 11. August beginnt die Arbeit in den VW-Werken wieder, und die Bewohner Nordrhein-Westfalens kehren gleichfalls an Rhein und Ruhr zurück.

An allen Wochenenden vom 23. Juni bis 19. August besteht Lastwagen-Fahrverbot. Für die Bundeswehr gelten ebenfalls Fahrtbeschränkungen. Allerdings sollen von den 180 Autobahn-Baustellen immer noch 115 bestehen bleiben. Schon deshalb empfehlen die Ferienplaner, um der mitreisenden Kinder willen, Marathontouren zu vermeiden.



Zugunglück bei Korinth überschattet Wahltag

Fünf Griechen starben in den Trümmern eines Personenzuges

SAD, Athen

Die Bedeutung der für Griechenland aus innenpolitischen Gründen besonders wichtigen Europa-Wahl ist von einem schweren Zugunglück auf dem Peloponnes überschattet worden: Bei der Entgleisung eines Personenzuges der griechischen Staatsbahn mit etwa 500 Passagieren in der Nähe der Stadt Korinth kamen fünf Menschen, unter ihnen ein zweieinhalbjähriges Kind, ums Leben. Mindestens 88 Passagiere wurden schwer verletzt. Zwölf von ihnen schweben in Lebensgefahr. Die Opfer wurden auf alle Athener Krankenhäuser verteilt.

Das Unglück ereignete sich am frühen Sonntagabend, kaum nachdem der Zug, der zwischen Kalamata im südlichen Peloponnes und Athen verkehrte, den Bahnhof von Korinth in Richtung Athen verlassen hatte. An einer besonders scharfen Kurve, etwa zwei Kilometer von Korinth entfernt, geriet der letzte von neun Waggons ins Schleudern. Innerhalb von wenigen Sekunden waren nach Angaben von Passagieren insgesamt vier Eisenbahnwagen entgleist. Als der Zugführer seine Lokomotive bremsen konnte, bot das Geschehen ein Bild des Grauens: blutüberströmte Menschen versuchten aus den Abteilfenstern hinauszuklettern, überall waren Schmerzensschreie und Hilferufe zu hören.

Als Ursache für die Entgleisung der Waggons nannten fast alle Passagiere die „besonders hohe Geschwindigkeit“. Bereits während eines Zwischenaufenthaltes in Korinth, also nur wenige Minuten vor dem Unglück, hatten sich mehrere Passagiere beim Lokführer darüber beschwert, daß er ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Fahrgäste den Zug zu schnell gefahren habe. „Während der ganzen Fahrt von Kalamata nach Korinth ist der Zug nicht gefahren. Er hat vielmehr die ganze Zeit auf dem Gleis getanzt“, sagte der leichtverletzte Beamte Georgios Kotsaftis.

Diese Behauptungen werden jedoch von den Verantwortlichen des entgleisten Zuges entschieden zurückgewiesen: „So schnell können wir gar nicht gefahren sein, weil wir ja den Bahnhof von Korinth erst vor einigen Minuten verlassen hatten“, sagte einer der beiden Lokführer. Er ließ durchblicken, daß die Entgleisung möglicherweise darauf zurückzuführen sei, daß das Gleisstück an der kritischen Kurve beschädigt war.

Im Zug befanden sich fast ausschließlich in Athen wohnende Griechen, die jedoch in ihren Heimatorten auf dem Peloponnes wahlpflichtig waren und nach der Abgabe ihrer Stimme die Rückfahrt nach Athen angetreten hatten. „Ich hatte das Glück auf der rechten Seite zu sitzen, daher wurde ich nur leicht verletzt“, sagten der 20jährige Panagoiotis Mitropoulos, der mit einer Armverrenkung aus dem Krankenhaus entlassen wurde. „Wer links saß, wurde schwer verletzt. Weil wir wegen der Hitze alle Fenster offen hatten, entstand unmittelbar nach der Entgleisung eine dicke Staubwolke in unserem Abteil. Wir erstickten fast.“ Auch dieser Zeuge begründete die Entgleisung mit der „abenteuerlichen Geschwindigkeit“ des Zuges.

Keine Spur von der Tochter eines Professors

dpa, Köln

Rund 50 Hinweise aus der Bevölkerung sind im Zusammenhang mit dem Verschwinden der dreieinhalbjährigen Marlies Magiera aus Lohmar-Hornath eingegangen, die seit Mittwoch abend als vermißt gilt. Ob eine „heiße Spur“ darunter ist, ist noch nicht klar. Die mit Polizeihundertschaften und Hubschraubern unternommene Suche nach der Tochter des Kölner Staatsrechtsprofessors Siegfried Magiera in der Umgebung ihres Elternhauses war am Freitag abend ohne Ergebnis eingestellt worden. Eine Sonderkommission der Polizei, die sich am Sonntag mit Flugblättern an die Öffentlichkeit gewandt hatte, arbeitet jedoch mit Hochdruck weiter an dem Fall. Das Kind hatte am Mittwoch bis gegen 17.30 Uhr mit einem Freund der Nachbarschaft gespielt. Nach einem Streit mit dem Gleichaltrigen soll Marlies gesagt haben: „Jetzt gehe ich weg.“ Danach ist sie verschwunden. Nach unbestätigten Berichten soll Marlies um diese Zeit zu einem älteren Mann in ein Auto gestiegen oder von einer Frau in einen Wagen gezerrt worden sein.

Falsche Ernährung?

AP, Friday Harbou

Der Tod von mindestens sechs Grauwalen, die in den vergangenen Monaten an der amerikansichen Pazifikküste verendet sind, ist nach Ansicht von Experten möglicherweise auf ihre Ernährungsweise zurückzuführen. Die Gewohnheit der Grauwale, sich ihre Nahrung vom verseuchten Meeresgrund und nicht wie ihre Artgenossen in oberen und mittleren Wasserregionen zu beschaffen, sei für einige von ihnen tödlich gewesen. Auf dem Boden lagerten unter anderem Schwermetalle aus Industrieabfällen und Rückstände von Ölunfällen, die die Nahrung der Wale – Krebse, Muscheln, Würmer – verseuchten.

Sprung in den Tod

dpa, Kassel

Ein 25 Jahre alter Fallschirmspringer aus Düsseldorf ist bei seinem 95. Absprung am Sonntag in Calden (Kreis Kassel) in den Tod gestürzt. Bei einem Gruppenabsprung mit drei anderen Fallschirmspringern aus 1000 Meter Höhe hatte sich sein Fallschirm nicht geöffnet. Auch der Reserveschirm des Springers öffnete sich nicht. Ein „technischer Defekt“ wird ausgeschlossen.

Seltener Fang

dpa, Kuala Lumpur

Vermutlich das einzige in der Welt in Gefangenschaft lebende weibliche Sumatra-Nashorn tummelt sich jetzt in einem Freigehege in der Nähe der malaysischen Hafenstadt Malacca. Es wurde vor einigen Wochen im Süden des Landes in der Nähe einer Straße von Plantagenarbeitern gefangen. Das Sumatra-Nashorn, das ursprünglichste und kleinste der verschiedenen Arten aus der Familie der Rhinozerosse, lebt nur noch vereinzelt in Südostasien.

Diplomat als Gangster?

AFP, Caracas

Das Flugzeug, in dem der amerikanische Zoll am Freitag in Miami (Florida) fast eine Tonne Kokain beschlagnahmte, gehört vermutlich einem Venezulaner, der früher Vizekonsul in Bogotá war. Das wurde gestern aus Polizeikreisen bekannt. Der ehemalige Diplomat, Javier Uzctegui Briceno, soll in der kolumbianischen Hauptstadt einen Rasuchgiftring organisiert haben. Das beschlagnahmte Rauschgift im Wert von 300 Millionen Dollar befand sich in sieben Gefriertruhen an Bord einer DC-8 der panamaischen Gesellschaft Inair. Es handelte sich um die zweitgrößte Rauschgiftmenge, die je in den USA beschlagnahmt wurde.

ZU GUTER LETZT

„Verschleppte Krankheiten aber können zu nicht wiederherstellbaren Gesundheitsschädigungen führen“, meldet ddp.

Seelenloser Streber

Japan bringt ersten „Dolmetsch-Computer“ auf den Markt

AFP, Tokio

So groß wie ein Kühlschrank, so teuer wie ein Rolls-Royce und fast so erfahren wie ein Dolmetscher – das ist „pak 11/73/80“, der erste Computer, der korrekte und verläßliche Übersetzungen aus dem Japanischen ins Englische anfertigt.

Die Wundermaschine, mit deren Entwicklung vor sieben Jahren begonnen wurde, wird von der japanischen Firma „Bravice International“ hergestellt. 40 000 Wörter und ihre englischen Bedeutungen sind in dem Computer gespeichert. Bei voller Auslastung ist „Pak“ in der Lage, sich bis zu 300 000 Wörtern zu merken. Übersetzen kann er Texte mit einer Geschwindigkeit von 3000 Wörtern pro Stunde. Die Qualität der Arbeit wird mit 85 Prozent angegeben.

In zwanzigjähriger Forschungsarbeit war es bisher nur gelungen, Apparate zu bauen, die ähnlich den ersten Großcomputern ganze Zimmer für die immensen Speicher einnahmen. Von der neuen Maschine sind fünf verkauft. 160 Firmen zeigen sich interessiert, darunter auch das US-Verteidigungsministerium.

Unbekannte Wörter erfragt der Computer vom Benutzer und gibt sie anschließend selbst in einen Speicher ein – er ist also auch lernfähig und merkt sich Begriffe, die die Programmierer nicht eingegeben haben. Dazu verlangt er vom Benutzer Auskünfte über Kasus und Artikel und unregelmäßige Pluralbildungen, ganz wie ein strebsamer Schüler. Auf einem Bildschirm erscheint zur Kontrolle der Text in japanischen Schriftzeichen. 30 Sekunden später wird die englische Übersetzung ausgedruckt.

Matjes und Genever kehren zurück

Von HORST DALCHOW

Sechs Jahre lang war der Fang des *Matjesherings in der Europäischen* Gemeinschaft verboten. Rechtzeitig zur neuen Fangsaison im Juni wurde das Verbot wieder aufgehoben. Zur Freude vor allem der Holländer. Daß damit auch für die Schnapsbrenner bessere Zeiten angebrochen sind, überrascht nur Unkundige. Die Kombination von Matjes und Genever ist in den Niederlanden uralte Tradition. Lange bevor Rembrandt 1634 auszog, um seine Frau Saskia aus Friesland zu holen, destillierte man dort schon Früchte und Getreide. Seefahrer hatten das in Ägypten schon jahrtausendealte Grundrezept mit nach Hause gebracht. Die Niederländer entwickelten aus dem Getreidedestillat jenes Getränk, das schließlich um 1870 als „Genever“ seinen Siegeszug um die Welt antrat. Zu dieser Zeit zählte man in Holland noch 400 Brennereien. Inzwischen ist deren Zahl auf vier Konzerne und einige Familienbetriebe geschrumpft. Dazu hat auch die Konkurrenz des in England entwickelten „Gin“ beigetragen, dessen Name ebenfalls auf den Wacholder (lat: Juniper) hindeutet. In den Niederlanden aromatisierten die Geneverhersteller ihr Destillat darüberhinaus mit *den verschiedensten Ingredenzien*, deren Zusammensetzung bis heute als Geheimnis gilt.

Daß der zarte, jungfräuliche Fisch, der zum Genever gehört wie das Schnapsglas, den langen Weg von der nördlichen Nordsee unbeschadet übersteht, ist letztlich dem niederländischen Fischer Willem Beukelszoon zu verdanken. Er soll es um 1300 zum ersten Mal geschafft haben, die Innereien des Fisches mit einem einzigen Messerschnitt zu entfernen. Sein System ermöglicht es, den Matjes schon an Bord in die milde Salzlauge der Transportfässer zu legen. Der Genever erfreut sich auch in Deutschland großer Beliebtheit. Während der Spirituosenmarkt seit 1983 nur um drei Prozent gewachsen ist, hat sich der Genever-Absatz um das Zehnfache gesteigert.

Vor allem der „oude“ (alte) geht den Deutschen leicht über die Zunge. Er ist zwar nicht älter als der „jonge“, wird indes nach dem uralten Rezept hergestellt. Auch die Niederländer haben sich fremden Sitten nicht verschlossen: Sie trinken zum Bier immer häufiger jungen Genever, einen sehr nahen Verwandten von „Korn“ aus Getreide.

LEUTE HEUTE

Ab nach Straßburg

Ein Jahr nach seiner Verhaftung im Zuge einer Polizeirazzia gegen die napolitanische Camorra ist der populäre italienische Fernseh-Moderator **Enzo Tortora** am Sonntag zusammen mit zwei weiteren Abgeordneten der kleinen italienischen Radikalen Partei ins *Europäische Parlament von* Straßburg gewählt worden. Tortora wurde vor einem Jahr wegen Rauschgifthandel und Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung inhaftiert und ist mittlerweile aus Gesundheitsgründen aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Auf seinem Gang zur Wahlurne wurde er von zwei Carbinieri eskortiert. Tortora kündigte dabei an, er wolle sich nach seiner Wahl nicht der Justiz entziehen. Seine Wahl gilt als große Überraschung, nachdem sich die Camorra ironisch als „sein Wahlhelfer“ bezeichnet hatte.

WETTER: Im Norden Regen

Wetterlage: Eine langgestreckte, von den Azoren bis zum östlichen Mitteleuropa reichende Hochdruckzone bestimmt das Wetter im Bundesgebiet. Tiefausläufer streifen Norddeutschland.



Vorhersage für Dienstag :

Norddeutschland: Stark bewölkt und strichweise leichter Regen, Nachmittagstemperaturen zwischen 17 und 21 Grad, in der Nacht Abkühlung auf 10 Grad.

Übriges Bundesgebiet: Nach Auflösung von örtlichem Frühdunst meist heiter, nur zeitweise wolkig und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen zwischen 20 und 23 Grad, im Südwesten bis 27 Grad. Tiefstwerte in der Nacht um 10 bis 12 Grad.

Weitere Aussichten:

Im Norden weiterhin wechselhaft, in der Mitte Durchzug stärkerer Wolkendfelder, sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Montag , 13 Uhr:

Berlin	19°	Kairo	29°
Bonn	19°	Kopenh.	18°
Dresden	17°	Las Palmas	21°
Essen	17°	London	21°
Frankfurt	20°	Madrid	14°
Hamburg	15°	Mailand	21°
List/Sylt	12°	Mallorca	23°
München	20°	Moskau	15°
Stuttgart	20°	Nizza	24°
Algier	25°	Oslo	18°
Amsterdam	19°	Paris	23°
Athen	28°	Prag	18°
Barcelona	20°	Rom	26°
Brüssel	20°	Stockholm	19°
Budapest	22°	Tel Aviv	25°
Bukarest	22°	Tunis	29°
Helsinki	20°	Wien	21°
Istanbul	24°	Zürich	22°

Sonnenaufgang* am Mittwoch : 4.49 Uhr, Untergang: 21.51 Uhr; **Mondaufgang:** 1.34 Uhr, Untergang: 11.53 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Auch ich war für Handabhacken im Gespräch“

BERNT RÜTTEN, Khartum

Als Karl-Heinz von Mach am vergangenen Freitag die planmäßige Sudan-Airways-Maschine von Khartum in Frankfurt verließ, atmete er erst einmal auf.

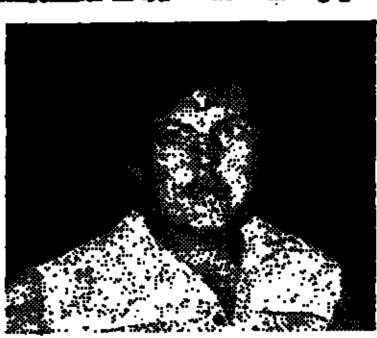
Der 23jährige Binnenschiffer, der vorher noch nie im Ausland gewesen war und keine Fremdsprachen beherrscht, hatte 29 Tage in dem kleinen Ort Geili, 55 km nördlich von Khartum, im Gefängnis gesessen und von seiner Zelle mitangesehen, wie mehr als 50 Verurteilte öffentlich ausgepeitscht wurden.

„In drei Fällen wurde Männern mit dem Beil die Hand abgehackt, nachdem sie des Diebstahls überführt worden waren. Die Armstümpfe wurden in ein bereitstehendes Faß mit heißem Öl getaucht. Dabei verloren die Opfer das Bewußtsein. Sie lagen dann in der Sonne, bis Angehörige sie abholten“, erzählt von Mach.

„Was in diesen 29 Tagen in mir vorging, kann ich nicht ausdrücken.“ Kein Wunder. Denn auch der junge Deutsche war „für Handabhacken im Gespräch“, wie er es ausdrückt. Seit Sudan im September vergangenen Jahres das islamische Gesetz als geltendes Recht eingeführt hat, wird diese unter Berufung auf den Koran praktizierte Strafe dort zunehmend häufiger verhängt.

Ausländer sind von den islamischen Strafen nicht ausgenommen. Erst Ende Mai wurde ein italienischer Ordensbruder öffentlich ausgepeitscht, weil er im Besitz von Alkohol war.

Wie von Mach in diese Situation kam, ist eine erstaunliche Geschichte. Das Arbeitsamt Duisburg, wo er als Arbeitsloser registriert war, bot ihm eine Stelle als Binnenschiffer in Sudan an. Ein deutscher Unternehmer, der gewaltige, aufblasbare Gummiflöße aus Beständen der Bundeswehr aufgekauft hatte, beabsichtigte, damit Gütertransport auf dem Nil zu betreiben, und suchte einen Bootsführer. „Mich reizte die Bezahlung“, sagt von Mach, „3000 Mark monatlich, 300 sudanesische Pfund (umgerechnet ca. 600 Mark) zusätzlich und 24 000 Mark Jahresprämie.“


Junger Abenteurer, der auszog, das Fürchten zu lernen: K.-H. von Mach. FOTO: B. RÜTTEN

Mit dem gestellten Flugticket flog Mach sofort nach Khartum, wo ihn Unternehmer Hofmann in Empfang nahm. Von dort ging es dann auch gleich mit einer Ladung von 1700 Sack Zucker los.

„Es war Wahnsinn“, erzählt von Mach, „wir blieben immer wieder in den Stromschnellen hängen und fuhren auf Felsen auf.“ Nachdem ein Teil der Ladung gesunken und eines der Schubboote gekentert war, beschloß man, Hofmann zu verständigen. Mach blieb bei der Ladung und sein deutscher Kollege Schumm machte sich auf, um Hilfe zu holen.

Das dauerte natürlich. Derweil ging ihm das Geld aus. Er habe sich krank gefühlt und beschlossen, einen Arzt aufzusuchen. Feststeht, daß er einen Teil der Zuckerladung verkauft hat, um sich Geld zu beschaffen. Und das war fatal; denn der Zucker gehörte der sudanesischen Regierung.

Nachdem er bei der deutschen Botschaft in Khartum vorgesprochen hatte, wurde der Ahnungslose von Polizisten nach Geili, dem Ort der Tat, gebracht, angeblich zum Verhör. Doch die Polizei behielt ihn gleich da.

Sein Martyrium dauerte vom 1. bis 29. Mai. Endlich kam er durch Intervention der deutschen Botschaft frei, die auch erreichte, daß die Anklage wegen Unterschlagung fallen gelassen wurde.

Offen bleibt, ob die Transportschiffahrt auf dem Nil mit Bundeswehrflößen Zukunft hat. Die niedersächsische Landesregierung, die eine entwicklungspolitische Partnerschaft zu Sudan unterhält, läßt das zur Zeit prüfen.

Bis jetzt jedenfalls galt der Nil in diesem Abschnitt als nicht schiffbar. Und Hofmanns Flöße? Sie liegen in der Nähe von Khartum am Ufer und dienen den Kindern als Spielplatz.